



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ – ein typischer  
Akteur populistischer Politik in Ostmitteleuropa?“

Verfasser

Petr Brož

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ. – Prof. Dieter Segert



Ich versichere,

1. Dass ich die Diplomarbeit selbständig, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe.
2. Dass ich diese Diplomarbeit bisher weder im Inland noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe.
3. Dass diese Diplomarbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit übereinstimmt.

St. Pölten, am 20. Jänner 2012



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>7</b>
<b>2. Parteienpopulismus in der politikwissenschaftlichen Forschung.....</b>	<b>11</b>
2.1. Entstehung und Entwicklung populistischer Parteien.....	12
2.1.1. People's Party in den USA.....	13
2.1.2. Die russischen Narodniki .....	14
2.1.3. Agrarischer Populismus in Ostmitteleuropa .....	15
2.1.4. Der gegenwärtige Populismus .....	16
2.2. Reflexion und Kontextualisierung der Populismusforschung .....	18
2.2.1. Definitionsmerkmale populistischer Parteien .....	22
2.2.2. Populismus: Ideologie oder politischer Stil? .....	28
2.2.3. Populismus und Ideologie .....	29
2.2.4. Populismus als politischer Stil in der Mediendemokratie.....	30
2.2.5. Gesellschaftliche und politische Voraussetzungen für die Entstehung und Etablierung populistischer Akteure.....	33
2.2.6. Das Verhältnis zwischen Populismus und Demokratie .....	37
<b>3. Populismus in Ostmitteleuropa .....</b>	<b>40</b>
3.1. Spezifische Merkmale und Entstehungsursachen des Populismus im Ost- und Mittleuropa .....	41
3.1.1. Politikverdrossenheit und Demokratieunzufriedenheit.....	44
3.1.2. Entstehung von Kartellparteien und Krise der repräsentativen Demokratie .....	46
3.1.3. Versagen der politischen Elite.....	48
3.1.4. Sozialer Wandel nach 1989.....	49
3.2. Populistische Parteien in Ostmitteleuropa .....	53
<b>4. „Öffentliche Angelegenheiten“ als politischer Akteur in der tschechischen Parteienlandschaft .....</b>	<b>60</b>
4.1. Basisinformationen über die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ .....	61
4.1.1. Entstehung und Entwicklung der Partei .....	62
4.1.2. Organisationstrukturen und Entscheidungsmechanismen in der Partei.....	65
4.2. Die Analyse der VV als einer populistischen Partei.....	67

4.2.1.	Unklare ideologische Charakterisierung .....	67
4.2.2.	Betonung der Dichotomie zwischen „moralischem Volk“ und „korrupter Elite“ ..	69
4.2.3.	Appell zur Aktivierung von Mechanismen der direkten Demokratie .....	72
4.2.4.	Protestcharakter .....	73
4.2.5.	Charismatische Führung .....	76
4.2.6.	Unklare parteiinterne Organisationsstruktur .....	78
4.2.7.	Mediale Selbstinszenierung .....	80
4.2.8.	Angebot einfacher Lösungen .....	82
4.2.9.	Resümee .....	84
4.3.	Der Kartellcharakter der VV .....	88
<b>5.</b>	<b>Einordnung der VV in die postsozialistische Entwicklung der ostmitteleuropäischen Parteienlandschaft .....</b>	<b>94</b>
<b>6.</b>	<b>Conclusio und Ausblick .....</b>	<b>99</b>
<b>7.</b>	<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>103</b>
<b>8.</b>	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>105</b>
<b>9.</b>	<b>Empirische Daten .....</b>	<b>112</b>
<b>10.</b>	<b>Parteimaterialien .....</b>	<b>113</b>
<b>11.</b>	<b>Zeitungsartikel und Internetberichte .....</b>	<b>114</b>
<b>12.</b>	<b>Abstract .....</b>	<b>116</b>
<b>13.</b>	<b>Abstract (englisch) .....</b>	<b>117</b>
<b>14.</b>	<b>Lebenslauf .....</b>	<b>118</b>

## 1. Einleitung

Die tschechische politische Landschaft ist seit Jahren von zwei großen politischen Parteien dominiert, die mehr oder weniger die klassische ideologische Rechts-Links-Achse widerspiegeln<sup>1</sup>.

Kleinere Parteien konnten sich auf der politischen Bühne auch trotz kurzfristiger Erfolge nicht wirklich langfristig etablieren und geraten meistens bereits nach einer Legislaturperiode in Vergessenheit. Die Parlamentswahlen im Mai 2010 bedeuteten einen Bruch mit der Dominanz der etablierten Parteien.

Die sozialdemokratische ČSSD wurde zwar die stimmenstärkste Partei, erhielt allerdings viel weniger Stimmen, als die Prognosen vorhersagten. Ebenfalls musste die bürgerliche ODS gegenüber dem Jahr 2006 fünfzehn Prozentpunkte einbüßen. Neben der traditionell starken kommunistischen KSČM zogen noch die neu gegründeten TOP 09 und die Partei der Öffentlichen Angelegenheiten (VV) ins Parlament ein. Vor allem der Erfolg der letztgenannten Partei sorgte für eine Überraschung, da diese bis dato unbekannte Partei nur auf der Kommunalebene vertreten war und in der Spitzenpolitik praktisch keine Erfahrungen hatte. Der Gewinn von 10,9% der abgegebenen Stimmen und 24 Mandaten in den ersten Parlamentswahlen, an denen die Partei teilnahm, kann als überraschend hoch interpretiert werden, vor allem im Hinblick auf die Ergebnisse der „kleinen“ Parteien bei vorigen Wahlen<sup>2</sup>.

Bei näherer Betrachtung muss festgestellt werden, dass die VV in der postkommunistischen Entwicklung der tschechischen Parteienlandschaft ein einzigartiges politisches Objekt darstellt. In erster Linie kann die Partei nicht zu den traditionellen Parteifamilien auf der Rechts-Links-Achse zugeordnet werden. Auch die programmatische Orientierung, die Art der Wahlkampfführung, die internen Entscheidungsmechanismen und später auch das Verhalten in der Regierungskoalition weisen darauf hin, dass die VV in der Parteienforschung einen neuen Partientypus repräsentiert. Solche „neuen“ politischen Subjekte sind

---

<sup>1</sup> Das linke politische Spektrum repräsentiert die sozialdemokratische ČSSD, an der rechten Seite der ideologischen Achse ist die bürgerlich-konservative ODS angesiedelt.

<sup>2</sup> Die Partei der Grünen erhielt 2006 6,3% (Wahlserver der ČSÚ a), die US-DEU kam 1998 an 8,6% der abgegebenen Stimmen (Wahlserver der ČSÚ b).

grundsätzlich durch schwierige typologische Einordnung, niedrige Mitgliederzahlen, und nicht klare parteiinterne Strukturen gekennzeichnet (De Nève 2008: 285). All diese Attribute treffen auf VV zu. In tschechischen als auch in ausländischen politischen und journalistischen Beiträgen wird die Partei oft als populistisch bezeichnet (Dolejší 2011, Mostyn 2010, Otto 2010, Schuster 2011) und genau diese Tatsache bildet die Ausgangslage dieser Diplomarbeit.

Die Diplomarbeit zielt in erster Linie auf das Erfassen des Phänomens „politischer Populismus“. Im ersten Schritt wird es darum gehen, den Begriff von den alltäglichen Verwendungen abzugrenzen und seine wichtigsten Merkmale und Charakteristika zu definieren, so wie ihn die fachliche Literatur versteht. In der wissenschaftlichen Debatte wird grundsätzlich zwischen drei Idealtypen (agrarischer, ökonomischer und politischer Populismus) unterschieden, die auch gewisse historische Entwicklung widerspiegeln (Canoven 1999, 2005, Mudde 2002, Priester 2007). Darüber hinaus gibt es viele Versuche, die verschiedenen Ausprägungen von Populismus genau zu bestimmen, so wird z. B. zwischen *harten* und *weichen* Populisten (Lang 2005), oder *Links-* und *Rechtspopulisten* (Decker 2006) unterschieden. Andere Autoren betonen den Versuch der Konstruktion einer kollektiven homogenen Identität als das wichtigste Definitionsmerkmal, dementsprechend wird der Begriff des *Nationalpopulismus* (Frölich-Steffen/Rensmann 2005) eingeführt. Aus einem anderen Blickwinkel kann Populismus bloß als politischer Stil ohne ideologische Grundbasis aufgegriffen werden, es kommt also dazu, dass praktisch alle politischen Subjekte gegenwärtig zu populistischen Methoden greifen. In diesem Zusammenhang kann von einem *Allparteienpopulismus* (Segert 2005) oder sogar von einem *populistischen Zeitgeist* (Mudde 2004) gesprochen werden.

Ungeachtet dieser großen Zahl an verschiedenen Konzepten lassen sich klare Definitionsmerkmale des politischen Populismus ausfindig machen – Diese Aufgabe füllt den ersten Teil dieser Arbeit. Um solche definitorische Attribute genau bestimmen zu können, muss die Entwicklung des Parteienpopulismus reflektiert werden, was die Analyse der gesellschaftlichen und historischen Voraussetzungen des Populismus mit einschließt. Dabei kann auch das komplizierte Verhältnis zwischen Populismus und Demokratie nicht außer Acht gelassen werden.

Der zweite Teil der Arbeit beschäftigt sich mit den Spezifika des ostmitteleuropäischen Populismus. Auf Grund der kommunistischen Vergangenheit und dem folgenden Transformationsprozess entwickelten sich in Ost- und Mitteleuropa andere gesellschaftliche Konfliktlinien, einige sind noch gar nicht ausgeprägt (Bos 2010: 591). Dementsprechend divergieren hier auch die Bedingungen für Entstehung und Etablierung von populistischen Akteuren vom westeuropäischen Modell, ebenso unterscheiden sich die Strategien und Mobilisierungstechniken. Wie auch die Erfolge populistischer politischer Subjekte in der Region andeuten, fand der Populismus in den Transformationsstaaten einen günstigen Boden. Außer auf spezifische Merkmale wird in diesem Kapitel deshalb auch auf die Ursachen des populistischen Ausbruches eingegangen. Im letzten Teil dieses Abschnittes werden schließlich kurz einige ausgewählte populistische Parteien aus der Region dargestellt.

Das Kapitel 4. befasst sich mit der tschechischen politischen Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ (auf tsch.: Věci Veřejné (VV)), die gegenwärtig in der tschechischen Regierung vertreten ist. Wie bereits oben angesprochen wurde, weisen viele Tendenzen darauf hin, dass es sich um ein populistisches politisches Subjekt handelt und gerade die Überprüfung dieser Behauptung bildet das Ziel der Diplomarbeit. Anhand der im ersten Teil entwickelten Merkmale wird untersucht, ob die VV in der Optik des Konzeptes Populismus als eine populistische Partei bezeichnet werden kann. Im Weiteren wird auch überprüft, inwieweit die VV den typischen Charakteristika des ostmitteleuropäischen Populismus entspricht, einerseits wird es um die Frage der gesellschaftlichen Bedingungen für populistische Akteure in der Tschechischen Republik, andererseits um die Mobilisierungsstrategien der Partei gehen.

Der theoretische Teil der Arbeit (Kapitel 2. Und 3.) basiert auf einer umfassenden Literaturrecherche, die sich mit dem Thema Populismus sowohl in West- auch als in Osteuropa beschäftigt, darüber hinaus werden auch einige empirische Daten (BTI, Eurobarometer) mit einbezogen. Im analytischen Teil (Kapitel 4.) wird es vor allem mit Daten gearbeitet, die die Partei der Öffentlichen Angelegenheiten auf ihrer Homepage selbst veröffentlichte und welche die Basis der ideologischen Orientierung der VV darstellen sollen. Das wichtigste Dokument stellt in diesem

Zusammenhang das politische Programm für die Parlamentswahlen 2010 dar, aus dem die Partei bis heute ihre politische Identität ableitet. Auf Grund der relativen Aktualität<sup>3</sup> der Thematik gibt es derzeit noch wenige wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit Aktivitäten der VV umfassend beschäftigen, deswegen wird in der Analyse auch mit ausgewählten Zeitungs- und Internetberichten gearbeitet. Einige der untersuchten Kriterien im Kapitel 4. sind auf empirischer Ebene nur schwer nachzuweisen, dabei handelt es sich vor allem um den Faktor der charismatischen Führung (Kapitel 4.2.5). In diesem Fall wird primär von kontextuellen Aspekten ausgegangen, weiter auch von Meinungsumfragen, die sich mit Popularität von Politikern beschäftigen.

Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen, dass in der Arbeit oft Zitate in tschechischer Sprache vorkommen, diese wurden von dem Autor selbst ins Deutsche übersetzt.

Der Autor verzichtet aus Platzgründen auf die geschlechtskorrekte Schreibweise. Alle Namen und andere Bezeichnungen sind als universal zu verstehen. Mit Politiker, Wähler sind ebenfalls Politikerinnen, Wählerinnen etc. gemeint.

---

<sup>3</sup> Die Partei ist erst seit den Parlamentswahlen 2010 eine relevante politische Kraft, davor handelte es sich um eine unbekannte Bürgerinitiative.

## 2. Parteienpopulismus in der politikwissenschaftlichen Forschung

Der Begriff »Populismus« ist auf der politischen Tagesordnung sowohl aktuell, als auch unübersichtlich, schwammig und inhaltsleer. In der alltäglichen Verwendung wird Populismus meistens negativ besetzt. Er gilt vor allem als Schimpfwort zur Diskreditierung der politischen Kontrahenten und ist mit Assoziationen wie absichtliches Lügen, Manipulation und Vereinfachung der Wirklichkeit verbunden. Mehr als eine bestimmte Art des Auftretens und der Rhetorik kombiniert mit Emotionalisierung von ausgewählten politischen Themen scheint aber der Begriff auf den ersten Blick nicht zu implizieren. Manche Autoren sprechen aus diesem Grund sogar von einer Nutzlosigkeit des Konzeptes, da es zu viele Aspekte und Richtungen in sich zu vereinen versucht und daher an Schärfe und Genauigkeit verliert. Der Verzicht auf seine politikwissenschaftliche Relevanz hätte allerdings zur Folge, dass in der Forschung eine nicht überschaubare Lücke entstehen würde, *„Populismus wäre dann eine Chiffre für eine politische Restgröße und ein Störpotenzial, das nicht zugeordnet und analytisch dingfest gemacht werden kann“* (Priester 2007: 12).

Auf einer allgemeinen Ebene muss auch die Frage gestellt werden, welche Position Populismus in unserem demokratischen Weltbild einnimmt – handelt es sich um ein Phänomen, welches unsere demokratischen Vorstellungen von der Funktionsweise des Gemeinwesens in Frage stellt oder um eine legitime Form von Politik, welche nach der repräsentativen Parteiendemokratie eine weitere Stufe der demokratischen Entwicklung darstellt?

Eine Frage kann bereits im Vorfeld beantwortet werden, Populismus ist keine außerhalb des demokratischen Spektrums liegende Ideologie, es handelt sich vielmehr um Herausforderungen, *„die nicht dem Aufstieg antidemokratischer und autoritärer Bewegungen entspringen, sondern den gefährlichen Mutationen im Herzen der liberalen Demokratien selbst“* (Krastev 2007: 159). Das repräsentative demokratische Modell wird zwar in den meisten westlichen Gesellschaften nicht in Frage gestellt. Die Charakteristik der Politik transformiert sich allerdings. Wir befinden uns in einem Übergang zu Postdemokratie (Crouch 2008), welche durch das Fehlen einer aktiven Teilhabe der Bevölkerung am politischen Prozess gekennzeichnet ist, was dazu führt, dass Politik zunehmend von wirtschaftlichen

Eliten dominiert wird. Der Rest der Gesellschaft verwandelt sich in eine apathische, politikverdrossene Masse. Diese Tendenzen bieten populistischen Bewegungen und Parteien große Chancen, die politische Landschaft nicht nur in Europa gravierend zu verändern. Auf Grund dieser aktuellen politischen Relevanz stellt Populismus derzeit einen wichtigen Untersuchungsgegenstand der politikwissenschaftlichen Disziplin dar. Umso schwieriger ist es, auch trotz zahlreicher Publikationen in den letzten Jahren zu diesem Thema, sowie der Vielfalt von unterschiedlichen Phänomenen, die unter diesem Begriff zusammengefasst werden, eine allgemein gültige Definition herauszuarbeiten. Dennoch werde ich in diesem Kapitel versuchen, eine Definition von Populismus herauszuarbeiten. Dabei müssen auch andere Themen (historische Entwicklung, Entstehungsbedingungen, populistisches Demokratieverständnis etc.) die mit diesem Thema zusammenhängen, untersucht werden.

## **2.1. Entstehung und Entwicklung populistischer Parteien**

Seit den 1980er Jahren kann man in der politikwissenschaftlichen Literatur eine Zunahme an Beiträgen beobachten, die sich mit dem sogenannten „New Populism“ beschäftigen. Diese Tendenz reflektiert die parteipolitische Entwicklung in den westlichen Demokratien, wo sich immer stärker Parteien durchsetzen, die angeblich eine Gefahr der liberalen Demokratie darstellen. Zu diesen Parteien werden z.B. die Freiheitlichen (FPÖ) in Österreich, die französische Front National (FN) oder die Lijst Pim Fortuyn (LPF) in den Niederlanden gezählt (Mudde 2004: 541). Nachdem Populismus ein fester Bestandteil der pluralistischen Gesellschaft im Westen wurde (Todorov 2008: 6), breitete sich die populistische Welle auch im postsowjetischen Raum aus. Auch wenn es in diesem Zusammenhang von einem „New Populism“ die Rede ist, handelt es sich keineswegs um ein neues Phänomen. In diesem Kapitel werden kurz die historischen Vorläufer des heutigen Populismus dargestellt.

### 2.1.1. People's Party in den USA

Zu den ersten populistischen Bewegungen zählt die US-amerikanische People's Party am Ende des 19. Jahrhunderts. Sie galt als eine klassische Protestbewegung der Farmer aus dem Süden und Westen der Vereinigten Staaten gegen die ökonomischen Eliten des Landes aus dem Osten (Ware 2002: 112). Die People's Party gilt als Nachfolgeorganisation der National Greenback Party, welche aus der Bauernrevolte ab den 1870 erwuchs und als eine Reaktion auf die ökonomisch unhaltbare Lage der Farmer zu betrachten ist. Als Anstoß für die politische Mobilisierung der Kleinbauern gilt der Amerikanische Bürgerkrieg (1861 – 1865), der die Wirtschaft nachhaltig beschädigte. Die Lage verschärfte sich noch dramatisch nach der Depression von 1873. Diese Ereignisse führten zu einer landesweiten politischen Bewegung, aus der sich schließlich die People's Party entwickelte (1890).

Das zentrale populistische Merkmal der amerikanischen Populisten war die Dualisierung der Gesellschaft in mächtige wirtschaftliche Eliten, die das Land und das hochmoralische und schwerarbeitende Volk ungerecht kontrollierten: *„I will tell you what you are going to see... You will see arrayed on one side the great magnates of the country, and Wall Street brokers, and the plutocratic power, and on the other you will see the people“* (Goodwyn 1976: 192, zitiert nach Canoven 2005: 73). Diese Zweiteilung der Gesellschaft bleibt bis heute einer der zentralen Charakteristiken jeder populistischer Partei.

Programmatisch vertrat die Partei eine wirtschaftliche Orientierung des Landes zugunsten des Kleinbauern. Die Forderungen waren: Ausgabe von Papier- und Silbergeld, Abschaffung des nationalen Banksystems, Verstaatlichung der Eisenbahn, Kampf gegen den staatlichen Verkauf von Gemeindeland an Eisenbahngesellschaften, progressive Einkommensteuer und mehr Geld im Umlauf, um Preissenkungen zwischen Verkauf der Waren und Reinvestition des Erlöses zu verhindern (Priester: 2007:85). Darüber hinaus forderte die Partei auch wichtige Reformen des politischen Systems wie z.B. die Direktwahl der Senatoren, Begrenzung der Amtsperiode des Präsidenten, die Einführung von Referenden oder Frauenwahlrecht (Priester 2007: 85 – 86). Es handelte sich also keineswegs um eine ruckständige politische Bewegung. Der agrarische Populismus der People's Party

hatte im Gegenteil eine progressive Seite (Mudde 2002: 215). Viele ihrer Forderungen bleiben bis heute aktuell oder wurden von anderen Parteien, vor allem von den Demokraten, aufgenommen. Der populistischen People's Party gelang es also einerseits viele bis dato unreflektierte Themen auf die politische Agenda zu bringen, andererseits führte dies gleichzeitig zur Marginalisierung der Partei, da viele dieser Themen andere politische Mitstreiter für sich beanspruchten. Auch trotz der kurzfristigen Erfolge konnten sich die Populisten nicht als dauerhafte politische Kraft etablieren, was auch mit der wirtschaftlichen Konjunktur zusammenhängt. Die People's Party löste sich nach der Präsidentschaftswahl von 1908 auf. Seitdem setzen die Farmer eher auf eine gute Lobbyarbeit als auf eine eigene Partei (Priester 2007:2001).

Viele der ideologischen Elemente sowie politische Forderungen der People's Partei korrelieren mit den programmatischen Einstellungen der heutigen Populisten. Als Schüsselemente können hier die Homogenisierung des Volkes, der Kampf gegen das politische Establishment, die Zweiteilung der Gesellschaft in korrupte Eliten und moralisches Volk, die Fremdenfeindlichkeit (vor allem antisemitische Einstellungen), die Dämonisierung des Gegners, sowie die Einführung von Referenden angeführt werden (Priester 2007: 86 – 88).

### **2.1.2. Die russischen Narodniki**

Ähnlich wie in den USA kreierte sich im gleichen Zeitraum auch in Russland eine populistische Bewegung, welche die Interessen der Bauern vertrat. Die russischen *Narodniki* (Volkstümmler oder Volksfreude) stellten allerdings keine Massenbewegung „von unten“ dar, wie das der Fall bei der amerikanischen People's Party war, sondern es handelte sich um eine kulturelle Bewegung der revolutionären Intellektuellen im zaristischen Russland (Mudde 2002: 215).

In den frühen 1870er Jahren zogen junge Studenten aus den Städten auf das Land, um das einfache Volk über soziale Missstände aufzuklären. Auch trotz Aufhebung der Leibeigenschaft (1861) und der einleitenden Industrialisierung durch den Zaren Alexander II. verbesserte sich die soziale Lage der Bauern kaum. In dieser Situation

sahen die revolutionären Studenten in der Idee von einer genossenschaftlich organisierten Gesellschaft die einzige Möglichkeit der Bauernemanzipation. Im Mittelpunkt der intellektuellen Bewegung stand *„eine romantisierende Vorstellung von der russischen Landbevölkerung [...], die Zukunft Russlands [sahen die Narodniki] in den russischen Bauern und nicht in einer Nachahmung westlicher Entwicklungen wie Industrialisierung oder liberale Demokratie* (Spier 2006: 43). Die Vorstellung des Bauerntums als Träger der zukünftigen Entwicklung Russlands erwies sich auf Grund der massiven Rückständigkeit der Landgebiete zu diesem Zeitpunkt als sehr naiv. Einerseits gelang es den Intellektuellen nicht, die ungebildeten Bauern effektiv zu mobilisieren, andererseits zeigte sich die eingebürgerte Loyalität des Volkes zum Zarentum als zu groß. Der Versuch, die Bauern für den Sozialismus zu gewinnen, endete schließlich mit Massenverhaftungen in den Reihen der Narodniki durch die zaristische Polizei.

Wie der Beispiel der russischen Narodniki zeigt, *„muss ein „populistischer Moment“ nicht automatisch zum Erfolg einer populistischen Bewegung führen“* (Spier: 43). In diesem Sinne sind die Narodniki eher ein Beispiel für das Scheitern einer populistischen Bewegung. Es ist also davon auszugehen, dass für den Erfolg populistischer Subjekte mehr als der „populistische Moment“ vorhanden werden muss.

### **2.1.3. Agrarischer Populismus in Ostmitteleuropa**

Von den russischen Volkstümmelern und der romantischen Agrarideologie wurden auch die zahlreichen populistischen Bauernbewegungen beeinflusst, die sich zwischen den beiden Weltkriegen in vielen Ländern Ostmitteleuropas und des Balkans bildeten, darunter z.B. Bauern- und Kleinlandwirte-Parteien in der Tschechoslowakei, in Polen, Bulgarien, Rumänien und ähnliche Bewegungen in Serbien und Kroatien (Puhle 2003: 23 – 24). Im Mittelpunkt deren Ideologie stand der sogenannte „peasantism“, also die Überzeugung über die moralische Qualität des Bauerntums, welches im scharfen Gegensatz zu den kapitalistischen Tendenzen aus dem Westen stand. In diesem Sinne standen die Agrarpopulisten aus der ostmitteleuropäischen Region genauso wie deren Vorgänger in den USA und

Russland in Opposition zu den wirtschaftlichen Eliten aus den Städten, kämpften gegen die materialistische Basis des Kapitalismus, sowie gegen zentralistische Tendenzen (Mudde 2002: 215). Sie machten eine nationalistische, konservativ orientierte Politik, deswegen gerieten sie in manchen Ländern in Konkurrenz zu den christlichen Volksparteien. Gleichzeitig wurde die im Jahr 1927 durch die genannten Bewegungen gegründete „Grüne Internationale“ zum Rivalen der kommunistischen Bauerninternationale. Bei manchen dieser Bewegungen lassen sich sogar enge ideologische und organisatorische Berührungen mit dem Faschismus identifizieren (Puhle 2003: 23 – 34).

Die Marginalisierung der Bauernbewegungen in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan hängt eng mit der zunehmenden Industrialisierung und Modernisierung der Gesellschaft zusammen, sowie mit der Machtübernahme durch die Kommunisten.

#### **2.1.4. Der gegenwärtige Populismus**

In den westlichen Demokratien entstanden in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts eine Reihe von politischen Gruppierungen, die auf der klassischen ideologischen Rechts-Links-Achse nicht so einfach einzuordnen sind. In diesem Zusammenhang wird von einem neuen post-industriellen Parteitypus gesprochen (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 4ff.). Auch trotz der ideologischen Unterschiede scheinen diese Parteien eines gemeinsam zu haben, nämlich die Abgrenzung zu der bisherigen Entwicklung des politischen Systems, der herrschenden Institutionen und ihren Vertretern. Im Unterschied zu den oben behandelten agrarischen Bewegungen sprechen diese neuen Parteien auch viel breitere Bevölkerungsschichten an, Populismus breitet sich somit praktisch in alle ideologischen Richtungen aus. Zu den bekanntesten Beispielen dieser Zeit gehört die französische *Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker* (UDCA) des Pierre Poujade, die als eine Protestpartei der Handwerker und kleiner Geschäftsinhaber gegen die wirtschaftliche Entwicklung und die soziale Fortschrittsdynamik des Landes gilt und als eine typische Opferbewegung der Modernisierung anzusehen ist (Castel 2005: 67).

Der entscheidende Durchbruch populistischer Parteien hängt allerdings mit der zunehmenden sozialen Kritik der „Neuen Linken“<sup>4</sup> seit den 1960er Jahren zusammen, die sich als eine gesellschaftliche Alternative zum politischen Establishment sah (Mudde 2004: 548). Auch die anderen populistischen Parteien, die zu dieser Zeit praktisch in allen westlichen Demokratien entstehen<sup>5</sup>, können als Protestbewegungen bezeichnet werden (Decker 2006: 99). Im Unterschied zu ihren historischen Vorgängern konnten sich diese politischen Bewegungen allerdings als feste Bestandteile der politischen Landschaft im Westen etablieren. Auch wenn es sich oft nur um kurzlebige Projekte handelt, verändern sie im Allgemeinen die parteipolitische Landschaft, besonders in Europa (Canoven 2005: 74), vor allem im Bezug auf das Verhalten der traditionellen Volksparteien, die sich auch zunehmend in eine populistische Richtung entwickeln<sup>6</sup>. Viele der Populisten gelang es sogar, sich in den jeweiligen Ländern an der Regierungspolitik zu beteiligen, somit nehmen sie eine wichtige Position im politischen System ein. Populismus wird somit keine Begleiterscheinung, sondern ein fester Bestandteil der heutigen Demokratie (Decker 2006: 10, Mudde 2004: 551, Todorov 2008: 6). Dieser Tatsache wegen wird in der Politikwissenschaft der Begriff des „Neuen Populismus“ eingeführt.

Wie die Erfolge der Parteien wie der FPÖ in Österreich, FN in Frankreich, Forza Italia in Italien, oder LPF in den Niederlanden zeigen, besitzt der gegenwärtige Populismus einen „rechten“ Charakter. In der Politikwissenschaft setzte sich der Begriff der „right-wing populist parties“ fest. Ideologisch steht bei diesen Parteien die Identitätspolitik im Vordergrund, die thematischen Schwerpunkte drehen sich vor allem um Fragen wie Nationalismus, Einwanderung, Migration, Kriminalität etc. (Decker 2006: 16 – 17). Im Mittelpunkt des heutigen Populismus steht also die Konstruktion einer kollektiven homogenen Identität, die sich gegenüber „Außenstehenden“ in welcher Form auch immer abzugrenzen versucht.

Die sichtbarste Form des neuen Populismus in Europa kann man also in den erfolgreichen Rechtsparteien identifizieren. Paul Taggart sieht in Europa außerdem gegenwärtig noch zwei andere Formen von Populismus vertreten, die sich erstens in

---

<sup>4</sup> Zu der Neuen Linke zählt Cas Mudde die Studentenbewegungen des Jahres 1968, die sozialen Bewegungen in den 1970er Jahren, sowie die Etablierung der Grünen als einer neuen politischen Kraft (Mudde: 2004: 548).

<sup>5</sup> Hier z.B. Front National, Lega Nord, Vlaams Blok, FPÖ etc.

<sup>6</sup> Z.B. Berlusconi's Forza Italia oder die schweizerische Volkspartei unter Christoph Blocher.

den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen, zweitens in Gestalt des Euroskeptizismus manifestieren (Taggart 2003).

## 2.2. Reflexion und Kontextualisierung der Populismusforschung

Seit dem Aufkommen des Neuen Populismus entsteht in Europa eine große Anzahl an politischen Subjekten, die sich populistischer Methoden bedienen. Diese Entwicklung reflektiert auch die politikwissenschaftliche Forschung, in der in den 1990er Jahren ein starker Boom in der Populismusforschung einsetzte, der bis heute nicht nachgelassen hat (Decker 2006: 10). In den zahlreichen Studien zu dieser Thematik wurden viele Konzepte entwickelt, die die sensiblen Begrifflichkeiten um Populismus einzufangen versuchen.

Cas Mudde (2002) unterscheidet in seiner Arbeit zwischen drei Idealtypen des Populismus, es handelt sich dabei um eine *agrарische*, *ökonomische* und *politische* Ausprägung, die auch eine gewisse historische Entwicklung des Populismus widerspiegeln. Zu den wichtigsten Vertretern des Agrarpopulismus zählt Mudde die Farmerbewegung in den USA und die Narodniki in Russland Ende des 19. Jahrhunderts, sowie die Bauernparteien in Ost-und Mitteleuropa in den 1930er Jahren des 20. Jahrhunderts<sup>7</sup>. Bei all diesen Bewegungen können gemeinsame Merkmale in Form von Ablehnung der kapitalistischen Produktionsweise und der Glorifizierung des Bauerntums identifiziert werden. Eine gewisse Renaissance erlebt der Agrarpopulismus nach dem Systemwechsel in Osteuropa, vor allem in Polen und Ungarn konnten Bauernparteien kurzfristig Wahlerfolge erzielen. Im Gegensatz zu den agrарischen Bewegungen stellt der ökonomische Populismus ein modernes Phänomen dar. Seine Anfänge sind in den 1920er Jahren in Lateinamerika zu datieren. Seine Verbreitung hängt mit der Ausbreitung des Neoliberalismus als der dominanten ökonomischen Ideologie in dieser Region zusammen. Als zentrale Merkmale gelten hier eine charismatische Führung, *ad hoc* Reformpolitik und die Ablehnung der Revolution. Als letzte Form nennt Mudde den politischen Populismus, der heute praktisch weltweit verbreitet ist. Er basiert auf der Dichotomie zwischen der

---

<sup>7</sup> Siehe das Kapitel 2.1.

korrupten politischen Elite und dem einfachen moralisch handelnden Volk, welches die angeblich verlorene Macht von den Herrschenden zurück erobern muss. Dieser Stammtisch-Diskurs nimmt oft einen rechtsnationalen Charakter (Mudde 2002: 215 – 218) an.

Während agrarischer und ökonomischer Populismus gegenwärtig in Europa fast keine Rolle spielen, wurde aus der politischen Form eine stabile Komponente westlicher Demokratie. Gegen alle Erwartungen konnten sich seit Mitte der 1980er Jahre die zahlreichen Protesterscheinungen in den westlichen Demokratien nicht nur erfolgreich etablieren, sie konnten sogar ihre Stellungen ausbauen und das Phänomen breitete sich auch auf andere Länder aus (Decker 2006: 9). Populismus veränderte also maßgeblich die parteipolitische Landschaft der meisten europäischen Staaten. Paul Taggart (2002) spricht in diesem Zusammenhang von einem *New Populism*. Dieser ist grundsätzlich durch sechs Attribute gekennzeichnet: erstens steht der neue Populismus der repräsentativen Politik unfreundlich gegenüber; zweitens betonen die Populisten den starken Bezug zum „heartland“; drittens fehlt es in der populistischen Ideologie an elementaren Grundwerten; viertens ist Populismus immer eine Reaktion auf Krisen ‚verursacht durch äußere Veränderungen; fünftens können Populisten nur insofern ihre Wählerschaft mobilisieren, soweit sie nicht in der politischen Landschaft institutionalisiert sind; und sechstens ist Populismus enorm anpassungsfähig (Taggart 2002: 66 – 71).

Wie bereits oben angesprochen, manifestiert sich der neue Populismus vor allem in Form eines *Rechtspopulismus*. Diese Einschätzung reflektiert die Wahlerfolge populistischer Parteien, die sich auf dem rechten Spektrum der ideologischen Skala befinden. Als die bekanntesten Beispiele gelten Jean Marie Le Pen in Frankreich oder Jörg Haider in Österreich. Alle rechtspopulistischen Gruppierungen sind durch eine bestimmte Organisationsstruktur und Form des Auftretens gekennzeichnet, organisatorisch folgen sie dem Prinzip der charismatischen Führung, welche sich um eine enge Bindung an das Volk bemüht. Diese enge Verbindung zwischen Leader und Volk spiegelt die angebliche Homogenität des Volkes wider. Die Ursachen für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien haben nach Frank Decker einen ökonomischen (Abbau des Sozialstaates, soziale Unterschiede, potenzielle gesellschaftliche Bedrohungen), kulturellen (Verlust der Identität in Folge der

multiethnischen Gesellschaft), oder politischen (Schwächung der traditionellen Parteien, Korruptionsskandale) Hintergrund und können als Folgen von Globalisierungsprozessen interpretiert werden (Decker 2006: 14). Dem Rechtspopulismus stellt Decker den *Linkspopulismus* gegenüber, welcher traditionell die stärkste Unterstützung in Lateinamerika und Osteuropa findet. Genauso wie die rechten pflegen auch die linken Populisten einen anti-elitären Kurs, sowie die Gegnerschaft zum herrschenden System, beide Formen konkurrieren auch um vergleichbare Wählerklientel. In letzter Zeit lässt sich eine Renaissance des Linkspopulismus auch in Westeuropa beobachten, vor allem im Umfeld der globalisierungskritischen Bewegung Attac, außerdem können auch die linkssozialistischen Parteien mit einer steigenden Unterstützung rechnen (Decker 2006: 23).

Der Begriff des Rechtspopulismus ist in der Populismusforschung am stärksten verbreitet. Er verweist einerseits auf die anti-elitäre Haltung der rechtspopulistischen Parteien, andererseits betont er auch die ideologische Abgrenzung von fremden Elementen (Ausländer, ethnische Minderheiten, EU, multinationale Konzerne, etc.). Er kann aber in manchen Fällen auch irreführend sein, *„da er eine rechte Zuordnung jener Parteien auf der ökonomisch und gesellschaftlichen Rechts-Linkachse unterstellt, mit der sich in Westeuropa in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts fast alle Parteien klassifizieren lassen. In Osteuropa jedoch gehen populistische Mobilisierungen gegen „die da oben“ und „die da draußen“ nicht selten einher von ökonomisch und gesellschaftlich vom Selbstverständnis her explizit „linken“, wenn auch nicht universalistischen – sondern national-partikularen oder nationalistischen – Positionen“* (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 7). Aus diesem Grund wird in die Populismusdebatte der Begriff des *Nationalpopulismus* eingeführt, welcher genauso wie der Rechtspopulismus die doppelte Abgrenzung von den Eliten und von den Fremden betont, allerdings entschärft er die sensible ideologische Aufladung, die der „Rechts“-Begriff impliziert. Aus diesem Grund ist der Begriff des Nationalpopulismus vor allem für politische Subjekte in Osteuropa geeignet, da hier die populistische Mobilisierung gegen „die da oben“ und „die da draußen“ auch von traditionell linken Parteien ausgehen und durch die starke Euroskepsis noch verstärkt werden (Frölich-Steffen 2008: 307).

Eine andere Typologisierung populistischer Parteien versucht Kai-Olaf Lang (2005) anhand der populistischen Bewegungen in Ostmitteleuropa vorzunehmen. Lang weist darauf hin, dass gerade in Ostmitteleuropa die Grenze zwischen moderaten und extremen Gruppierungen oft fließend ist. Deswegen entwickelt er eine analytische Trennung in *harte* und *weiche* Populisten, deren Unterschied im Grad der Radikalität und der Intensität, mit der sie die gegenwärtigen Verhältnisse in Frage stellen, zu finden ist. Während die harten Populisten das politische System als Ganzes in Frage stellen, konnten sich die weichen als ein Teil des politischen Establishments etablieren. Zu der ersten Gruppe zählt Lang drei große Strömungen: National-, Agrar- und Linkspopulisten. Diese Bewegungen sind durch ihre radikalen Äußerungen, Konstruktion von Feindbildern und Demagogie charakterisiert, dementsprechend ist auch die Abgrenzung zu extremistischen Parteien nicht immer eindeutig. So sind z.B. die tschechischen *Republikaner* und die *Liga der polnischen Familien* durch ihre anti-deutschen Positionierungen bekannt, während die *Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens* eine starke antisemitische Komponente aufweist. Die Gruppe der weichen Populisten ist noch viel heterogener. Es handelt sich um die sogenannten Catch-All-Parteien und die Parteien der Mitte. Zu diesen zählt Lang z.B. die tschechische *Demokratische Bürgerpartei* und den ungarischen FIDESZ (Lang 2005: 140ff.). Die weichen Populisten sind in der ostmitteleuropäischen Region nicht nur stärker vertreten, sie sind auch koalitions- und regierungsfähig, wie die beiden letztgenannten Parteien beweisen.

Dieser kurze Überblick über die verschiedenen Versuche, den Populismus typologisch einzuordnen, beweist die enorme Schwierigkeit der Politikwissenschaft, mit diesem Begriff analytisch umzugehen. Die gegenwärtige politische Vertretung in den meisten demokratischen Staaten tendiert nämlich dazu, sich der populistischen Methoden großzügig zu bedienen. Es kann also von einem *Allparteienpopulismus* (Segert 2005) oder sogar von einem *populistischen Zeitgeist* (Mudde 2004) gesprochen werden.

### **2.2.1. Definitionsmerkmale populistischer Parteien**

Der Begriff Populismus wird zur Beschreibung von politischen Ereignissen sowie von verschiedenen politischen Parteien als eine „bestimmte Charakteristik“ oft verwendet. Dennoch fehlt in der Politikwissenschaft eine klare Populismusdefinition (Skolkay 2000:1). Trotzdem etablierte sich der Begriff im politikwissenschaftlichen Diskurs. Er wird vor allem als ein Werkzeug verstanden, welcher die Expansion von zahlreichen „neuen“ politischen Bewegungen, die seit den 1980er Jahren in verschiedenen Ländern Europas entstanden sind und die sich ideologisch zu den klassischen Parteienfamilien nicht zuordnen lassen, zu erklären und typologisieren versucht. Verschiedene Autoren verwenden den Begriff in zahlreichen Kontexten. Sie verwenden ihn bei unterschiedlichen parteipolitischen Systemen, welche oft gravierend variieren oder durch spezifische historische und gesellschaftliche Entwicklungen geprägt waren. Diese Heterogenität trägt dazu bei, dass es bis heute an einheitlichen Definitionsmerkmalen mangelt, gleichzeitig bleibt die Frage nach dem Wesen des Populismus unbeantwortet: handelt es um eine Ideologie, ein Syndrom, politische Bewegung oder Politikstil (Mudde 2004: 543)?

In erster Linie gilt es, den Begriff von den alltäglichen Verwendungen abzugrenzen - hier wird Populismus vor allem als Schimpfwort zur Diskreditierung der politischen Kontrahenten verwendet, er ist mit negativen Assoziationen wie absichtliches Lügen, Manipulation und Vereinfachung der Wirklichkeit verbunden. Diese Taktik wird vor allem in Wahlkampagnen mittels emotionaler Rhetorik benutzt und praktisch von allen politischen Gruppierungen verfolgt (Todorov 2008: 3). Sehr oft ist allerdings der Populismus-Vorwurf selbst ein populistischer Trick, um die politischen Opponenten zu diskreditieren.

Im Weiteren bereitet der Begriff auch andere analytische Schwierigkeiten. Seine ideologische Divergenz, welche sich von extrem Rechts bis nach extrem Links ausdehnt, macht eine traditionelle Zuordnung zu politischen Subjekten nach der vertretenen Ideologie unmöglich. Diese ideologische Verschiedenartigkeit lässt sich gewissermaßen durch die spezifischen gesellschaftlichen und territorialen Gegebenheiten erklären. Als eine weitere mögliche Erklärung bietet sich der anti-politische Apell, welchen alle Populisten gemeinsam haben – sehr oft handelt es sich

um klassische Protestbewegungen. Die Kritik am politischen Establishment erklärt also die schwierige ideologische Zuordnung, da sich populistische Subjekte als eine Alternative zu den traditionellen Parteien präsentieren und deshalb eine ideologische Abgrenzung (so wie es in der Politikwissenschaft üblich ist) absichtlich verhindern. Da allerdings das Establishment in verschiedenen Ländern von einander auch divergiert, kann die Protestplattform je nach den spezifischen Umständen unterschiedliche Formen annehmen (Canovan 1999: 3). Populistische Bewegungen bieten also keine umfassende Ideologie an, welche an eine konkrete Gesellschaftsvorstellung gebunden ist, vielmehr arbeiten sie mit partiellen oder spezifischen Elementen und Problemen im jeweiligen politischen System und sind dementsprechend hauptsächlich an der Ausübung und Strukturalisierung der Macht interessiert (Abts/Rummers 2007: 408). In der Literatur wird in diesem Zusammenhang von einer „*thin-centred ideology*“ (Abts/Rummers 2007: 408, Mudde 2004: 544) gesprochen. Das bedeutet, dass der populistischen Politik eine schwache Ideologie zugrunde liegt, welche sich auf Grund dieser Schwäche auf unterschiedliche ideologische Traditionen binden kann. Paul Taggart spricht in diesem Kontext von einem chameleonischen Charakter des Populismus (Taggart 2002: 70). Als eine Folge der ideologischen Unübersichtlichkeit kann ergo der Opportunitätscharakter populistischer Bewegungen interpretiert werden. Wie zahlreiche Studien beweisen, wechseln Populisten innerhalb kürzester Zeit ihre politische Ansichten und Interessen, vor allem in Bezug auf Themen zur EU und Globalisierung (Mény/Surel 2002: 17).

Die zentralen Definitionsmerkmale sind also auf Grund der ideologischen Vagheit und dem Opportunitätscharakter populistischer Subjekte nicht in deren Weltanschauung, sondern primär in den Umständen deren Aufstieges, den gesellschaftlichen Wurzeln, der spezifischen Art des Auftretens, den Organisations- und Entscheidungsstrukturen, sowie in den Mobilisierungsmechanismen zu suchen.

Wie bereits im Kapitel 2.2. angesprochen wurde, wird in der politikwissenschaftlichen Forschung grundsätzlich zwischen drei Idealtypen (agrarischer, ökonomischer und politischer Populismus) unterschieden. In dieser Arbeit liegt der Fokus auf dem politischen Populismus, welcher von Cas Mudde als „*an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups,*

*'the pure people' versus 'the corrupt elite', and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people*“ (Mudde 2004: 543) definiert wird. Im Zentrum der populistischen Politik steht also die Dichotomie zwischen dem „einfachen, moralischen Volk“ und der „korrupten Elite“, welche angeblich nur an der eigenen Bereicherung interessiert ist und die Bedürfnisse „des kleinen Mannes“ nicht berücksichtigt. Die etablierten Parteien vertreten also ausschließlich die Interessen der herrschenden Elite, welche im scharfen Gegensatz zu den Interessen und Werten des Volkes stehen (Mény/Surel 2002: 12). Populisten sprechen infolgedessen im Namen der „schweigenden Mehrheit“ gegen die arroganten Eliten und korrupten Politiker „da oben“ (Canoven 1999: 5). Die anti-elitäre Haltung bringt allerdings auch politische Probleme mit sich. Wenn es nämlich den Populisten gelingt an die Macht zu kommen, werden sie automatisch zum Mitglied des Establishments, sie müssen demnach zwangsläufig ihre Politik zum Teil ändern, um als Regierungspartei auch konkrete politische Schritte umsetzen zu können. In der Folge kann es somit zu einer Entradikalisierung der Partei führen, was allerdings mit Gesichts- und Wählerverlust verbunden werden kann. Die politische Radikalität erschwert also den Populisten nicht nur die Etablierung als Regierungspartei, sondern auch im politischen System insgesamt (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 19 – 24).

Um die Lücke zwischen Volk und Elite zu schließen, also um die Interessen des Volkes in politische Ergebnisse umzuwandeln, ist es nach Ansicht der Populisten notwendig, die korrupten Eliten umzugehen, dementsprechend ist auch eine der wichtigsten populistischen Forderungen die Aktivierung der direkten Demokratie. Diese Instrumentalisierung des Plebiszits kann bis zu einem gewissen Grad als ein Versuch der Umgehung von demokratisch gewählten Institutionen gedeutet werden, in weiterer Folge dann als Machteliminierung der Exekutive. Nur die Populisten sind angeblich imstande, im Namen der Gerechtigkeit die Macht dem Volk zurückzugeben. In diesem Sinne dient also das Referendum als ein Instrument, die Entscheidungsfindung direkt auf das Volk zu übertragen. Dabei wird natürlich die parlamentarische Form von Demokratie außer Kraft gesetzt. Der Populismus ist also *„im Kern antiparlamentarisch, auch wenn er sich der Parlamentswahlen bedient, um an die Hebel der Macht zu kommen“* (Dahrendorf 2003: 5).

Die Berufung auf das einfache Volk im Sinne einer imaginären Gemeinschaft, welche mit unbeschränkter Souveränität ausgestattet ist, stellt den Grundstein für alle politische populistische Ideologien dar. Die Nähe der Populisten zum Volk soll die angebliche Homogenität des Volkswillens widerspiegeln. Margaret Canoven (1999/2005) definiert demzufolge Populismus als „*an appeal to 'the people' against both the established structure of power and the dominant ideas and values*“ (Canoven 1999: 1). Populisten appellieren an das Volk, das als eine homogene Einheit ohne soziale Gruppen mit individuellen Bedürfnissen, unterschiedlichen Werten und divergierenden Ansichten dargestellt wird (Abts/Rummers 2007: 409). Das Volk im Sinne einer homogenen Gemeinschaft mit identischen Werten und Interessen wird durch einen dreifachen Apell konstruiert: erstens handelt es sich um ein „vereintes“ Volk (*united people*), welches durch die etablierten Parteien absichtlich gespalten ist; zweitens wird es von fremden Elementen abgegrenzt, Populisten betonen deswegen, dass es sich um „unser Volk“ (*our people*) handelt; und schließlich wird das Volk als „gewöhnliche Menschen“ (*ordinary people*), welche von korrupten Eliten ausgenutzt werden, präsentiert (Canoven 1999: 5). Die Tendenz zur Homogenisierung des Volkes wird zusätzlich durch einen weiteren Exklusionsmechanismus verstärkt. Neben der vertikalen Ebene der Abgrenzung von „den da oben“, wird auf der horizontalen Ebene die Dichotomie zwischen dem „Eigenen“ und „Fremden“ hergestellt (Frölich-Steffen 2008: 306). Das Fremde kann je nachdem sowohl innerhalb, als auch außerhalb der Gesellschaft identifiziert werden, der Euroskeptizismus stellt dabei wahrscheinlich die bekannteste Ausgrenzung-Strategie der populistischen Politik dar. Der Populismus bedient sich also einer doppelten Strategie der Abgrenzung, einerseits gegenüber der Elite, was die Kritik am Establishment widerspiegelt, andererseits gegenüber den „fremden Elementen“, was wiederum als Reaktion auf zunehmende Globalisierung und Internationalisierung der Politik / Gesellschaft zu interpretieren ist. Die Konstruktion des Volkes geschieht dementsprechend einerseits durch die Abgrenzung zu den inneren Feinden in Form der politischen Elite, andererseits durch die Ausklammerung von externen Faktoren (EU, Ausländer, Kapitalisten etc.).

Der Protestcharakter populistischer Parteien richtet sich wie oben beschrieben nicht ausschließlich gegen das politische Establishment, sondern gilt grundsätzlich als eine Opposition gegenüber den dominanten Entwicklungstrends und

vorherrschenden gesellschaftlichen Werten, welche gerade durch die Elite<sup>8</sup> verbreitet werden. Manche Autoren sprechen sogar von einer ambivalenten Haltung des Populismus zum Fortschritt (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 6). In der Regel präsentieren sich populistische Parteien als globalisierungsablehnend, vor allem dann im Zusammenhang mit der weitgehenden europäischen Integration. Durch die Europäisierung sehen sie nicht nur die nationale Souveränität bedroht, es wird auch der Verlust der eigenen Identität und Kultur, in weiterer Folge dann der Anstieg von Kriminalität und Arbeitslosigkeit und damit verbundener Angst vor dem Zerfall der sozialen Sicherheit durch Migrationswellen aus anderen Staaten befürchtet.

Auch wenn sich in der Populismusforschung eine breite Anzahl an verschiedenen Subtypen populistischer Parteien finden lässt, stellt die Betonung der Rolle der Bürger im Entscheidungsfindungsprozess ein gemeinsames Bindeglied aller Populisten dar. In Verbindung mit dem Misstrauen gegenüber dem politischen Establishment resultiert daraus der Glaube in die kompetente Entscheidungsfähigkeit des Volkes, was sich in der Forderung nach mehr direkter Demokratie widerspiegelt. Die unbefriedigenden Ergebnisse der repräsentativen Demokratie sollen also durch den möglichst häufigen Einsatz eines Referendums behoben werden (Abts/Rummers 2007: 408). Die Berufung auf das Volk geschieht durch einen charismatischen Führer<sup>9</sup>, welcher sich als ein Symbol des vereinten Volkes und dessen Interessen präsentiert. Die direkte Kommunikation zwischen dem Führer und den Menschen ist einer der zentralen Charakteristiken aller populistischen Bewegungen (Mudde 2004: 545). Auch wenn sich viele populistische Parteien organisatorisch als basisdemokratische Bewegungen zu verkaufen versuchen, handelt es meistens um klassische „Top-down-Parteien“ mit charismatischer Führungspersönlichkeit an der Spitze (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 10), der charismatische Leader dient hauptsächlich als Mobilisierungsinstrument, welches die ansonsten passiven Massen ansprechen soll. Auf den ersten Blick mag das Führerprinzip auf Teile der Wählerschaft tatsächlich als sehr anziehend wirken, besonders in Zeiten von Wahlkampagnen. Es kann allerdings innerparteiisch auch zu großen Problemen führen, wenn es z.B. um Fragen der Nachfolgerschaft geht. Viele der Parteisympathisanten identifizieren die Partei nämlich ausschließlich mit dem

---

<sup>8</sup> Die Kritik der Populisten richtet sich nicht bloß gegen die politische Vertretung, sondern insgesamt gegen die Elite als solche, z.B. aus dem akademischen Bereich.

<sup>9</sup> Als Beispiele können hier Berlusconi, Le Pen oder Haider angeführt werden.

charismatischen Führer der Partei. Wenn es dann zum Wechsel an der Parteispitze kommt, kann das mit großen Stimmenverlusten verbunden werden. Auch die Strategie der permanenten Mobilisierung durch den Leader kann ein Problem werden. Das führt oft zur Radikalisierung der Partei, was die möglichen Koalitionsverhandlungen und damit auch das Potenzial einer möglichen Regierungsbeteiligung populistischer Fraktionen enorm einschränkt. Die „Top-down-Organisation“ bringt außerdem personelle Probleme mit sich, hauptsächlich wenn sich die Partei an der Regierung beteiligen möchte. Als Regierungspartei muss sie das zahlreiche Personal für politische Ämter rekrutieren, was sie aber auf Grund der Top-down-Organisation nicht besitzt (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 24). Das Führerprinzip stellt demnach auch eine politische Schwäche dar, vor allem wenn es um die Regierungsbeteiligung geht (Dahrendorf 2003: 2; Decker 2006: 18; Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 28).

Die Konzentration populistischer Parteien auf einen charismatischen Führer stellt ein weiteres wichtiges Definitionsmerkmal in Vordergrund, nämlich eine bestimmte Art der Politikdarstellung. Auf Grund der fehlenden Mitgliederbasis bauen Populisten die Kommunikation zwischen ihnen und der Bevölkerung auf dem direkten Kontakt durch die Massenmedien auf.<sup>10</sup> Der charismatische Führer fungiert dementsprechend wie ein Star, welcher sich auf der „Medienbühne“ sehr souverän verhalten kann. Die Selbstinszenierung mit vielen demagogischen und parolenhaften Äußerungen soll einerseits bei den Konsumenten den Eindruck erwecken, dass die gegenwärtige politische Elite vollkommen inkompetent und korrupt sei, andererseits dass die Populisten die wahre Vertretung der einfachen Menschen darstellen und somit als die Einzigen die gesellschaftlichen Probleme lösen können. Um den Eindruck der permanenten Gefährdung des Volkes durch das korrupte Establishment einerseits und die fremden Elemente (Migranten, EU etc.) andererseits ständig aufrechtzuerhalten, versuchen sie mittels Angstmache, Emotionalisierung und Gebrauch von Feinbildern die Gesellschaft zu polarisieren. Sie stilisieren sich selbst dementsprechend in der Rolle des Tabubrechers und des Kämpfers gegen die politische Korrektheit (Mudde 2004: 554) hoch.

---

<sup>10</sup> Zum Thema Populismus und Medien siehe das Kapitel 2.2.4.

Populismus bringt also eine spezifische Form der politischen Kommunikation mit sich. In der Bemühung, möglichst viele Menschen anzusprechen, bieten Populisten sehr einfache, meistens auf Repression basierende Lösungen für komplexe politische Probleme an, welche mit Hilfe von einer klaren und einfachen Rhetorik vermittelt werden (Abts, Rummens 2007: 407; Skolkay 2000: 2). In diesem Kontext kommt wieder die Elitenkritik ins Spiel, da diese angeblich auf Grund der Elite-Volk-Entfremdung nicht im Stande ist, den einfachen Menschen verständliche und vertrauensvolle Lösungen anzubieten. Populistische Akteure setzen sich folglich für transparente und einfache Funktionsweise der Institutionen und werfen der politischen Vertretung Verheimlichung und Verbergung vor: *„Populists love transparency and distrust mystification: they denounce backroom deals, shady compromises, complicated procedures, secret treaties, and technicalities that only experts can understand“* (Canoven 1999: 6).

### **2.2.2. Populismus: Ideologie oder politischer Stil?**

Der Versuch, Definitionsmerkmale populistischer Parteien zu bestimmen wirft die Frage nach dem eigentlichen Wesen des Populismus auf: handelt es sich um eine politische Ideologie oder bloß um eine bestimmte Art des politischen Stils, welcher sich an verschiedene Ideologien binden kann? Viele Autoren betonen den opportunistischen Charakter des Populismus. Diese Einschätzung macht auf den Pragmatismus populistischer Bewegungen aufmerksam, welche sehr oft heikle gesellschaftliche Probleme mit einfachen, vorwiegend repressiven Lösungen in Verbindung setzen und als politisches Programm verkaufen. Unpopuläre Schritte werden dabei nicht angesprochen. Populismus kann in diesem Sinne bloß als Mittel zur Machtergreifung begriffen werden, seine ideologische Qualität liegt gerade in seiner inhaltlichen Leere und deshalb kann er *„Verbindungen mit ganz unterschiedlichen Ideologien“* (Decker 2006: 11) eingehen. Dementsprechend kann also Populismus als politischer Stil (politische Waffe) eher als eine politische Ideologie verstanden werden, die Frage ist allerdings, ob Politik ohne Ideologie, d.h. ohne Visionen und Utopien überhaupt denkbar ist? Gerade das Wechselspiel zwischen bestimmten diskursiven und ideologischen Methoden, in Verbindung mit

einer spezifischen organisatorischen Form, macht den Kern populistischer Politik aus. Die Reduktion auf ein formales Prinzip der Funktionsweise populistischer Parteien wäre für die Analyse des Populismus zu kurz (Decker 2006: 11).

### **2.2.3. Populismus und Ideologie**

Es gibt gegenwärtig eine Reihe von politischen Subjekten, die als populistisch eingestuft werden. Auf Grund dieser Anzahl, sowie der sehr variierenden Inhalte des Populismus mag es auf den ersten Blick problematisch sein, gemeinsame ideologische Kernelemente auszumachen. Dennoch lassen sich zentrale Merkmale, die allen populistischen Parteien gemeinsam sind, herausfinden. Im Zentrum jeder populistischer Ideologie stehen der Bezug zum Volk und seine Gegenüberstellung der korrupten Elite, wobei sich die Populisten in Position der Vertreter des wahren Volkswillens stilisieren. Diese Unterscheidung ist absolut essentiell, da sie quasi die moralische Stärke des Volkes (und dementsprechend auch der Populisten, die sie angeblich repräsentieren sollen) in Vordergrund stellt, das populistische Element ist daher mehr moralisch als pragmatisch (Mudde 2004: 544). Der politische Gegner wird dementsprechend nicht bloß als Kontrahent, sondern prinzipiell als absoluter ideologischer Feind angesehen, da er den moralischen Vorstellungen des Volkes nicht entspricht. Somit sind Kompromisse und Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteien praktisch ausgeschlossen. Aus dem Misstrauen gegenüber politischen Eliten entpuppt sich logischerweise die Forderung nach direkter Demokratie, auf diese Weise kann der wirkliche Volkswille auch umgesetzt werden.

Ideologisch lässt sich Populismus in erster Linie vom Extremismus abgrenzen. Auch wenn es zwischen den beiden Phänomenen viele Gemeinsamkeiten geben mag, liegt das eindeutige und entscheidende Unterscheidungsmerkmal in der Haltung zur demokratischen Ordnung. Beide verbindet zwar die Idee der direkten Demokratie, populistische Parteien sind jedoch, so die Meinung der meisten Autoren, auf die Existenz der Demokratie angewiesen, während die extremistischen Parteien das demokratische System prinzipiell abschaffen wollen. So stellen sich populistische Parteien der repräsentativen Demokratie durchaus kritisch gegenüber, sie sind aber immer noch als ein Teil der demokratischen politischen Landschaft anzusehen,

während extremistische Akteure außerhalb des demokratischen Spektrums angesiedelt sind (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 9). Dementsprechend ist auch die Ideologie populistischer Akteuren viel anpassungsfähiger und spricht breitere Bevölkerungsschichten an, als das bei den Extremisten der Fall ist, so gesehen sind sie eher als Anti-Establishment- und nicht als Anti-System-Parteien einzustufen (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 9). Dennoch ist das Verhältnis zwischen Demokratie, Populismus und Extremismus sehr kompliziert: *„So können populistische Inhalte von etablierten demokratischen (z.B. konservativen oder sozialistischen) Akteuren aufgegriffen werden, aber auch geschlossene extremistische Ideologien können sich des Populismus bedienen“* (Rensmann 2006: 67).

#### **2.2.4. Populismus als politischer Stil in der Mediendemokratie**

Neben einer gemeinsamen ideologischen Grundbasis lassen sich populistische Parteien auch durch eine bestimmte Art von Politik erkennen. Wie bereits öfters erwähnt, steht im Zentrum der populistischen Politik die Betonung und Instrumentalisierung der Lücke zwischen den herrschenden Eliten und dem einfachen Volk. Dieser absichtlich konstruierte Gegensatz wird in jeder möglichen Situation betont: in politischen Debatten, im Wahlkampf, bei den Parlamentsauftritten, in Journalisten-Interviews – die moralische Stärke des Volkes wird immer wieder in den Vordergrund gestellt. Diese Taktik kann als eine politische Selbst-Legitimierung interpretiert werden, die Vertretung der gesellschaftlichen Moral ist doch jeden Preis wert.

Bei der Formulierung und Durchsetzung der eigenen politischen Vorstellungen wird sehr viel mit Emotionen gespielt – parolenhafte und demagogische Äußerungen stellen dabei genauso wie Gebrauch von Feindbildern, Angstmache und mediale Theatralisierung wichtiger Komponenten populistischer Rhetorik dar. In diesem Zusammenhang wird die Verbreitung von Massenmedien als eines der entscheidenden Erklärungsmerkmale des populistischen Erfolges erwähnt. Hier setzte sich mittlerweile der Begriff der *Mediendemokratie* durch. Mediendemokratie ist vor allem durch die dominante Rolle der Medien bei der Konstruktion des

allgemein Akzeptierten und Nicht-Akzeptierten, des Relevanten und Nicht-Relevanten, des Zugelassenen und Nicht-Zugelassenen charakterisiert. Die Politik wird dabei in den Medien als Show dargestellt, in welcher der „bessere Schauspieler“ und eben nicht der kompetentere Politiker über das Akzeptierte, Relevante und Zugelassene entscheidet. Populistische Demagogen, welche sich in diesem Umfeld perfekt bewegen, können unter solchen Bedingungen gesellschaftliche Debatten bestimmen und durch das mediale Auftreten das Wahrnehmen der Politik in der Bevölkerung radikal beeinflussen. Durch diese mediale Bestimmung von Politik verändert sich grundlegend die Funktionsweise von Demokratie: *„Die Parteiendemokratie klassischen Zuschnitts wird zur Mediendemokratie. Die Regeln der medialen Politikdarstellung - unterhaltsam, dramatisierend, personalisiert und mit Drang zum Bild, allesamt der Darstellungskunst des Theaters entlehnt - greifen auf das politische Geschehen selbst über. Die Selektion spektakulärer Ereignisse, die effektsichere Inszenierung der Profis, die weite Teile des Mediensystems bestimmen, regiert zunehmend die Politik. Es vollzieht sich ein folgenreicher Rollenwechsel: während in der Parteiendemokratie die Medien die Politik beobachten sollen, mit dem Ziel, dass sich die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger eine vernünftige Meinung bilden können, beobachten in der Mediendemokratie die politischen Akteure das Mediensystem. So können sie lernen, was sie und wie sie sich präsentieren müssen, um auf der Medienbühne einen sicheren Platz zu gewinnen“* (Meyer 2003: 14 – 15). Die Veränderung der demokratischen Grundprinzipien kann die politische Praxis stark verändern, an die Seite einer sachlichen Politik tritt nämlich von Medienexperten gezielt entwickelte Inszenierung, welche von emotional handelnden populistischen Führern dominiert wird. Solche demagogische, emotional geladene Auftritte können nicht nur eine Reduktion von Komplexität, Polarisierung der Gesellschaft oder Verbreitung von Hass und Unsicherheit zur Folge haben, in der politischen Landschaft selbst steigt die Aggression und gegenseitiges Eingreifen, was schließlich zu einer persönlichen Aversion zwischen den politischen Leader führt, auf diese Weise wird jede Möglichkeit von Kooperation verhindert und die Vorstellung von Demokratie als Konsenssuche und Interessenausgleich nivelliert.

In der Mediendemokratie wird also das reale Bild von Politik verzerrt und vereinfacht, neben der *medialen Theatralisierung* (Themenauswahl, Personalisierung, Dramatisierung etc.) sind weitere zentrale Merkmale dieser Art von Politik *Event-*

*Politik* (aus ausgewählten Themen wird die „große Sache“ gemacht, während andere Inhalte absichtlich übersehen werden), *Image-Politik* (Mythisierung von bestimmten Personen) und *Symbolische Scheinpolitik* (Politiker zeigen sich z.B. in emotionalen Situation in der Öffentlichkeit). Unter diesen Umständen kann der Bürger nur sehr schwer zwischen tatsächlichem Geschehen und leerer Inszenierung unterscheiden (Meyer: 2006: 84 – 85).

In der Mediendemokratie ist also Populismus ein wesentlicher Faktor des policy-making-Prozesses, es stellt sich dabei allerdings die Frage, inwieweit repräsentative Demokratie ohne aktive Unterstützung der Bürger funktionieren kann bzw. ob sich diese Form des Regierens noch überhaupt als repräsentative Demokratie bezeichnen lässt. Die Mehrzahl der Bürger spielt nur „eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf Signale, die man ihnen gibt“ (Crouch 2008: 10). Nicht überraschend kommen diese Signale vermehrt aus der populistischen Ecke, die wichtige Rolle des engagierten Bürgers geht dabei verloren.

Auch wenn sich Populismus in vielen Aspekten von den traditionellen politischen Ideologien<sup>11</sup> unterscheidet, ist er sehr wohl durch bestimmbare ideologische Kernelemente charakterisiert. Die einzelnen populistischen Akteure haben sich nicht in einem kontinuierlichem historischen Prozess entwickelt, wie das bei den traditionellen Parteifamilien der Fall ist, und sind aus diesem Grund auf den ersten Blick nur schwer vergleichbar, dennoch hat sich der Terminus für die Analyse von einem neuen post-industriellen Parteitypus durchgesetzt (Frölich-Steffen/Rensmann 2005). Die Mobilisierung des Volkswillens durch populistische Demagogen wirft die analytische Frage nach dem Wesen des Populismus auf. Die Frage, ob es sich um eine politische Ideologie oder eine bestimmte Politikdarstellung handelt, bleibt in der Forschung nach wie vor umstritten. Der Terminus ist mittlerweile auf jeden Fall „ein politischer Kampfbegriff“ (Rensmann 2006: 59) geworden, unter welchem sich eine komplexe politische Problematik verbirgt. Gerade diese Komplexität, begriffen als ein Wechselspiel zwischen bestimmten diskursiven und ideologischen Methoden, in Verbindung mit einer spezifischen organisatorischen Form, macht den Kern populistischer Politik aus. Die Reduktion auf ein formales Prinzip der Funktionsweise

---

<sup>11</sup> Wie z.B. Kommunismus oder Nationalsozialismus.

populistischer Parteien wäre für die Analyse des Populismus viel zu kurz (Decker 2006: 11).

### **2.2.5. Gesellschaftliche und politische Voraussetzungen für die Entstehung und Etablierung populistischer Akteure**

Ähnlich wie die frühen populistischen Bewegungen<sup>12</sup> stehen bei der Analyse der Erfolgsursachen der heutigen Populisten die Konsequenzen von Modernisierungsprozessen im Vordergrund, vor allem das Schlagwort Globalisierung spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle. Globalisierungsprozesse bringen Frank Decker (2006) zufolge ökonomische, kulturelle und politische Desintegration und Fragmentierung der Gesellschaft mit sich, dementsprechend sind Teile der Gesellschaft für populistische Herausforderung viel anfälliger. Im Unterschied zu den historischen Vorläufern handelt es sich allerdings beim gegenwärtigen Populismus um keine räumlich und zeitlich abgegrenzten Phänomene, denn *„in Zeiten der Globalisierung [rücken] die Gesellschaften in ihrer Problembetroffenheit immer mehr zusammen. Die Globalisierung ist deshalb zu einer Chiffre der Systemkritik ganz unterschiedlicher (nicht nur rechten) ideologischer Positionen geworden, die für die künftige Entwicklung der Demokratie großen Zündstoff birgt“* (Decker 2006: 13). Die Ursachen und Entstehungshintergründe populistischer Akteure haben im Kontext der Globalisierung ökonomischen (Abbau des Sozialstaates, Polarisierung zwischen Arm und Reich, objektiv und subjektiv wahrgenommene Bedrohungsängste), kulturellen (Identitätsverlust in Folge der multikulturellen Gesellschaft), oder politischen Charakter (soziale Unsicherheit und Entfremdung führt dazu, dass sich Teile der Bevölkerung politisch nicht mehr vertreten fühlen). Am meisten können Populisten davon dann profitieren, wenn sie es schaffen, aus allen drei Ursachen politisches Kapital zu schlagen<sup>13</sup> (Decker 2006: 14).

---

<sup>12</sup> People's Party in den USA, die Narodniki in Russland, oder die Bauernbewegungen in Ostmitteleuropa – siehe Kapitel 2.1.

<sup>13</sup> Die EU spielt in diesem Fall den perfekten Sündenbock, da sich aus der Sicht der Populisten in dieser Organisation alle negativen Folgen von Globalisierung identifizieren lassen: kulturelle Entfremdung, Verlust nationaler Souveränität, materielle Wohlstandverluste etc.

In westlichen Gesellschaften lässt sich seit den 1960er Jahren im Kontext der Globalisierungsprozesse und des damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Wertewandels eine Transformation des Wahlverhaltens beobachten. Politische Einstellungen der Bevölkerung sind nicht mehr primär auf die traditionellen cleavages zurückzuführen. Diese werden durch neue Faktoren wesentlich geschwächt. In vielen Hinsichten entstehen ganz neue gesellschaftliche Konfliktlinien. Robert Inglehart spricht von der Entstehung der „New-Politics Cleavage“, welche die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen der Nachkriegsordnung charakterisiert und den grundsätzlichen Wertewandel der nachkommenden Generation in den post-industriellen Demokratien im Westen beschreibt. Mit den Veränderungen der Gesellschaftsstrukturen kommt es auch zu einer Neukonzipierung der traditionellen Links- und Rechtsparteien, außerdem ist das Wahlverhalten durch die sogenannten post-materiellen Werte beeinflusst, welche die Entstehung von neuen politischen Bewegungen zu Folge haben<sup>14</sup> (Inglehart 1997: 240 ff.). Für die post-industrielle Gesellschaft ist eine große soziale Mobilität charakteristisch, welche in der Folge zu einer Lockerung der traditionellen Bindungen bestimmter Segmente der Gesellschaft zu konkreten politischen Parteien beiträgt.

Susanne Fröhlich-Steffen und Lars Rensmann (2005) sehen die günstigen Bedingungen für populistische Parteien ebenfalls in neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien im Zuge der Globalisierung, wobei sie sich auf politische Gelegenheitsstrukturen und Mobilisierungschancen konzentrieren, diese fassen sie dann in sechs Ursachenbündel zusammen:

1. Parteisoziologische, institutionelle und systemische Faktoren: Legitimitätskrise der etablierten Parteien seit den 1980ern, Krise der repräsentativen Demokratie, Verlangen nach mehr direkter Demokratie;
2. Politisch-kulturelle Kontextvariablen: Osteuropäische Transformationsgesellschaften (postsowjetisches Erbe: Nationalstaatsbildungsprozesse, Minderheitenproblematik, anti-liberale und autoritäre Einstellungen der Bevölkerung etc.) vs. westliche post-industrielle Demokratien (Wertewandel, post-materialistische Orientierungen, Modernisierung etc.);

---

<sup>14</sup> Vor allem die Entstehung von grünen Parteien.

3. Rolle von Akteursvariablen: Erfolg der populistischen Parteien hängt davon ab, ob sie spezifische Themen für sich gewinnen können und auch scheinbar politischen Druck ausüben können;
4. Situative Gelegenheitsbedingungen: Korruptionsskandale, Große Koalition-Regierung (Machtkartell) etc.;
5. Politische Diskursverschiebungen und neue sozio-kulturelle Konfliktlinien: Neue cleavage zwischen ethnisch-kulturellen, pauschal globalisierungskritischen bzw. nationalistischen Positionen und kosmopolitischen bzw. globalisierungsbefürwortenden Orientierungen;
6. Populismus als Element in der neuen Mediendemokratie: Personalisierung der Politik; Politik als Show etc. (vgl. Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 11ff).

Die Entstehung und Expansion von populistischen politischen Elementen lässt sich also durch eine Reihe von differenzierten Faktoren erklären, welche von einander je nach strukturellen Bedingungen oft stark variieren können. Eine gemeinsame Strategie aller Populisten stellt allerdings die Distanzierung von den herrschenden politischen Institutionen und deren Vertretung dar, welche allesamt als korrupt, egoistisch und regierungsunfähig abgestempelt werden. Der Erfolg populistischer Parteien hängt in dieser Hinsicht mit der Einstellung der Bevölkerung zum politischen System bzw. von der sogenannten „politischen Unzufriedenheit“ ab. Die politischen Systeme der einzelnen Staaten verändern sich in Folge der Globalisierungsprozesse, die staatlichen Institutionen geraten angesichts der „neuen“ gesellschaftlichen und ökonomischen Problemen zunehmend unter Druck, da sie nicht im Stande sind, diese adäquat zu lösen. In dieser Situation reagieren Populisten mit der Systemkritik und verlangen eine Revision der ineffizienten Entscheidungsfindungsmechanismen, welche die Bedürfnisse des Volkes nicht adäquat reflektieren. In der Rhetorik populistischer Parteien spiegelt sich diese Tendenz in der Forderung nach mehr direkter Demokratie wider. Populisten verlangen in diesem Sinne eine Machtverschiebung von „constitutional“ zugunsten der „popular democracy“<sup>15</sup>, dem Volke soll also im Entscheidungsfindungsprozess mehr Gewicht zugesprochen werden, während sich die gewählten Institutionen dem Wille des Volkes unterordnen

---

<sup>15</sup> Yves Mény und Yves Surel unterscheiden in ihrem Demokratieverständnis zwischen zwei Säulen der Demokratie. An der einen Seite steht das Volk als Souverän („popular democracy“), an der anderen die gewählten Institutionen („constitutional democracy“). Beide Säulen sollten im Idealfall im Gleichgewicht stehen (vgl. Mény/Surel 2002).

sollen (Mény/Surel 2002: 7 ff.). Die Schwäche der gewählten Institutionen geht also Hand in Hand mit dem Erfolg populistischer Parteien (Dahrendorf 2003: 5).

Eine besondere Rolle bei der negativen Bewertung der politischen Systeme nimmt die steigende Unzufriedenheit der Wähler mit den traditionellen Volksparteien ein, welche in den letzten Jahren kontinuierlich an Glaubwürdigkeit verlieren<sup>16</sup>, und eben dadurch Platz für populistische Subjekte schaffen. Parteien erfüllen in demokratischen Systemen zentrale Funktion der Interessenvertretung. So sind *„moderne Demokratien ohne politische Parteien nicht denkbar. Ohne sie kann Politik in hochdifferenzierten Gesellschaften nicht effektiv gestaltet werden“* (Klingemann 1994: 13, zitiert nach De Nève 2008: 281). Parteien stellen eine der Basissäulen der demokratischen politischen Ordnung dar, auch wenn sie bei den meisten allgemeinen Demokratieüberlegungen nicht explizit angesprochen werden. Sie agieren als ein Bindeglied zwischen Wählern und Regierung, sie repräsentieren bestimmte gesellschaftliche Gruppen und vertreten diese im politischen Prozess, so gesehen wird „Massendemokratie“ primär durch Parteien organisiert (Mair 2002: 84). Seit dem Aufkommen des „neuen“ Parteientypus verändert sich jedoch die Rolle der Parteien im politischen System, da sie zunehmend die Funktion der Interessenvermittlung verlieren. Die sinkenden Mitgliederzahlen der großen Volksparteien, sowie die fehlende Mitgliederbasis bei den neuen Parteien weisen darauf hin, dass Parteien nicht mehr die großen Teile der Bevölkerung repräsentieren und auch die zunehmende Zahl von NGOs und von verschiedenen Lobbygruppierungen beweisen, dass sich die Bevölkerung in anderen Interessengruppen organisiert. Manche Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von einer Krise der Parteien (De Nève 2008, Segert 2008b), oder sogar von einer Erosion der Parteiendemokratie (Mair 2002). Das Fehlen einer adäquaten Interessenvertretung durch Parteien, sowie die Unfähigkeit der demokratisch gewählten Institutionen mit den gegenwärtigen ökonomischen und gesellschaftlichen Problemen umzugehen, reflektiert sich dann in einem Wunsch nach einer charismatischen Führungspersönlichkeit bei einem nicht unbedeutenden Teil der Wählerschaft.

---

<sup>16</sup> Besonders prekär ist die Situation im postsozialistischen Raum, welcher hier untersucht wird (vgl. De Nève 2008: 291 – 300).

Zu den generellen Ursachen der politischen Unzufriedenheit wird die Bewertung der ökonomischen Entwicklung, die Überzeugung von korruptem Verhalten der Politiker, sowie die Unfähigkeit und Unverantwortlichkeit politischer Institutionen gezählt. Gerade diese Themen spiegeln auch die zentralen Gegenstände in Wahlkampagnen populistischer Bewegungen wider – Kampf gegen Korruption, Einführung von Referenden, verantwortungsvolle Budgetpolitik etc. Gerade in Zeiten der globalen wirtschaftlichen Krise und der steigenden Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen politischen Establishment steigt der Potenzial populistischer Akteure, welche sich als eine neue und vor allem „andere“ (und daher durch die zahlreichen Skandale nicht beschmutzte) politische Kraft präsentieren.

#### **2.2.6. Das Verhältnis zwischen Populismus und Demokratie**

Das Verhältnis zwischen Populismus und Demokratie gehört in der Populismusforschung zu den schwierigsten theoretischen Aufgaben. Einerseits wird in der Literatur auf antidemokratische und antiliberale Tendenzen populistischer Rhetorik hingewiesen, andererseits sind sich die meisten Autoren über die fixe Stellung populistischer Parteien innerhalb des demokratischen politischen Spektrums einig. Diese ambivalente Einstellung des Populismus zu Demokratie lässt sich gewissermaßen durch die definitorischen Schwierigkeiten des Populismusbegriffes erklären, denn *„des einen Populismus ist des anderen Demokratie, und umgekehrt“* (Dahrendorf 2003: 1). Beiden liegt der Volksrekurs zugrunde, der Unterschied liegt allerdings darin, dass Populisten das Volk als homogene Entität betrachten (Canoven 1999, 2005), während Demokratie pluralistische Gesellschaft quasi als elementares Grundprinzip ihres Funktionierens wahrnimmt.

Im Mittelpunkt der demokratischen politischen Ordnung steht das Prinzip der Volkssouveränität, die politische Macht leitet sich dementsprechend aus dem Volkswillen bzw. aus den Mehrheitsverhältnissen in der Gesellschaft unter der Berücksichtigung der in der Verfassung festgelegten Grundrechte ab. Bei populistischen Akteuren ist die Betonung der Volkssouveränität einer der zentralen Punkte des rhetorischen Auftretens, Populisten bezeichnen sich selbst als die einzig wahren Demokraten und Vertreter des Volkes. In der Populismusforschung spricht

dagegen eine Reihe von Autoren von antidemokratischen Zügen der populistischen Politik und stellt die Behauptung auf, dass die Präsenz populistischer Akteure eine pathologische Erscheinung innerhalb der Demokratie und deren Funktionieren darstellt (Canoven 1999: 2, Mény/Surel 2002: 3, Mudde 2004: 541). Frank Decker wirft in diesem Zusammenhang die These über die nützliche Aufgabe des Populismus als ein demokratisches Korrektiv auf, was aber nur dann möglich ist, wenn populistische Parteien in der Opposition bleiben, oder nur kurzfristig überleben (Decker 2006). Populismus stellt also das demokratische Grundprinzip, nämlich die Entscheidungsmacht des Volkes, in den Vordergrund. Die Bevorzugung der direkten Demokratie stellt aber das konstitutionelle Prinzip in den Schatten. Die Verachtung der demokratisch gewählten Institutionen, sowie der anderen zentralen Elemente liberaler Demokratie wie z.B. der Minderheitsrechte kann im Extremfall bis zur Diktatur führen. Die Prinzipien moderner liberaler Demokratien sind nämlich viel komplexer und die Begünstigung eines Elementes (Volkssouveränität) auf Kosten der anderen stellt die ganze Komplexität demokratischer Systeme auf den Kopf. Eine Gefahr für die Demokratie bildet vor allem das Misstrauen populistischer Akteure gegenüber der Gewaltenteilung und deren gegenseitiger Kontrolle (Canoven 2005: 85), da dadurch die Institutionalisierung demokratischer Prozesse hinterfragt wird.

Gerade in der Komplexitätsreduktion sieht Ralf Dahrendorf den grundsätzlichen Unterschied zwischen Demokratie und Populismus. Demokratie ist Dahrendorf zufolge ein komplexes Gebilde und gerade das Akzeptieren der Komplexität gehört zu den wichtigsten Aufgaben demokratischer politischer Bildung. Populismus beruht dagegen auf der bewussten Vereinfachung von Problemen und profitiert von der Unfähigkeit der politischen Eliten, komplizierte Zusammenhänge verständlich zu machen (Dahrendorf 2003: 3 – 4). Populistische Akteure bieten in dieser Hinsicht der Wählerschaft ein absichtlich verzerrtes Weltbild, welches durch Simplifizierung und Reduktion von Problemen gekennzeichnet ist.

Die Erfolge populistischer Parteien fußen nicht so sehr auf antidemokratischen Einstellungen der Bevölkerung, vielmehr spiegeln sie die Krise der repräsentativen Form von Demokratie wider (Mény/Surel 2002: 5). Wie bereits im Kapitel 2.2.5. angesprochen wurde, sind etablierte Parteien mit zunehmender gesellschaftlicher Kritik konfrontiert und ihre Rolle als Interessenvermittlungsinanz geht langsam

verloren. In dieser Situation stellen Populisten die Legitimität der gewählten Repräsentanten in Frage und bieten sich als politische Alternative an. Die populistische Forderung nach Zurückeroberung der Macht im Namen des Volkes in modernen liberalen Demokratien kann im Allgemeinen als ein Zweifel an den Grundelementen des gegebenen politischen Systems, vor allem dann an der Prozedur der politischen Machtverteilung interpretiert werden. In diesem Sinne dient Populismus auch als *„a fever warning which signals that problems are not being dealt with effectively , or points to the malfunctioning of the linkages between citizens and governing elites“* (Mény/Surel 2002: 15). Die Zunahme populistischer Methoden in den repräsentativen Demokratien weist dementsprechend auf institutionelle Lücken einerseits und auf Lücken zwischen Bürgern und Machträgern andererseits hin. Beides kann dann unter dem Begriff „Demokratielücke“ zusammengefasst werden (Dahrendorf 2003: 7 – 8). Auch wenn Populisten von der Demokratielücke auf den ersten Blick profitieren, kann sich in der Folge die Betonung der Rolle des Volkes im Entscheidungsfindungsprozess bei gleichzeitiger Marginalisierung anderer demokratischer Grundelemente für populistische Parteien als Nachteil erweisen, vor allem wenn es um Regierungsbeteiligung geht. Auf Grund der anti-elitären Haltung, sowie der aggressiven Rhetorik finden sie nur schwer einen Koalitionspartner, abgesehen davon kann Zusammenarbeit mit populistischen Gruppierungen internationale Konsequenzen zur Folge haben<sup>17</sup>.

---

<sup>17</sup> Auf die Regierungsbeteiligung der FPÖ nach den Nationalratswahlen 1999 in Österreich reagierten die restlichen damaligen 14 EU-Mitgliedsstaaten mit Sanktionen, die österreichische Bundesregierung mündete in Folge dessen in internationale Isolation.

### 3. Populismus in Ostmitteleuropa<sup>18</sup>

Zwanzig Jahre nach dem Systemwechsel in Ost- und Mitteleuropa können auch in dieser Region populistische politische Subjekte immer wieder sehr gute Wahlerfolge erzielen. Es kann sogar von einem massiven Zuwachs populistischer Politik gesprochen werden, da sich neben den nur kurzfristig lebenden Protest-Projekten auch stabile, teilweise sehr starke populistische Bewegungen herausbilden können (Fröhlich-Steffen/Rensmann 2005: 3). Darüber hinaus werden populistische Methoden zunehmend auch von etablierten Parteien übernommen. Populismus stellt demnach kein regionales Randphänomen der demokratischen Ordnung dar, sondern kann als ein fester Bestandteil der Demokratie in Ost und West angesehen werden. Auch in der ostmitteleuropäischen Region, die als Musterbeispiel einer erfolgreichen Transformation gilt, spielt Populismus eine immer wichtigere Rolle. So konnte z.B. der in der wissenschaftlichen Diskussion oft als populistisch eingestufte ungarische *Bund Junger Demokraten* (FIDESZ) bei den spektakulären Parlamentswahlen 2010 sogar über 50% der abgegebenen Stimmen für sich gewinnen und eine mit unbegrenzter Macht ausgestattete Regierung bilden. Somit ist Populismus „in Ostmitteleuropa nicht nur allgegenwärtig, sondern inzwischen auch mehrheits- und regierungsfähig“ (Fröhlich-Steffen 2008: 303).

Im Unterschied zu den westlichen Demokratien bildeten sich in der ostmitteleuropäischen Region auf Grund der kommunistischen Vergangenheit spezifische gesellschaftliche Probleme und Konflikte heraus. Die in Westeuropa applizierten analytischen Mechanismen können aus diesem Grund für die Analyse der jungen Demokratien Ost- und Mitteleuropas nicht vollständig übernommen werden, da vor allem die mit der Transformation verbundenen Probleme für die Herausbildung von spezifischen Konfliktlinien<sup>19</sup> verantwortlich sind. Für die Entwicklung der parteipolitischen Systeme Ostmitteleuropas sind demzufolge die konfliktreichen Dimensionen Kommunismus – Antikommunismus und die sozioökonomische und die nationalistische Dimension der Transformation von Bedeutung. Vor allem die beiden letztgenannten können als Schlüsselemente für

---

<sup>18</sup> Unter dem Begriff Ostmitteleuropa werden hier die vier Visegrad-Staaten Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn verstanden.

<sup>19</sup> Zu den traditionellen cleavages zählen Zentrum vs. Peripherie; Religion vs. säkularer Staat; Stadt vs. Land; Kapital vs. Arbeit.

die Formierung und Etablierung politischer Akteure in der gesamten Region angesehen werden (Hloušek/Kopeček 2004: 47 – 49). Die Analyse dieser Konfliktdimensionen kann die Entstehung und Etablierung von populistischen Bewegungen in der ostmitteleuropäischen Region wesentlich erleuchten. Darüber hinaus muss auch festgestellt werden, dass manche Konfliktlinien noch gar nicht ausgeprägt sind (Bos 2010: 591).

Ein wesentliches Merkmal des ost- und mitteleuropäischen Populismus ist seine Vielschichtigkeit. Neben erfolgreichen rechts- und nationalpopulistischen Parteien existiert in dieser Region eine Reihe von sozial orientierten und agrarischen Populisten (Lang 2009: 7). Sehr oft verbinden viele populistische Parteien traditionell linke und rechte Themen und sind dementsprechend viel flexibler und anpassungsfähiger an konkrete politische Umstände.

### **3.1. Spezifische Merkmale und Entstehungsursachen des Populismus im Ost- und Mitteleuropa**

Die kommunistische Vergangenheit der ostmitteleuropäischen Region trug dazu bei, dass die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung anders als im Westen verlaufen ist. Auf Grund dieser Tatsache bildeten sich hier auch spezifische gesellschaftliche Konfliktlinien heraus. Trotzdem *„haben wir es im gleichen Zeitraum in beiden Teilen des Kontinents mit starken populistischen Tendenzen, Bewegungen und Parteien zu tun“* (Bachmann 2006: 217). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es sich in Ostmitteleuropa eine andere Form von Populismus herausbildete bzw. ob sich spezifische Merkmale und Charakteristika des ostmitteleuropäischen Populismus identifizieren lassen, vor allem dann im Kontext der postsozialistischen Entwicklung. Populistische Strömungen profitieren unabhängig von einer geographischen Region von solchen gesellschaftlichen Stimmungen, die sich durch *„Verunsicherung kollektiver Identitäten, [verbunden] mit sozialer Desintegration und der Erfahrung von »Demokratieentleerung«“* (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 12) charakterisieren lassen. Die Gelegenheitsstrukturen hängen in diesem Sinne mit neuen gesellschaftlichen Konflikten, Legitimitätskrisen der etablierten Parteien, Parteiensystemwandel und postdemokratischen

Entwicklungen im Zuge der Europäisierung und Globalisierung zusammen. Im Kapitel 2.2.5. habe ich die politischen Gelegenheitsstrukturen und Chancen populistischer Parteien im Ost und West zusammengefasst und auch die sechs Ursachenbündel nach Susanne Fröhlich-Steffen und Lars Rensmann (2005: 11ff.) dargestellt. Alle sechs Faktoren lassen sich in Ostmitteleuropa ausfindig machen, dennoch geben es einige, die hier eine besondere Rolle einnehmen. In Bezug auf die parteisoziologische Merkmale spricht De Nève von einer Krise der etablierten Parteien, die sich unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen neu positionieren müssen, um auf die durch Globalisierung und Internationalisierung entstandene Herausforderungen operativ reagieren zu können. Dies ist ein Trend sowohl in Ost- als auch in Westeuropa. Insofern handelt es um eine Krise, die eher auf systematische und strukturelle Ursachen zurückzuführen ist, denn um ein post-sozialistisches Symptom (De Nève 2008: 299). Dennoch ist dieser Trend in Osteuropa auf Grund der fehlenden parteilichen Mitgliederbasis stärker ausgeprägt. Das führt schließlich zu einer paradoxen Situation, in der die osteuropäischen Länder die Entwicklung im Westen quasi kopieren, trotzdem aber als Vorreiter derselben Entwicklung agieren. Ellen Bos und Dieter Segert sprechen in diesem Kontext von der osteuropäischen Region als einem Trendsetter der weiteren Entwicklung der repräsentativen Demokratie, weil die jungen Demokratien Ost- und Mitteleuropas nicht nur das politische Institutionswesen des Westens, sondern auch dessen Funktionsprobleme übernommen haben (Bos/Segert 2008: 333). Ein wichtiges Charakteristikum der parteisoziologischen Landschaft ist die starke Wählervolatilität, welche sich als Ergebnis von noch nicht ganz etablierten demokratischen Sozialstrukturen interpretieren lässt (Bachmann 2006a: 231). Das hängt auch mit der unterentwickelten parteilichen Mitgliederbasis zusammen. Als weitere politisch-systemische Spezifika lassen sich niedriges Vertrauen in politische Institutionen, tendenziell niedrige Wahlbeteiligung, instabile Regierungen und starke politische Polarisierung anführen. Eine wesentliche Rolle spielt darüber hinaus auch die Schwäche der politischen Linken in den meisten postkommunistischen Ländern (Segert 2008a: 23ff).

Die politisch-kulturellen Kontextvariablen stehen in einem engen Zusammenhang mit dem Transformationsprozess. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa wurde auch ein bestimmtes Modell der gesellschaftlichen Organisation

abgeschafft, was zu einer massiven Veränderung der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und auch kulturellen Rahmenbedingungen beitrug. Die sehr oft schwierige Nationalstaatsbildungsprozesse, anti-liberale und autoritäre Einstellungen der Bevölkerung, welche als ein postsozialistisches Erbe gelten, Anpassung an neue Arbeitsmarktbedingungen, Einführung von Marktwirtschaft, Zerfall der sozialen Absicherung, wirtschaftlicher Abstieg, Armutsgefährdung etc., also die ganzen gesellschaftlichen und politischen Veränderungen im Zuge der Demokratisierung und Kapitalismuseinführung lassen neue Probleme und Konflikte entstehen, welche die populistischen Chancen begünstigen. Dieser Aspekt hängt direkt mit den neuen sozio-kulturellen Konfliktlinien zusammen, vor allem die Trennlinie zwischen den Verlierern und Gewinnern der Transformation ist von politischer Bedeutung. Aber auch die Konflikte zwischen Kommunisten und Anti-Kommunisten sind für die osteuropäische Region charakteristisch.

Zu den situativen Gelegenheitsbedingungen zählt vor allem Korruption. In vielen osteuropäischen Staaten folgt die Parteizugehörigkeit einem „*schlichten Kosten-Nutzen-Kalkül und hat einen instrumentellen Charakter, um persönliche politische und berufliche Ambitionen zu verfolgen*“ (Biehl 2005: 219, zitiert nach De Nève 2008: 288). Auf diese Weise wird der Staat zu einer privaten finanziellen und wirtschaftlichen Ressource. Die Verflechtung der staatlichen und wirtschaftlichen Ebene gehört zu ernstesten Problemen der osteuropäischen Demokratien. Auf der anderen Seite wird der Staat nicht bloß als Quelle zu privater Bereicherung angesehen. Im Gegensatz zu ihren westeuropäischen Kollegen sehen die Populisten in Ost- und Mitteleuropa in staatlichen Institutionen einen Garant für soziale Verteilungsgerechtigkeit. Dementsprechend ist der osteuropäische Populismus stärker nationalistisch und sozial orientiert und ist daher nicht als Reaktion auf Krisen des Wohlstandsstaates, sondern als Ergebnis der schwierigen Transformationsprozesse zu interpretieren (Kostrzëbski 2005: 210).

Zu den Unterschieden zwischen westlichem und östlichem Populismus zählt Bachmann darüber hinaus noch die verschiedene Definition des Fremden. Wie bereits mehrmals angesprochen wurde, steht im Mittelpunkt der populistischen Politik die Betonung der doppelten Dichotomie zwischen dem Volk und Elite einerseits und den Einheimischen und Fremden andererseits. Im Gegensatz zu den westlichen

Demokratien, in denen das Fremde in Migranten aus Drittstaaten (vor allem Moslems) identifiziert wird, lässt sich in Osteuropa von „inneren Fremden“ sprechen, also von Personen, welche innerhalb der Gesellschaft zu finden sind. Es handelt sich dabei Großteils um ethnische Minderheiten, vor allem Roma. In weiterer Folge fließen auch internationales Kapital und dessen Einsatz durch ausländische Investoren in die Definition des Fremden mit ein. Die Konstruktion des „Eigenen“ erfolgt also wesentlich über den ethnischen Nationalbegriff einerseits und die Herrschaft über Grund und Boden andererseits (Bachman 2006a: 229).

Ein wichtiges Mobilisierungsinstrument der osteuropäischen Populisten stellt die stark verbreitete Euroskepsis<sup>20</sup> dar. Bis zum Jahr 2004 galt die EU als ein Symbol für westlichen Wohlstand. Danach entwickelte sich in vielen Staaten der Region ein Ressentiment gegenüber dem „Bürokratismus der EU“. Die Ursachen des osteuropäischen Euroskeptizismus sind in der problematischen politischen Kulturentwicklung, vor allem aber im negativen Verhältnis der osteuropäischen Bevölkerung zu staatlichen Institutionen zu sehen. Einen wichtigen Grund stellt darüber hinaus auch das Verhalten politischer Akteure dar. Diese machen nämlich nicht selten die EU für die innenpolitischen Fehlentwicklungen verantwortlich (Kostrzëbski 2005: 213 – 214).

### **3.1.1. Politikverdrossenheit und Demokratieunzufriedenheit**

Mehr als zwanzig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs entwickeln sich alle Länder der ostmitteleuropäischen Region in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft, und es ist auch allen empirischen Daten zufolge eine weitere Vertiefung der demokratischen Orientierungen zu erwarten (Plasser 1997: 223). Auch trotz länderspezifischer Probleme, die vor allem mit der ökonomischen und sozialstaatlichen Transformation zusammenhängen (vgl. z.B. Ismayr 2010: 69), gelten alle Länder Ostmitteleuropas als konsolidierte Demokratien. Diese Entwicklung bestätigen auch viele Daten und Analysen, die regelmäßig von

---

<sup>20</sup> Als bekanntester Kritiker der EU gilt der tschechische Präsident Václav Klaus, welcher sich sogar für Ende des europäischen Integrationsprojektes ausspricht. Auch in Ungarn regiert gegenwärtig der EU-kritische Viktor Orbán. Im Gegensatz dazu stellt nach der EU-feindlichen Regierung unter Führung der PiS die polnische politische Elite den wichtigsten Unterstützer der europäischen Integration dar.

verschiedenen Instituten durchgeführt werden – alle Länder der Region werden beispielsweise von dem Bertelsmann Transformation Index (BTI), welcher die Erfolge aller Transformationsstaaten weltweit in Fragen zu Demokratie und Marktwirtschaft messen soll, als „*weit fortgeschrittene*“ Demokratien eingestuft<sup>21</sup>. Dieser Trend kann durchaus als sehr optimistisch verstanden werden, im Sinne der Einführung von Marktwirtschaft und Demokratie kann sehr wohl von „*exceptional success story*“ (Kornai 2006: 207) gesprochen werden – der schnelle, friedliche und ohne externe Intervention durchgeführte Systemwandel stellt wirklich ein einmaliges historisches Ereignis dar, wie es János Kornai betont. Gleichzeitig verdeutlicht er aber auch eine andere Bewertung der Transformation, die nicht mehr so optimistisch ausfällt, nämlich „*the perspective of everyday life [...] Deep economic troubles are experienced by a considerable portion of the population. The perception of losses is intensified by various cognitive problems. Based on the experience of today's generation, evaluating the change as an unequivocal success would be unwarranted*“ (Kornai 2006: 207). Diese Entwicklung bestätigen auch Einstellungsumfragen, welche die Euphorie der vorhandenen Demokratiemessungen zumindest mindern<sup>22</sup>. Die verbreitete Skepsis der Bevölkerung gegenüber der demokratischen Ordnung stellt ein wichtiges Merkmal der ostmitteleuropäischen politischen Systeme dar. Auch wenn der staatliche Rahmen grundsätzlich nicht in Frage gestellt wird (Bos/Segert 2008: 324), äußert sich die negative Einstellung erstens in einer generellen Apathie der Bevölkerung in Bezug auf politische Angelegenheiten, welche sich dann in niedriger Wahlbeteiligung manifestiert, zweitens in einem minimalen Vertrauen der Bürger in die wichtigsten demokratischen Einrichtungen. Die generelle Skepsis gegenüber staatlicher Institution wird noch durch den Kampf zwischen Nicht-Kommunisten und der damaligen kommunistischen Elite verstärkt. Diese Auseinandersetzung spiegelt sich nämlich in der Dichotomie zwischen der „moralischen Zivilgesellschaft“ (Nicht-Kommunisten) und dem „korrupten Staat“. Daraus resultiert dann auch das Konzept der anti-politischen Politik (Mudde 2002: 225). Diese negative Politikwahrnehmung seitens der ostmitteleuropäischen Bevölkerung wird als Folge von schwierigen Transformationsprozessen nach 1989

---

<sup>21</sup> BTI 2010: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/ranking/status-index/>, Stand: 15.02.2011.

<sup>22</sup> Vor allem das Vertrauen in politische Institutionen ist in dieser Region besonders niedrig, so vertrauen z.B. nur 15% der Ungarn und 11% der Polen dem jeweiligen Nationalparlament, während der EU-Durchschnitt bei 30% liegt. Noch schlechter schneiden politische Parteien aus. Quelle: Eurobarometer 72 (Oktober – November 2009): [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb72/eb72\\_vol1\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_vol1_de.pdf), Stand: 15.02.2011.

interpretiert. Wie bereits oben skizziert, ist der politische Wechsel durchaus erfolgreich über die Bühne gegangen. Seine negative Wahrnehmung ist allerdings der Preis für die hohen Transformationskosten. Der wirtschaftliche Umstieg zum Kapitalismus hatte massive ökonomische Folgen für große Teile der Bevölkerung. Die wirtschaftliche Produktion war auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Die großen Industriebetriebe gingen bald pleite, viele davon auf Grund von Spekulationen seitens des Managements, andere wieder wegen der unprofessionellen Privatisierung. Daraus resultierte ein enormer Anstieg der Arbeitslosigkeit. Drohende Armut, soziale Unsicherheit und andere bis dato unbekannte (oder offiziell nicht existierende) Phänomene wie Korruption, Kriminalität oder soziale Ungleichheit wurden plötzlich zum Alltagsleben in der „neuen“ Gesellschaft. Die Demokratieunzufriedenheit und geringe politische Aktivität der ostmitteleuropäischen Bevölkerung kann dementsprechend als Resultat der Transformationsenttäuschung gedeutet werden (vgl. z.B. Kornai 2006, Berend 2007, Segert 2010). Diese Situation wird von Teilen der politischen Elite instrumentalisiert, was zur Radikalisierung und Polarisierung des politischen Systems führt. In der Folge steigt zwangsläufig die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem gegenwärtigen politischen Establishment. Die Verbesserung dieser Lage hängt wesentlich davon ab, ob es die Regierungen in Ostmitteleuropa schaffen, die sozialen Konflikte und ökonomische Probleme zu lösen: *„Eine Zunahme der Zufriedenheit mit der aktuellen Demokratie und des Vertrauens in die demokratischen Institutionen und möglicherweise auch der Partizipationsbereitschaft wird bis auf weiteres von ökonomischen und sozialen Verbesserungen abhängen“* (Ismayr 2010: 69 – 70).

### **3.1.2. Entstehung von Kartellparteien und Krise der repräsentativen Demokratie**

Politikverdrossenheit und Demokratieunzufriedenheit können wichtige Auswirkungen auf die Parteiensysteme der einzelnen Länder haben. Die enttäuschende politische Situation führt sehr schnell zu Apathie und Desinteresse für politische Ereignisse. Das bringt negative Konsequenzen für die einzelnen Systeme mit sich. Die Bürger nehmen nämlich in demokratischen Systemen nicht nur eine passive Rolle ein, sondern sie üben die wichtige Funktion der politischen Kontrolle aus. Diese Rolle ist

aber auf Grund der Gleichgültigkeit wesentlich geschwächt, wovon politische Repräsentanten profitieren können. Im Kapitel 2.2.5. wurde auf die wichtige Funktion von Parteien in demokratischen Systemen hingewiesen. Die negative Reputation politischer Parteien stellt keine ostmitteleuropäische Besonderheit dar, dennoch ist die Unzufriedenheit mit den gewählten Repräsentanten in dieser Region überproportional hoch. Die lange Erfahrung mit der Existenz von „Staatsparteien“ sowie die spezifische Form der Parteienmitgliedschaft haben bis heute einen enormen Einfluss auf die negative Bewertung von politischen Parteien und spiegeln sich auch in ihren Organisationsstrukturen wider. Sehr oft präsentieren sie sich eher als politische Bewegungen (Mudde 2002: 226). Diese Ausgangssituation bildet eine Hürde auf dem Weg zur Konsolidierung der Parteiensysteme. Die kommunistischen Parteien waren eng mit den zentralen Institutionen des Staates verbunden und stellten die eigentlichen Machthaber im politischen System dar. Diese Verflechtung zwischen Staat und Partei lässt sich auch noch in den gegenwärtigen politischen Systemen Ost- und Mitteleuropas beobachten. In diesem Zusammenhang setzte sich mittlerweile der Begriff der „Kartellpartei“ (De Nève 2008; Kiszelly 2008) durch, welcher genau auf die Nähe einer Partei zum Staat hinweist. Kartellparteien erreichen quasi eine semistaatliche Stellung, da sich die Parteiliten mit der politischen Klasse vermischen. Gleichzeitig versuchen sie wichtige Interessenvertretungen und wirtschaftliche Akteure für sich gewinnen (De Nève 2008: 285 – 286). Es entsteht also ein Kartell aus Parteiliten, einflussreichen Politikern, mächtigen wirtschaftlichen Akteuren und Lobbygruppen, welche die staatlichen Ressourcen für private Zwecke ausnützen.

Kartellparteien sind grundsätzlich durch (1.) schwierige typologische Einordnung; (2.) niedrige Mitgliederzahl; und (3.) nicht klare parteiinterne Strukturen gekennzeichnet (De Nève 2008: 285). Diese „neue“ Form von politischer Vertretung kann auf Grund solcher Strukturen die Funktion als Interessenvermittlung zwischen Politik und Bevölkerung nur sehr eingeschränkt erfüllen. Der repräsentative Charakter von Parteien bekommt also einen völlig neuen Akzent, die politische Elite handelt nunmehr nach ökonomischen Maßstäben, interne Parteiendemokratie verliert an Bedeutung, der Klientelismus und Macht von verschiedenen Interessengruppen nimmt zu, was in der Folge korruptes Verhalten mit sich bringt. All diese Symptome sind noch auf Grund der kommunistischen Vergangenheit in den gesellschaftlichen

Strukturen tiefer verankert. Dadurch wird das Spannungsverhältnis zwischen der Bevölkerung auf der einen Seite und politischen Repräsentanten und Institutionen auf der anderen weiter verschärft. Ein Wandel der organisatorischen Parteistrukturen betrifft allerdings nicht nur neu entstandene Parteien. Von dieser Entwicklung sind auch bereits etablierte Volksparteien betroffen. Auch wenn die Existenz von Kartellparteien prinzipiell nichts über die Demokratiequalität aussagt (Kiszelly 2008: 121), kann es in diesem Zusammenhang von einer Krise der repräsentativen Form von Demokratie gesprochen werden, denn das Machtverhältnis zwischen Wählern und Gewählten verschiebt sich in Richtung Kartellparteien, welche die Funktion als Interessenvermittlung entweder gar nicht oder nur sehr eingeschränkt erfüllen.

### **3.1.3. Versagen der politischen Elite**

Die Entfremdung zwischen politischer Klasse und Volk bringt die Frage nach der Legitimität der herrschenden Ordnung mit sich. Insofern politische Parteien ihre Aufgabe als Politikvermittler nicht mehr erfüllen, da sie einerseits vor allem an eigener Bereicherung interessiert sind, andererseits auf Grund der mangelnden Partizipationsbereitschaft der Bürger die Interessen des Volkes nicht wahrnehmen können, verlieren sie ihre Funktion und somit auch ihre Begründung. Das Parlament, also das demokratisch gewählte Instrument des Volkswillens, verliert zunehmend an Bedeutung. Vor allem Medien erheben in dieser Situation den Anspruch, die öffentliche Meinung zu repräsentieren. Die Parteien reagieren auf diese Situation populistisch, indem sie an ihre Spitze charismatische Führungspersonlichkeiten holen, die eher dem Publikum und den Medien gefallen. Ihre Kompetenzen spielen eher eine Nebenrolle. Demokratie gewinnt also auf diese Weise einen „Konsumcharakter“ – die Wählerschaft lässt sich durch egoistische und kurzfristige Ziele irritieren (Dahrendorf 2002: 66ff.). Die politische Elite versagt also in ihrer fundamentalen Funktion als Leiter der öffentlichen Debatte, als Vermittler der öffentlichen Interessen und als Repräsentant des Volkes. Die populistischen Verführer nutzen diese Gelegenheit und übernehmen die Rolle als Sprachrohr der Straße und des „wahren Volkswillens“.

Mihai Varga und Annette Freyberg-Inan führen das Versagen der politischen Eliten in Ostmitteleuropa auf die unzureichenden Anreizstrukturen zurück. Die politische Elite muss angesichts der fehlenden politischen Unterstützung, sowie der unterentwickelten zivilgesellschaftlichen Strukturen nur mit wenigen Sanktionen von Seiten der Wähler und Interessengruppen rechnen. In dieser Situation ist das Establishment nicht motiviert, die Politik den gesellschaftlichen Interessen anzupassen und verfolgt ausschließlich private Ziele. Die schwache gesellschaftliche Kontrolle über Politik führt also dazu, dass politische Ämter zum Zweck der eigenen Bereicherung dienen. In diesem Umfeld entsteht klarerweise ein großer Spielraum für korruptes Verhalten (Varga/Freyberg-Inan 2009: 108 – 110). Das problematische Funktionieren politischer Eliten wird darüber hinaus durch dessen destruktiven Konfliktcharakter verstärkt. Eine sehr aggressive Form von Populismus wird in den meisten Fällen von etablierten Zentrum-Parteien<sup>23</sup> benutzt, um Wählerstimmen von rechtsradikalen Gruppierungen zu gewinnen. Solche Taktik führt allerdings dazu, dass sich Parteien verstärkt radikalieren. Diese Tendenz trägt schließlich wiederum zum Anstieg der Demokratieunzufriedenheit bei. Die korrupten Eliten sind also einerseits ein Produkt der herrschenden anti-demokratischen Stimmung, andererseits versuchen sie aus dieser Situation politisches Kapital zu schlagen. In diesem Sinne tragen sie zu Verbreitung von Demokratieunzufriedenheit bei (Varga/Freyberg-Inan 2009: 111ff.). In solchem konfliktreichen politischen Umfeld werden alle Fragen mit Hilfe von „cultur politics“ (Ehrke 2007 153, Becker 2010: 312) gelöst. Das bedeutet, dass *„sämtliche politische Optionen und Probleme sofort auf die höchste Ebene der »letzten Fragen« gehoben werden, wo es um alles oder nichts geht“* (Ehrke 2007: 153). Politik als Kampf führt schließlich zur Polarisierung der politischen Parteienlandschaft und in dieser Situation ist die Vorstellung von Demokratie als Konsenssuche und Interessensausgleich unmöglich.

#### **3.1.4. Sozialer Wandel nach 1989**

Nicht nur politisch hat sich die postkommunistische Gesellschaft gewandelt. Die politischen Veränderungen wurden von gesellschaftlicher Transformation begleitet,

---

<sup>23</sup> Als Beispiel kann der ungarische FIDESZ angeführt werden.

welche wesentlich mit den neu gewonnenen Freiheiten einerseits und mit der eingeführten kapitalistischen Wirtschaftsordnung andererseits zusammenhängt. Der soziale Wandel nach 1989 ist für spezifische Konfliktdimensionen der ostmitteleuropäischen politischen Systeme verantwortlich und trägt dementsprechend auch zur Herausbildung von charakteristischen Merkmalen des Populismus in Ostmitteleuropa bei.

Der Systemwechsel war bei großen Teilen der Bevölkerung mit extrem hohen Erwartungen verbunden. Die Revolution erweckte Hoffnungen und Begeisterung. Man erhoffte, den Lebensstandard und Reichtum westlicher Gesellschaften problemlos zu erreichen. Diese illusorische Vorstellung stand dann in einem scharfen Kontrast zur tatsächlichen Entwicklung. Viele Menschen erwarteten sich von den neuen politischen und wirtschaftlichen Freiheiten mehr und waren auf die Realität der Transformationskosten nicht vorbereitet. Die ersten Effekte des Wandels waren ein Kollaps der sozialen Sicherheit, Arbeitslosigkeit, ansteigende Armutsgefährdung, Inflation, zurückgehender Lebensstandard und soziale Polarisierung. Alle diese Tendenzen hatten dementsprechend große sozialen Enttäuschungen zur Folge und trugen maßgeblich zu einer negativen Bewertung der Transformation bei (Berend 2007: 271ff.). Darüber hinaus haben die Menschen plötzlich die Möglichkeit des direkten Vergleichs mit den „westlichen“ Staaten, was dazu führt, dass man sich in diesem West-Ost-Vergleich als Verlierer betrachtet. Ein weiteres typisches Merkmal der postsozialistischen Gesellschaften ist ein kurzes, sowohl individuelles als auch kollektives Gedächtnis. In diesem Sinne werden die Nachteile des alten Regimes schnell vergessen, nicht-materielle Dinge wie Demokratie, freie Wahlen, Meinungsfreiheit etc. werden in die individuelle Bewertung nicht mit einbezogen (Kornai 2006: 236 ff.).

Die subjektiv negativ-wahrgenommenen Veränderungen spielten bei der Bilanz der Transformation eine wesentliche Rolle. Sie waren aber für die individuelle Erfahrung nicht entscheidend. Laut Berend ist die negative Wahrnehmung des neuen Systems vor allem kulturell geprägt. In diesem Zusammenhang spielen die gesellschaftlichen Normen, Gewohnheiten, Überzeugungen etc., welche durch die kommunistische Ideologie verbreitet waren, eine fundamentale Rolle, denn auch gegenüber dem Kommunismus kritisch denkende Menschen sind in diesem System erzogen worden:

„people grew used to living in this way“ (Berend 2007: 275). Viele waren an eine soziale Absicherung durch den Staat und eine mehr oder weniger egalitäre Gesellschaft gewohnt. Plötzlich sind sie mit einem neuen System konfrontiert, welches von den Individuen wesentlich mehr Engagement und Selbstinitiative verlangt, gleichzeitig aber weniger Sicherheit bietet. Als eine Reaktion auf diese Entwicklung bilden sich gewisse anti-kapitalistische Einstellungen und es verbreiteten sich positive nostalgische Kommunismus-Erinnerungen. Im Laufe der Etablierung von Marktwirtschaft verbinden sich alte Gewohnheiten (Korruption) mit neuen Möglichkeiten (Privatisierung), diese Tatsache führt noch zum Anstieg von Kapitalismus-Ressentiments, und allgemein steigt die negative Wahrnehmung des Systemwandels (Berend 2007: 276 ff.).

Der Wettbewerb zwischen „erster“ und „zweiter“ Welt war nicht nur eine politisch-militärische Auseinandersetzung, sondern auch ein Wettkampf um eine bessere sozialstaatliche Konzeption, d.h. ein Wettkampf um effizientere soziale Versorgung und Absicherung der Bevölkerung (Segert 2009: 112). Die Einführung der Marktwirtschaft war somit mit einer „anderen Form von Vergesellschaftung“ verbunden. Bestimmte Gesellschaftsgruppen kommen mit solchen sozialen Veränderungen nicht klar. Vor allem ältere Menschen oder Industriearbeiter, die auf Grund der zerschlagenen Industriebranche den Job verloren hatten, waren von der Transformation besonders betroffen, dementsprechend kam es auch zur Verarmung und Marginalisierung ganzer Regionen. Diese objektiven Veränderungen sind folglich auch von individuellen Erfahrungen begleitet, die man unter dem Begriff „Wandel des Alltags“ zusammenfassen kann. Dieter Segert spricht von einem Wandel des sozialen Raumes und der sozialen Zeit, damit ist die Eröffnung von neuen Räumen (vor allem des Westens) und der Veränderung der subjektiven Zeitwahrnehmung gemeint. Der massive Umbau des Sozialstaates bringt große soziale Unsicherheit mit sich. Der allgegenwärtige Stress nimmt zu und Geld wird zum wichtigsten Maßstab des Erfolgs. Die Mangelgesellschaft verändert sich in einer Konsumgesellschaft (Segert 2009: 127 ff.).

Ein wichtiges Faktum der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Osteuropa nach 1989 ist das Spannungsverhältnis zwischen denen, die sich an die neuen Rahmenbedingungen schnell anpassen konnten und von der neuen

Freiheiten profitierten, und den sogenannten Verlierern der Transformation. Zu der ersten Gruppe gehören vor allem junge Leute, die sich rasch in der „neuen Welt der unbegrenzten Möglichkeiten“ orientieren können, die Vorteile einer offenen Gesellschaft genießen, die neuen Ausbildungsprogramme nutzen, im Ausland Erfahrungen sammeln, dementsprechend auch selbstbewusst und zielstrebig handeln – diese Gruppe bildet die neue Elite der postsozialistischen Gesellschaft. Viele davon gehören zu den Neureichen des eingeführten Kapitalismus. Die Gruppe der Neureichen wird außerdem durch Personen ergänzt, die die chaotischen Jahre nach dem Systemwechsel für die eigene Bereicherung am Rande der Legitimität genutzt haben und die am meisten von der nicht transparenten Privatisierung profitiert oder die Gesetzeslücken für illegale Machenschaften ausgenutzt haben. Dieser Gruppe der Gewinner steht ein Heer von Unzufriedenen und Enttäuschten gegenüber, welche die neuen Möglichkeiten nicht nützen (können). Wie bereits die oben zitierten Autoren Berend und Kormai betonen, sind zwei Generationen in dem realsozialistischen System aufgewachsen und vor allem ältere Menschen besitzen nicht die psychischen und physischen Kapazitäten, sich der neuen Ordnung anzupassen, denn *„Social transformation, including the adoption of a new value system and social behavioral pattern, is not a process of one or two decades“* (Berend 2007, 279). Auf der Verliererseite stehen allerdings nicht nur die ältere Generation, sondern auch viele Jugendliche, die dem Konkurrenzdruck der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht standhalten und andere Integrationswege suchen.

Diejenigen, die an der Seite der Transformationsverlierer stehen, erleben eine doppelte Enttäuschung. Einerseits verloren sie die soziale Absicherung durch den Staat, wie das in den realsozialistischen Ländern der Fall war, andererseits können sie die Vorteile der kapitalistischen Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, nicht genießen. Die Tatsache der doppelten Enttäuschung verstärkt den Druck auf die politischen Eliten, die versuchen müssen, diese Gruppe in das gesellschaftliche und politische Geschehen zu integrieren, denn die Transformationsverlierer sind für diverse extremistische und populistische Gruppierungen viel anfälliger.

### 3.2. Populistische Parteien in Ostmitteleuropa

Nach dem Fall des Kommunismus können populistische Parteien, Bewegungen und Politiker in Ostmitteleuropa beachtliche Erfolge verbuchen (Bachmann 2006a: 216). In allen Ländern der Region waren bereits populistische Parteien in der Regierung vertreten, vor allem die „weiche“ Form<sup>24</sup> des Populismus konnte sich als ein fester Bestandteil der parteipolitischen Landschaft etablieren.

Populismus hat in Polen eine lange Tradition. Die Verbreitung populistischer Methoden wurde nicht so sehr durch die Ereignisse 1989 und die darauf folgende Transformation beeinflusst. Vielmehr lässt sie sich als eine Mischung vom postkommunistischen Wertewandel und einer umfangreichen Reformpolitik der Regierung Buzek (1997 – 2001) interpretieren (Bachmann 2006b: 7). Seit dieser Zeit macht sich in den Umfragen auch eine deutliche Verschlechterung der gesellschaftlichen Stimmung erkennbar, vor allem die Landbevölkerung ist von den Reformen stark betroffen. Diese Tendenz machte sich auch in den Sjemwahlen von 2001 bemerkbar, in denen die drei populistischen Parteien die *Liga der polnischen Familien* (LPR), die *Selbstverteidigung* (SRP) und die *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) gemeinsam fast an die 30% der Stimmen kamen. Bei den nächsten Wahlen 2005 konnten sie ihre Positionen noch wesentlich verstärken und eine gemeinsame Regierungskoalition unter der Vorherrschaft der PiS bilden. Das Hauptcleavage der politischen Landschaft basiert auf der Dichotomie zwischen den Post- und Antikommunisten. Die Forderung nach radikaler Entkommunisierung der politischen Elite war eine von den wichtigsten Wahlslogans der PiS. Die Bemühung um „*die Säuberung des politischen Lebens von den „Überlebenden“ des untergegangenen Systems*“ (Bingen 2008: 82) spaltete nicht nur die politische Vertretung, sondern die ganze Gesellschaft. Die Befreiung von den korrupten dunklen Mächten der Vergangenheit nahm teilweise eine mystische Form an, sie wurde praktisch mit einer moralischen Revolution gleichgesetzt. Das national-populistische Bündnis schaffte es, alle Unzufriedenen und Verlierer des Systems aufzufangen. Als Schuldige für die Misere wurden einerseits die postkommunistischen politischen Eliten, andererseits die ausländischen Banken und Investoren bezeichnet. Darüber hinaus führte die antirussische und antideutsche Rhetorik der Brüder Kaczyński Polen in eine

---

<sup>24</sup> Siehe Kapitel 2.2.

regionale Isolation. Die traditionelle populistische Spaltung der Gesellschaft in korrupte Eliten und das unschuldige Volk wurde durch den anti-kommunistischen Akzent zugespitzt. Auf der horizontalen Abgrenzungsebene wurde vor allem das ausländische Kapital, aber auch die EU, Deutschland, Russland, teilweise auch ethnische Minderheiten und Homosexuelle als das Fremde identifiziert. Die stärkste populistische Partei Polens, die PiS, wurde nur wenige Monate vor den Parlamentswahlen 2001 von den bekannten Solidarność-Persönlichkeiten Jaroslaw und Lech Kaczyński gegründet. Mit radikalen Äußerungen in Bezug auf in Polen sehr sensible Themen wie Homosexualität, Frauenemanzipation, Abtreibung oder Wiedereinführung der Todesstrafe, sowie mit einer kompromisslosen Anti-Korruptionskampagne schaffte es die PiS, innerhalb von wenigen Monaten die Wählerschaft zu mobilisieren. Die großen Korruptionsaffären der ab 2001 regierenden postkommunistischen Linksallianz SLD nutzte die konservative Opposition unter der Führung von PiS zu scharfen Attacken gegen die Regierung. Verbunden mit einer aggressiven national-katholischen Rhetorik gelang es der Partei aus den Parlamentswahlen 2005 als Sieger herauszukommen. Im gleichen Jahr gewann der damalige Warschau-Bürgermeister Lech Kaczyński überraschenderweise auch die Präsidentschaftswahl und vollzog damit den politischen Triumph der Zwillingsbrüder. Diese beiden Wahlerfolge waren deshalb möglich, weil es die Partei schaffte, sich als eine konservative, patriotische, EU-kritische und vor allem solidarische Alternative zum liberalen Flügel der polnischen politischen Landschaft zu profilieren (Lang 2009: 9). Auch wenn sich die Partei programmatisch als europaskeptisch, nationalkonservativ und traditionell profiliert, erwies sich als die wichtigste Mobilisierungsstrategie die radikale Politik der Entkommunisierung. Das Feindbild des exkommunistischen Establishments wurde für die Brüder Kaczyński von essentieller Bedeutung. PiS setzte sich für eine Offenlegung der kommunistischen Archive ein. Für alle Skandale wurden exkommunistische Verschwörungskräfte verantwortlich gemacht, Exkommunisten und Geheimagenten beherrschten nach Ansicht der PiS alle Institutionen des Landes. Die kommunistische Vergangenheit sollte symbolisch mit der Ausrufung der sogenannten „Vierten Republik“ beendet werden<sup>25</sup>. Diese „*destruktiven Elitekonflikte*“ (Varga / Freyberg-Inan 2009) führten

---

<sup>25</sup> Die dritte Republik wurde nach den Ereignissen 1989 ausgerufen, sie ist oft als ein Kompromiss der am Runden Tisch beteiligten Vertreter des alten Regimes und der neuen politischen Repräsentation

schließlich zu einer radikalen Polarisierung der polnischen politischen Landschaft. Nach den Neuwahlen 2007 musste sich die PiS mit der Oppositionsrolle zufriedengeben und mit dem unglücklichen Tod des Staatspräsidenten Lech Kaczyński verlor sie auch die wichtigste Position an der Spitze des Staates.

Auch in Ungarn ist der Populismus zu einem wesentlichen Bestandteil der Politik geworden (Kiszelly 2008: 130). Ähnlich wie in Polen ist die ideologische Trennlinie zwischen Links und Rechts durch den Gegensatz Kommunismus vs. Antikommunismus geprägt. Die beiden politischen Lager sind sogar so stark, dass man von einem dominanten Zweiparteiensystem sprechen kann (Kiszelly: 131). Die Zugehörigkeit zu einem politischen Lager ist durch extreme Polarisierung der Parteien nach dem Freund-Feind-Schema gegeben, wodurch Verhandlungen und Konsenssuche extrem erschwert sind. Die angespannte politische Stimmung in der Gesellschaft wird darüber hinaus durch eine „Kultur der Ressentiments“ zugespitzt, welche durch die politische Elite instrumentalisiert wird: *„Teile der politischen Klasse, auch des Spitzenpersonals von links und rechts, appellieren an vorrationale Einstellungen und Vorurteile, Ängste und Sehnsüchte im Volk, um des eigenen Machterhalts wegen“* (Becker 2010: 312). Die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 2010 zeigten eine deutliche Verschiebung der politischen Sympathie der ungarischen Bevölkerung nach rechts. Nicht nur der spektakuläre Erdrutschsieg des als nationalkonservativ und rechtspopulistisch geltenden *Bundes der Jungen Demokraten* (FIDESZ), aber auch der Einzug der rechtsextremen *Bewegung für ein besseres Ungarn* (Jobbik) ins Parlament zeigt diese politische „Rechtsverschiebung“ sehr deutlich. Der (Rechts-)Populismus gewinnt in Ungarn eine vollkommen neue Qualität, denn auch trotz massiver Zunahme von erfolgreichen populistischen Bewegungen in ganz Europa können sich diese nirgendwo nur annähernd auf ein dermaßen starkes politisches Mandat stützen. Die Ursachen des Erfolges populistischer Parteien in Ungarn sind grundsätzlich nicht anders als in anderen ostmitteleuropäischen Staaten und lassen sich durch die autoritäre Vergangenheit des Landes einerseits und die mit der Transformation verbundenen Problemen andererseits interpretieren (Bayer 2005: 175). Dennoch wäre es falsch, angesichts des späten Zeitpunktes der politischen und wirtschaftlichen Krise ausschließlich von einem „Transformationspopulismus“ zu

---

wahrgenommen. Aus der Sicht der PiS war dieses Ergebnis eine Fortführung der kommunistischen Politik mit demokratischem Mantel.

sprechen (Bartlai/Hartleb 2011: 427). Der Erfolg populistischer Parteien lässt sich vielmehr als ein Ergebnis ökonomischer, politischer und sozialer Probleme des Landes interpretieren (vgl. Ehrke 2007). Der Rechtsrutsch lässt sich aber auch durch das Versagen der politischen Linken erklären, deren nicht verantwortliche Wirtschaftspolitik, sowie zahlreiche Korruptionsskandale zu einem enormen Glaubwürdigkeitsverlust der Partei führten, wodurch nicht nur der FIDESZ, aber auch die rechtsradikale Jobbik politisch profitieren konnten. Was die populistischen Parteien in Ungarn angeht, so lässt sich auch hier mit der *Partei der kleinen Landwirte* (FKGP) und *Partei der ungarischen Wahrheit und des Lebens* (MIÉP) eine bereits nach der Wende entstehende populistische Tradition nachweisen. Die FKGP stellte sich als eine Bauernpartei dar, welche einen nationalistischen und antisemitischen Diskurs pflegte und das Volk auf ethnisch-kultureller Basis definierte. Eine ähnliche Politik verfolgte auch die MIÉP – im nationalistischen, xenophoben und fremdenfeindlichen Diskurs forderte sie z.B. die Unabhängigkeit Ungarns von internationalen Organisationen oder die Abschiebung der ungarischen Roma. Beide Parteien waren grundsätzlich antiliberal und globalisierungskritisch, spielten in den 1990er Jahren eine bescheidene politische Rolle, scheiterten allerdings bei den Parlamentswahlen 2002 an der 5%-Hürde (Bachmann 2006a: 226). In einer ganz anderen Liga spielt gegenwärtig der rechtspopulistische FIDESZ des amtierenden Premierministers Viktor Orbán, welcher auch europaweit die stärkste populistische Kraft darstellt. Mit seinen kontroversen politischen Schritten wie z.B. der hohen Besteuerung der Banken und der Managergehälter, der de facto Verstaatlichung der privaten Rente-Fonds oder dem neuen Mediengesetz sorgten auch international für Aufregung. Der FIDESZ wurde bereits 1988 als eine radikal-liberale Partei junger oppositioneller Intellektueller nach dem westlichen „Grünen-Vorbild“ gegründet. Ab 1993 lässt sich allerdings in der programmatischen Ausführung der Partei eine ideologische Wende beobachten. Um die rechte Wählerschaft an sich zu ziehen, entwickelte sich FIDESZ in Richtung ungarischem Konservatismus und Nationalliberalismus. Die Partei profiliert sich seit diesem Zeitpunkt als eine Sammelbewegung für die zerstreute ungarische Rechte. Die Partei verfügt mit Viktor Orbán an der Spitze über eine charismatische Führungspersönlichkeit, welche sich der Sympathie der einfachen Menschen erfreuen kann. Seine politische Strategie erfolgt nach den „*westlichen Techniken des politischen Marketings*“ (Bayer 2005: 179), Orbán bedient sich demagogischer Äußerungen und verfolgt einen sehr

aggressiven und autoritären politischen Stil. Die Strategie der Konfrontationspolitik, der Machtkonzentration, des Klientelismus, ständiger Mobilisierung der Wählerschaft etc. sind typische Attribute der von FIDESZ verfolgten Politik, welche wie bereits oben angesprochen zu einer radikalen Parteienpolarisierung führte. Als das Fremde und gleichzeitig auch für die schlechte wirtschaftliche Lage verantwortliche Element werden die sozialistischen Regierungen einerseits, ausländische Banken und internationale Konzerne andererseits identifiziert, so lassen sich auch die Maßnahmen der Banken- und Managergehälterversteuerung besser verstehen. Die politischen Schritte von Orbán spalteten nicht nur die politische Landschaft, sondern die ganze Gesellschaft, die von ihm praktizierte „*cultural politics*“ (Becker 2010: 312) eröffnete außerdem sehr sensible Debatten um den Trianonvertrag oder die Staatsbürgergesetze neu.

Während populistische Parteien in Polen und in Ungarn erst ab 2001 bzw. 1998 eine bedeutsame Rolle im Parlament spielen, stellte Vladimir Mečiar und seine populistische *Bewegung für demokratische Slowakei* (HZDS) bereits kurz nach dem Systemwechsel die dominante slowakische Regierungspartei dar (Kneuer 2005: 149). Der schwierige Transformationsprozess wurde durch die Abspaltung der Slowakei von der Tschechischen Republik wesentlich verlangsamt. In Verbindung mit den autoritären Tendenzen des Premierministers und einer relativ großen ethnischen Heterogenität<sup>26</sup> der slowakischen Bevölkerung entstand ein hohes Potenzial für populistische Akteure. Dieses wurde noch durch die mangelnde Erfahrung mit Staatlichkeit, fehlende nationale Identität, sowie Rückständigkeit der slowakischen Gesellschaft verstärkt (Kneuer 2005: 153ff.). Mečiar nützte diese „populistische Gelegenheit“ und wurde zum ersten populistischen Regierungschef Ostmitteleuropas nach dem Fall des Kommunismus. Mečiar präsentierte sich selbst als einen bodenständigen Mann aus dem Volk, welcher die slowakische Nation vor den dunklen Mächten aus dem Ausland schützen muss. Dabei setzte er auf typische populistische Methoden wie Appell an das einfache Volk, aggressive Rhetorik, die zu einer starken Polarisierung der politischen Landschaft führte, sowie Kritik des politischen Establishments. Diese Kritik wurde immer wieder zurückgedrängt, je nachdem, ob sich seine Partei gerade selber an der Regierung beteiligte (Bachmann

---

<sup>26</sup> Vor allem das Zusammenleben mit den Minderheiten der Roma und der Ungarn sorgt in der slowakischen Politik immer wieder für Konflikte.

2006a: 227). Nachdem die HZDS bei den Parlamentswahlen 2010 die fünf Prozent-Hürde nicht überschreiten konnte, zog sich Mečiar aus der Politik zurück. Der populistische Charakter der slowakischen Politik wurde damit nicht beendet. Aus der Parlamentswahl von 2006 ging nämlich eine Regierung unter dem linkspopulistischen Premierminister Robert Fico und seiner Partei *Smer* hervor. Die Regierungskoalition wurde außerdem noch durch die nationalistische Gruppierung der *Slowakischen Nationalpartei* (SNS) ergänzt. Ähnlich wie Orbán in Ungarn setzte auch Fico auf eine aggressive Politikrhetorik, welche sich vor allem gegen große Unternehmen, die ungarische Minderheit und die Medien richtete. Trotz der populistischen Tendenzen der Regierung, die vor allem durch Pragmatismus, klientelistische Wirtschaftspolitik, antiamerikanischen und prorussischen Kurs, sowie einer antikapitalistischen und nationalen Rhetorik gekennzeichnet war, ist eine Rückkehr zu den semiautoritären Praktiken aus der Mečiar-Ära nicht zu erwarten (Lang 2009: 26).

Die tschechische Republik gilt als einer der erfolgreichsten Transformationsstaaten. Auf den ersten Blick sollte hier die „populistische Gelegenheit“ keinen günstigen Boden gefunden zu haben. Wie auch in den anderen postsowjetischen Staaten bildete sich nach dem Sturz des kommunistischen Systems eine für diese Region spezifische gesellschaftliche Konfliktlinie heraus, nämlich der Kampf zwischen Anti-Kommunisten und Anhängern des alten Systems. Diese transformierte sich allerdings relativ rasch in die Auseinandersetzung um marktwirtschaftliche Reformen. Je nach den gesellschaftlichen Interessen formierten sich verschiedene Kräfte mit unterschiedlichen Vorstellungen über die Wirtschaftspolitik: (1) diejenigen, die sich für schnelle und radikale Reformen aussprachen (ODS); (2) solche, die für eine weniger drastische Form eintraten (ČSSD); und (3) diejenigen, die den Transformationsprozess ganz ablehnten (KSČM) (Vodička 2010: 290 – 291). In diesem Spannungsfeld konnten sich relativ einfach populistische Strömungen herausbilden, welche den schwierigen Prozess der nicht nur ökonomischen Transformation für politische Zwecke ausnützten. In dieser Situation bildete sich die „*einzig wirklich rechtspopulistische Partei in der Tschechischen Republik*“ (Segert 2005: 192), nämlich die „Republikaner“ unter der Führung von Miroslav Sládek. Die Partei war zwischen 1992 und 1998 im Parlament vertreten, die zentralen Mobilisierungsthemen stellten vor allem die feindliche Stellung gegenüber der

ethnischen Minderheit der Roma, aber auch der Juden und Sudetendeutschen dar. Eine wichtige Rolle spielte auch eine scharfe anti-kommunistische Rhetorik. Paradoxerweise stimmten die Republikaner im Parlament sehr oft mit den ebenfalls antideutsch eingestuften Kommunisten zusammen. Mit Sládek an der Spitze verfügte die Partei auch über eine typisch populistische Führungspersönlichkeit, welche mit aggressiven und radikalen Äußerungen das Interesse der Medien immer wieder auf sich ziehen konnte (Čákl/Wollmann 2005: 32). Nachdem die Republikaner bei den Parlamentswahlen 1998 die 5%-Klausel nicht überschreiten konnten, verschwanden sie aus der tschechischen Parteienlandschaft<sup>27</sup>. Seitdem gibt es in Tschechien keine relevante populistische Partei mehr. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2002 verbreitete sich aber ein populistischer Politikstil, welcher von allen politischen Akteuren angewandt wird, es kann sogar von einem „Allparteienpopulismus“ gesprochen werden (Schmidt-Häuer 2002, zitiert nach Segert 2005: 197). Diese Art des Populismus äußert sich primär in Wahlkampagnen, welche immer aggressiver und persönlicher gestaltet werden. Auf diese Weise kommt es zu einer radikalen Polarisierung der Parteien, vor allem die gegenseitigen Attacken der beiden Großparteien ČSSD und ODS schließen eine Zusammenarbeit faktisch aus. Solche aggressive Politikgestaltung trägt auch wesentlich dazu bei, dass sich in der tschechischen Parteienlandschaft neue Akteure etablieren können, die die negative Wahrnehmung der Politik durch die Bevölkerung für sich nutzen und mit populistischer Rhetorik die höchsten Etagen der Politik erreichen können. Die Rede ist von der Partei „Öffentliche Angelegenheiten“.

---

<sup>27</sup> Die Partei hat sich nicht vollständig aufgelöst, sondern in verschiedene Gruppierungen gespalten. Sládek stellt gegenwärtig keine relevante politische Kraft dar.

#### **4. „Öffentliche Angelegenheiten“ als politischer Akteur in der tschechischen Parteienlandschaft**

Das Hauptziel der Diplomarbeit liegt in der Analyse der politischen Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ (auf tsch.: Věci Veřejné (VV)), die gegenwärtig in der tschechischen Regierung vertreten ist. Mit Hilfe des Populismus-Konzeptes wird untersucht, ob sich die Partei nach genau festgelegten Kriterien, so wie sie die Politikwissenschaft versteht und wie sie im ersten Teil dieser Arbeit bestimmt worden sind, als ein populistisches Subjekt bezeichnen lässt. In diesem Kapitel werden also die charakteristischen Merkmale einer populistischen Partei an einem konkreten Beispiel untersucht. Die zentralen Aspekte, die hier untersucht werden sind folgende:

- Unklare ideologische Charakterisierung (ideologische Divergenz)
- Betonung der Dichotomie zwischen „moralischem Volk“ und „korrupter Elite“
- Appell zur Aktivierung von Mechanismen der direkten Demokratie
- Protestcharakter
- Charismatische Führung
- Unklare parteiinterne Organisationsstruktur
- Mediale Selbstinszenierung
- Angebot einfacher Lösungen

Wie bereits in der Einleitung angesprochen wurde, stellt die VV in der postkommunistischen Entwicklung der tschechischen Parteienlandschaft ein einzigartiges politisches Subjekt dar. In erster Linie kann die Partei nicht zu den traditionellen Parteifamilien auf der Links – Rechts – Achse zugeordnet werden. Auch die programmatische Orientierung, die Art der Wahlkampfführung, die internen Entscheidungsmechanismen und später auch das Verhalten in der Regierungskoalition weisen darauf hin, dass die VV in der Parteienforschung ein neues Partientypus repräsentiert. Solche „neuen“ politischen Subjekte sind grundsätzlich durch schwierige typologische Einordnung, niedrige Mitgliederzahl und nicht klare parteiinterne Strukturen gekennzeichnet (De Nève 2008: 285). Alle diese Attribute treffen auf VV zu.

Es wird in weiterer Linie auf die Frage eingegangen, ob sich die Partei als ein typischer populistischer Akteur der ostmitteleuropäischen Politik nach 1989 charakterisieren lässt oder ob es sich um einen neuen politischen Parteientypus handelt.

#### **4.1. Basisinformationen über die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“**

Die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ stellte vor den Parlamentswahlen im Mai 2010 einerseits für die große Mehrheit der Wählerschaft eine große Unbekannte dar, andererseits wurde sie nach zahlreichen Korruptionsskandalen der bisherigen politischen Elite als frischer Wind in der parteipolitischen Landschaft Tschechiens angesehen. Die politische Kultur war nach der Ära des Jiří Paroubek (ČSSD) und Mirek Topolánek (ODS) sehr angeschlagen und die VV wirkte in dieser Situation als ein Wundermittel gegen politisches Unbehagen (Kmenta 2011: 37). Mit der charismatischen Persönlichkeit des beliebten Journalisten Radek John an der Spitze und einem gegen Korruption und Verschwendung der öffentlichen Mittel ausgerichteten politischem Programm wurde die VV mit großer Hoffnung auf Veränderung der politischen Kultur verbunden. Die typischen Symptome der ostmitteleuropäischen Politik, so wie sie im Kapitel 3. beschrieben worden sind, sorgten auch in der Tschechischen Republik für die Förderung nach Umtausch<sup>28</sup> des politischen Establishments. Nach dem Einzug ins Parlament bildeten VV mit den konservativen Parteien ODS und TOP 09 eine Regierungskoalition. Viele Wähler erwarteten sich von dieser Regierung die notwendigen Reformen der Staatsverwaltung, des Kranken- und Pensionssystems und vor allem eine Veränderung der intransparenten Machenschaften mit öffentlichen Mitteln. Bereits kurz nach der Entstehung der Regierung zeigte sich allerdings VV als ein unberechenbarer Koalitionspartner mit einer starken ideologischen Unübersichtlichkeit und unklaren organisatorischen Strukturen. Die zahlreichen Korruptionsskandale der jungen Partei destabilisierten oft das Funktionieren der

---

<sup>28</sup> Die Unzufriedenheit mit der politischen Vertretung zeigte sich in zahlreichen Bürgerinitiativen, welche vor den Parlamentswahlen 2010 einen Umtausch der politischen Elite verlangte (Vyměňte politiky; Defenestrace 2011; Přemluv bábu).

Regierung, welche sich öfters den Problemen um die eigene Existenz widmen musste, anstatt die angesprochen Reformen in Gang zu setzen.

#### **4.1.1. Entstehung und Entwicklung der Partei**

Als Vorgänger der Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ gilt die gleichnamige Bürgerinitiative, welche im Jahr 2001 im 1. Prager Stadtbezirk von Stanislava Moravcová gegründet wurde. Die Initiative konzentrierte sich ursprünglich auf Angelegenheiten der Kommunalpolitik wie z.B. Privatisierung der Gemeindewohnungen, Problem mit Parkplätzen in der Prager Innenstadt, Störung der Nachtruhe etc. Als eine politische Partei wurden „Öffentliche Angelegenheiten“ am 22. Juli 2002 bei dem Ministerium für Inneres registriert. Bei den Kommunalwahlen 2002 erreichte die Partei ein Mandat im 1. Prager Bezirk und engagierte sich als eine Oppositionspartei, während sich in anderen Bezirken Prags weitere lokale Organisationen der Partei etablierten. Bei den Kommunalwahlen 2006 konnte VV immer noch als eine lokale politische Gruppierung den ersten wichtigen Erfolg feiern und zwar erhielt die Partei über 20% der abgegeben Stimmen und damit 9 von 35 Mandaten wieder im 1. Prager Bezirk. Als erster Versuch, sich auch auf der nationalen Ebene durchzusetzen gelten die Europawahlen von 2009, an denen die Partei bereits unter der Führung von Katerina Klasnová teilnahm. Der Gewinn von 2,4% der Stimmen reichte zwar nicht um die Sperrklausel zu überschreiten, dennoch wurden VV auf der nationalen Ebene die drittstärkste Partei ohne parlamentarische Vertretung. Außerdem schaffte VV mittels einer umfassenden politischen Kampagne zum ersten Mal die mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und wurden auch auf der nationalen Ebene zu einer relevanten politischen Kraft. Als ein Schlüsselmoment in der weiteren Entwicklung der VV lässt sich die Wahl des ehemaligen Starjournalisten Radek John zum Parteivorsitzenden interpretieren. Laut Umfragen vor der Wahl wurde er als der vertrauenswürdigste Politiker des Landes wahrgenommen (Havlík 2010: 30 – 31).

Vor der Parlamentswahl im Mai 2010 wurde die Partei für viele Wähler und für politische Beobachter zu einer undurchschaubaren Gruppierung mit unklaren ideologischen Ansichten und einem zwar breit angelegten aber sehr wagen

politischen Programm. Desto trotz schaffte es die VV dank der charismatischen Führungspersönlichkeit des Radek John und dessen scharfer Anti-Korruptionsrhetorik ins Parlament einzuziehen, und zwar mit einem überraschenden Ergebnis von 10,9% der Stimmen. Es ist nur schwer nachzuweisen, inwieweit die Persönlichkeit des Parteivorsitzenden für den Erfolg der Partei verantwortlich ist, dennoch zeigte sich das Setzen auf einen starken Leader in Kombination mit gefälligen politischen Themen, Kritik des politischen Establishments und der Kandidatur von „neuen Gesichtern“ für Teile der Wählerschaft als sehr attraktiv (Matušková 2010: 110). Eine besondere Rolle spielte, vor allem in der Wahlkampagne, die Distanzierung von den herrschenden politischen Eliten, welche als „politische Dinosaurier“<sup>29</sup> dargestellt wurden. Neben den traditionellen Themen wie Korruptionsbekämpfung und Kritik der politischen Verhältnisse setzte die VV auch auf eine sehr unkonventionelle Art der Selbstpräsentation, im Vergleich zu anderen Parteien zeigte nämlich die VV-Kandidatenliste einen hohen Frauenanteil. Die Spitzenkandidatinnen haben sich schließlich auf einen Wahlkampfplakat nur in Badehosen mit dem Slogan *„Die Burschen lassen Sie schwimmen, wählen Sie unsere Mädels“*<sup>30</sup> fotografieren lassen. Es zeigte sich schließlich, dass diese populistische Wahlkampagne erfolgreich wurde: *„Die VV hat zwar kein glaubwürdiges politisches Programm, hat es aber durch Fotos ihrer spärlich bekleideten Wahlkandidatinnen, „Bürgerwachen“, die Obdachlose aus Parks vergraulen, und die Popularität ihres Vorsitzenden innerhalb von kurzer Zeit auf einen Wähleranteil von 11 Prozent gebracht“* (Mostyn 2010).

Das Ergebnis der Parlamentswahlen im Mai 2010 ist ein Schlüsselereignis in der Geschichte der jungen Partei, die sich innerhalb von wenigen Jahren aus einer kleinen lokalen Initiative in eine relevante politische Macht mit einem starken Koalitionspotenzial auf der gesamtstaatlichen Ebene verwandelte. Das Wahlergebnis gab der VV auch ideale Verhandlungschancen für kommende Koalitionsverhandlungen. Die tschechische politische Landschaft ist nämlich seit

---

<sup>29</sup> Der Begriff des „politischen Dinosaurier“ wurde zum wichtigsten Slogan der Wahlkampagne der VV. Er diente als ein Innbegriff für einen langtätigen Politiker, welcher in zahlreichen Skandalen verwickelt war. Als Beispiele nannte die Partei den damaligen sozialdemokratischen Premierminister Jiří Paroubek (ČSSD), oder den bürgerlichen Innenminister Ivan Langer (ODS).

<sup>30</sup> Das Bild ist eine parolenhafte Reaktion auf ein ODS-Plakat, auf dem Politiker der bürgerlich-konservativen Partei ebenfalls nur in der Badehose erscheinen: [http://zpravy.idnes.cz/pustte-kluky-k-vode-volte-holky-paroduji-veci-verejne-kampan-ods-pxx-/domaci.aspx?c=A091006\\_165501\\_domaci\\_jw](http://zpravy.idnes.cz/pustte-kluky-k-vode-volte-holky-paroduji-veci-verejne-kampan-ods-pxx-/domaci.aspx?c=A091006_165501_domaci_jw) (Stand: 06.09. 2011).

Jahren von den zwei traditionellen Großparteien ČSSD und ODS dominiert, die sich regelmäßig in der Regierung abwechseln<sup>31</sup>. Die oft sehr dünnen Ergebnisse bringen allerdings immer kleinere Parteien ins Spiel, denn keine der großen Parteien schaffte es je, die absolute Mehrheit der Stimmen zu erreichen, um eine Alleinregierung<sup>32</sup> bilden zu können und so waren sie immer an eine Kooperation mit kleineren Parteien angewiesen. Nach der Wahl 2010 schaffte es also die VV in diese günstige Verhandlungsposition zu kommen und wusste aus dieser Position auch politisches Kapital zu schlagen. Nach erwarteten Prognosen begann Petr Nečas von der ODS mit der ideologisch nahen TOP 09 über eine künftige Koalition zu verhandeln. Die Mandate der beiden Parteien reichten allerdings für die notwendige Mehrheit im Parlament nicht aus und so wurde auch die VV in die Verhandlungen mit einbezogen. Als Ergebnis der Verhandlungen entstand eine Koalitionsregierung der genannten Parteien. Die VV disponiert in diesem Kabinett über vier Ministerposten – der Parteivorsitzender Radek John wurde zum Innenminister (außerdem wurde er noch zum Vize-Ministerpräsident), Vít Bárta zum Verkehrsminister, Kamil Jankovský zum Minister für regionale Entwicklung und Josef Dobeš übernahm das Ministerium für Erziehung, Jugend und Sport. Ergänzend noch zu diesen Sitzen in der Regierung wurde die stellvertretende Vorsitzende der Partei Kateřina Klasnová zur Vize-Präsidentin des Nationalrats gewählt.

Bereits kurz nach dem Zustandekommen der Regierung wurde die VV allerdings mit verschiedenen Skandalen und zahlreichen Korruptionsaffären konfrontiert. Vor allem die geheimnisvolle Person der Hauptsponsoren der Partei und des damaligen Besitzers der wichtigsten privaten Sicherheitsagentur der Landes ABL Vít Bárta sorgte immer wieder für Regierungskrisen. Die Recherchen der tschechischen Tageszeitung MF DNES ergaben, dass Bárta mit seinem Einstieg in die Politik ausschließlich private ökonomische Ziele verfolgte: *„Vít Bárta stieg wegen Business in die Politik ein. Im Herbst 2008 veranstaltete Bárta auf dem Schloss »Chateau Mcely« eine geheime Beratung, hier erklärte er seinen vertrauenswürdigsten Mitarbeiter von ABL seine Konzeption und Strategie. Er gab zu, dass sich seine*

---

<sup>31</sup> Zwischen 1992 und 1998 gab es eine Mitte-Rechts-Koalitionsregierung unter der Vorherrschaft der ODS. Die nächsten zwei Legislaturperioden bildete die sozialdemokratische ČSSD die Regierung, ab 2006 ist wieder ODS an der Macht.

<sup>32</sup> Eine Ausnahme bildet hier die Minderheitsregierung der ČSSD in der Legislaturperiode 1998-2002, welche von der ODS geduldet wurde.

*Firma auch im staatlichen Sektor breit machen muss und aus diesem Grund braucht er einen größeren Einfluss in der Politik. Denn über Staatsaufträge entscheiden schließlich Politiker“* (Kmenta 2011: 22). Nach dem die MF DNES im April 2011 über die spektakulären Pläne von Vít Bárta berichtete, musste er seinen Posten als Verkehrsminister zurücklegen. Gemeinsam mit ihm resignierte auf Druck der Koalitionspartner auch der Minister für Inneres Radek John, da eine Verquickung zwischen ABL und Staatsorganen befürchtet wurde. Schließlich verließen auch drei Parlamentsabgeordnete und wichtige Parteimitglieder (Jaroslav Škárka, Kristýna Kočí, Jaroslav Huml) die VV und berichteten später über die seltsamen Verhältnisse in der Partei.

Diese Ereignisse hatten einen enormen Einfluss auf das Image der Partei. Sowohl bei den Kommunal- als auch Senatswahlen im Jahr 2010 konnte VV den Erfolg aus der Parlamentswahl nicht annähernd wiederholen und auch die Prognosen weisen dahin, dass die Partei bei der nächsten Nationalratswahl die fünf-Prozent-Klausel nicht überschreiten wird<sup>33</sup>.

#### **4.1.2. Organisationstrukturen und Entscheidungsmechanismen in der Partei**

Die niedrigste organisatorische Einheit der Partei bildet der sogenannte „Klub“. Die Gründung eines Klubs kann auf der Kommunalebene in Gemeinden oder Stadtbezirken durch wenigstens drei Parteimitglieder erfolgen und muss von Landkreisrat der Partei genehmigt werden. An der Spitze des Klubs steht der Klubvorsitzende, welcher durch seine Mitglieder gewählt wird. Der Klubvorsitzende nimmt an der jährlichen nationalen Parteikonferenz teil. Diese bildet das höchste Parteiinstrument, durch das die wichtigsten Parteiangelegenheiten abgestimmt werden - z.B. wird es über die ideologische und programmatische Ausrichtung der Partei entschieden, der Parteivorsitzender und andere Mitglieder des Parteigremiums werden gewählt, die wichtigsten Dokumente (u.a. das Wahlprogramm, das Ethische

---

<sup>33</sup> In aktuellen Prognosen aus dem Oktober 2011 kommt die VV auf zwei Prozent: <http://www.stem.cz/clanek/2248> (Stand: 25.10.2011).

Kodex der Partei, Bericht über das Wirtschaften der Partei) werden verabschiedet etc. (Das Portal der VV: Stanovy (Satzungen)).

An der Spitze der Partei steht der Parteivorsitzende. Er ist das Gesicht der Partei und repräsentiert diese auch nach außen. Er ist der Vorsitzende im Parteigremium und Parteipräsidium sowie bei der nationalen Parteikonferenz. Alle diese Organe werden durch ihn auch einberufen. Laut der programmatischen Ausrichtung der VV sind im Prozess der Parteichefwahl Elemente der Direktwahl mit eingeschlossen, die Prozedur hat allerdings sehr viele Phasen, wobei nicht alle „direkt“ sind. Als erste erfolgt die Nominierung entweder durch Klubs oder Mitglieder des Parteigremiums. Diese wird dann weiter an den Parteirat weitergeleitet, welcher maximal sechs Kandidaten aussucht. Unter den Kandidaten wird dann in einer Direktwahl der Parteichef ausgewählt. An der Wahl teilzunehmen sind nicht nur die Mitglieder, sondern auch alle „registrierten Parteianhänger“ berechtigt. Die Wahl erfolgt entweder über eine kostenlose Telefonleitung, oder über die Homepage der VV. Wenn an der Wahl des Parteichefs minimal 10% der Wahlberechtigten teilnehmen, gilt sie als rechtsgültig. Der erfolgreichste Kandidat wird dann noch über das höchste Organ der Partei, also durch die Parteikonferenz bestätigt, und zwar muss sich zumindest die Hälfte der Anwesenden für den ausgesuchten Kandidaten aussprechen. Wenn das nicht der Fall ist, muss der Kandidat in einer neuen Wahl über 75% der abgegebenen Stimmen für sich gewinnen, sonst muss die ganze Wahlprozedur mit neuen Kandidaten wiederholt werden (Das Portal der VV: Volba předsedy (Die Wahl des Parteivorsitzenden)).

Neben der traditionellen Parteimitgliedschaft gibt es in den Organisationsstrukturen der VV auch das bereits angesprochene Institut der Anhängerschaft. Die offizielle Erklärung der VV in Bezug auf diese unkonventionelle Art der politischen Unterstützung spiegelt die verfolgte Parteistrategie der Einbeziehung des Volkes in politische Entscheidungen wider: *„Die Partei setzt sich für Prinzipien der Offenheit, Transparenz und der direkten Demokratie ein, aus diesem Grund ist sie offen für neue Mitglieder, aber auch für registrierte Parteianhänger“* (Das Portal der VV: Stanovy (Satzungen)). Die Parteianhänger sind nicht vollständige VV-Mitglieder. Mit der Registrierung bekunden sie die Zustimmung mit den verfolgten Zielen und der ideologischen Ausrichtung der Partei. Außerdem haben sie wichtige Kompetenzen in

Bezug auf das Geschehen innerhalb der Partei. Sie haben das Recht, den Parteivorsitzenden und die Leader der regionalen Organisationen zu wählen, sowie die Liste mit den Spitzenkandidaten zusammenzusetzen. Sie können auch über Fragen der programmatischen Ausrichtung der VV mitentscheiden (die sog. innerparteilichen Referenden). Die Rechte und Verpflichtungen der Anhänger und der regulären Parteimitglieder sind also in vielen Punkten sehr ähnlich, der Unterschied liegt in der Möglichkeit auf der nationalen Parteikonferenz teilzunehmen, sowie für die innerparteilichen Organe gewählt zu werden (Das Portal der VV: Stanovy (Satzungen)).

Laut offiziellem Jargon der Partei spielen bei der Entscheidungsfindung Methoden der Direktwahl und des Referendums eine zentrale Rolle. Wie aber die Affäre um Vít Bárta gezeigt hat, beweisen die Verhältnisse innerhalb der Partei das genaue Gegenteil. Bárta als De facto-Chef der Partei versuchte von Anfang an, rund um sich einen kleinen Zirkel von vertrauenswürdigen Personen zu etablieren. Dieses Team der engsten Mitarbeiter sollte dann alle wichtigen Entscheidungen mit der Umgehung der regulären Parteisatzungen durchzusetzen. Die Internetabstimmungen sollten dabei nur eine Illusion der demokratischen Verhältnisse innerhalb der Partei simulieren (Kmenta 2011: 265). Auch die damaligen Parlamentsabgeordneten der Partei sprachen in den Medien über die totalitären Strukturen in der VV, K. Kočí sprach sogar über sektenähnliche Verhältnisse in der Partei.

## **4.2. Die Analyse der VV als einer populistischen Partei**

### **4.2.1. Unklare ideologische Charakterisierung**

Die ideologische Vagheit populistischer Parteien macht eine traditionelle Zuordnung auf der Links-Rechts-Achse unmöglich. Die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ bekennt sich explizit in den Parteidokumenten zu dieser ideologischen Uneinigkeit: *„Die Identität unserer Partei leiten wir eher aus einer sachlichen Einstellung zu den einzelnen Problemen als aus einer Zugehörigkeit zu den Linken oder Rechten ab“* (Das Portal der VV: O nás (Über uns)). Die VV präsentierte sich in der Wahlkampagne als ideologisch nicht-festgelegtes politisches Subjekt, vielmehr

konzentrierte sie sich auf partielle Probleme der gegenwärtigen politischen Kultur in der Tschechischen Republik. Es lässt sich also im Falle der VV von einer Partei mit einem dünnen ideologischen Kern („thin-centred ideology“) sprechen, so wie es bei populistischen Parteien üblich ist. Das Programm der Partei ist an keine gesamtgesellschaftliche Vision gebunden, vielmehr versucht es auf ausgewählte politische Probleme zu reagieren. Auf der ideologischen Konferenz der Partei im Dezember 2010 wurde festgelegt, dass die VV eine Partei im Zentrum der ideologischen politischen Achse darstelle und dass sie sich um „*neue Lösungen ohne ideologische Etiketten*“ (Das Portal der VV: XII. ideová konference (XII. ideologische Konferenz)) bemühen wird. Auch der Untertitel der VV, nämlich „Die Partei der direkten Demokratie“ sagt wenig über die ideologische Festlegung aus, sondern zeigt auf Präferenzen im Bezug auf eine bestimmte Art des Entscheidungsfindungsprozesses.

Auch wenn sich die VV in den offiziellen Dokumenten als eine Partei ohne ideologische Etikettierung präsentiert, gibt es innerhalb der Partei verschiedene Strömungen, die sich um eine Profilierung als einer liberalen Partei bemühen. Auf der bereits angesprochenen ideologischen Konferenz versuchten die Delegierten aus Prag vergeblich um eine Verankerung der VV als einer liberalen und Mitte-rechts-orientierten Partei. Ungeachtet dieser Tatsache wurde auf der gleichen Konferenz entschieden, dass sich VV um die Aufnahme in die Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR), also in die demokratisch-Liberale Fraktion im europäischen Parlament bemühen wird (Das Portal der VV: XII. ideová konference (XII. ideologische Konferenz)).

Die Abwesenheit einer breiteren ideologischen Einrahmung spiegelt sich auch in der Form des politischen Programms der VV wider. Im Mittelpunkt des Programms steht die Betonung der direktdemokratischen Methoden im politischen Entscheidungsfindungsprozess, die den grundlegenden Aspekt der Parteiidentität bildet. Im Übrigen beschäftigt sich das Programm mit partiellen Problemen und deren Lösungen. Diese sind aber nicht als Teil eines systematischen ideologischen Rahmens konzipiert. Vielmehr erweckt das Programm einen „Experteneindruck“ und

zwar werden einerseits sehr viele spezifische finanzielle Angaben<sup>34</sup> mit möglichen Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen eingeführt, welche beim Leser den Eindruck von durchdachten und konkreten Lösungen erwecken soll (Eibl 2010: 74). Andererseits gesteht die Partei ein, dass beim Zustandekommen des Programms viele Experten mitgearbeitet haben (VV: Politický program (Politisches Programm: 5).

Bei der Analyse der ideologischen Festlegung der VV ist eine Positionierung der Partei im Zentrum der Links-Rechts-Achse deutlich. Dies ist in der parteipolitischen Landschaft Tschechiens auf Grund der ideologischen Nähe relevanter Parteien nicht überraschend (Eibl 2010: 83).

Die Beteiligung der Partei an der Mitte-Rechts-Regierung, die im Vorfeld die Durchführung von schmerzhaften Reformen im Renten-, Sozial- und Gesundheitswesen bei gleichzeitigen Kürzungen fast in allen Bereichen der öffentlichen Ausgaben ankündigte, würde die Annahme implizieren, die VV orientiert sich in Richtung konservativer Politik mit starker Betonung der individuellen Rechte und Verpflichtungen. Dies wird auch im politischen Programm gewissermaßen reflektiert, dennoch gilt die Partei in der Regierungskoalition als ein Reformendämpfer, vor allem in Bezug auf die Angelegenheiten der Sozialpolitik. Die VV scheint also das Image einer Reformpartei mit starken sozialen Zügen in Einklang zu bringen, was einerseits als eine Suche nach noch nicht ganz festgelegtem ideologischen Profil der jungen Partei, andererseits aber auch als eine typische Eigenschaft populistischer Bewegungen, nämlich als deren Opportunitätscharakter interpretiert werden kann.

#### **4.2.2. Betonung der Dichotomie zwischen „moralischem Volk“ und „korrupter Elite“**

Der wichtigste Bestandteil der Wahlkampagne der VV war die Kritik der herrschenden politischen Verhältnisse, die sich gegen Korruption und Verschwendung von öffentlichen Mitteln richtete. Sie ging Hand in Hand mit der Kritik

---

<sup>34</sup> Es wird beispielsweise angeführt, dass die Prävention vor amtlichen Wohnungsräumungen 7,7-mal billiger wäre, als die Obdachlosenpflege. Wie diese Zahlen zustande kamen, wird aber nicht erwähnt.

am politischen Establishment, welches für den schlechten Zustand der tschechischen politischen Kultur verantwortlich gemacht wurde. Aus der Sicht des Parteivorsitzenden Radek John sind Vertreter aus der alten politischen Avantgarde *„bloß Schweine, welche mit staatlichen Mitteln manipulieren brauchen“* (Kmenta 2011: 39). Neben diesen Korruptionsvorwürfen werden Politiker als völlig inkompetent dargestellt: *„Politiker sind keine Fachleute und noch dazu haben sie nicht den Mut zuzugeben, dass sie etwas nicht verstehen“* (Novinky.cz: Voliči nebudou blbá telata, doufá Radek John (Interview mit Radek John)). Nach Radek John ist die Tschechische Republik das letzte postsozialistische Land, welches noch keinen politischen Generationswechsel nach 1989 unternommen hat. Im Unterschied zu anderen Staaten der Region sind in der tschechischen Politik noch immer Personen vertreten, die sich an der Privatisierung und damit verbundenen Skandalen beteiligt haben. Gerade jetzt sei der richtige Zeitpunkt zur Veränderung gekommen (Novinky.cz: Voliči nebudou blbá telata, doufá Radek John (Interview mit Radek John)). Diese anti-elitäre Linie wurde seitens der VV-Spitze bei jeder möglichen Gelegenheit betont, vor allem dann im Zusammenhang mit der Diskussion zur verbreiteten Korruption, welche als Ursache für alle grundlegenden Probleme des Landes inklusive der steigenden Staatsverschuldung bezeichnet wurde. Die politischen Eliten werden also nicht nur als korrupt und inkompetent dargestellt, sondern auch für die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes verantwortlich gemacht.

Im Zusammenhang mit der Elitenkritik setzte VV auf eine Anti-Korruption-Kampagne. Das Wahlprogramm enthält eine Reihe von Vorschlägen zu Maßnahmen<sup>35</sup>, welche die korrupten Eliten aus den Reihen der Staatsverwaltung und höchsten Politiketagen beseitigen soll. Die Anti-Korruption-Rhetorik spielt bei vielen populistischen Akteuren eine wichtige Rolle, sie dient einerseits als Verlockung für Wähler, andererseits sollen dadurch die angeblich korrupten Kontrahenten diskreditiert werden.

Im scharfen Gegensatz zu den „kriminellen Eliten“ steht das einfache Volk. Korruption und Staatsverschuldung resultieren aus der unverantwortlichen Politik

---

<sup>35</sup> Etablierung einer spezialisierten Staatsanwaltschaft, welche sich ausschließlich mit Korruption in der Staatsverwaltung beschäftigen sollte; Entstehung des Instituts des Kronzeugen etc. (Das Portal der VV: Politický program: 10ff. (Politisches Programm: 10ff.)).

seitens der alten Eliten, in der Folge sind allerdings am stärksten die einfachen Menschen betroffen. VV stilisiert sich in die Rolle des Beschützers der einfachen Menschen hoch, welche für die Fehlentscheidungen der skrupellosen Politiker nicht bezahlen dürfen, denn *„arbeiten, Kinder haben und Gesetze achten, muss sich belohnt machen“* (Das Portal der VV: XII. ideová konference (XII. ideologische Konferenz)). Die Sanierung der Staatsfinanzen soll dementsprechend nicht auf der Grundlage steigender Steuerzahlungen von „ehrlich arbeitenden Menschen“ geschehen, sondern durch den Stopp der Verschwendung von öffentlichen Mitteln (VV: Politický program (Politisches Programm): 7). Die Betonung der programmatischen Prioritätensetzung nach den Bedürfnissen und Wünschen der einfachen, hart arbeitenden Bevölkerung zieht sich durch das gesamte Wahlprogramm der VV: *„Im Fall, dass die Öffentlichen Angelegenheiten ins Parlament gewählt werden, werden auch Sie über die weitere Entwicklung unserer Politik mitentscheiden – in unserer innerparteilichen Referenden. Bereits jetzt können Sie unser Programm mitgestalten. Sie müssen sich nur auf unserer Homepage registrieren“* (VV: Politický program (Politisches Programm): 5).

Die Rhetorik der VV erweckt den Eindruck, dass die direkten Entscheidungen des Volkes prinzipiell besser sind als die Methoden der repräsentativen Form von Demokratie. Die Partei erhofft sich von der Einbindung direktdemokratischer Elemente im Entscheidungsfindungsprozess eine Veränderung der gegenwärtigen politischen (Un-)Kultur (VV: Politický program (Politisches Programm): 5). Die Entscheidungsfähigkeit des Volkes steht also über den Kapazitäten der „korrupten politischen Elite“, welche nur an der eigenen Bereicherung orientiert ist. In diesem Sinne wurden politische Eliten als ein geschlossenes Machtkartell definiert, deren zentrale Charakteristik die Absenz jeglicher Form von individueller Verantwortung darstellt. Dementsprechend setzt VV im Programm einen nachdrücklichen Akzent auf Erhöhung der individuellen Verantwortung gewählter Politiker, was durch die Direktwahl von manchen politischen Vertretern erreicht werden soll. Durch die Direktwahl soll eine enge Bindung zwischen der gewählten Vertretung und dem Elektorat hergestellt werden. Somit erhöht sich nicht nur das Vertrauen in Politiker, sondern auch das Interesse und Informationsstatus der Bevölkerung im Bezug auf politische Angelegenheiten (VV: Politický program (Politisches Programm): 5).

Der Glaube an die Entscheidungsfähigkeit des Volkes stellt eines der wichtigsten Merkmale der Partei dar. Die VV setzt in diesem Zusammenhang als eine neue politische Kraft auf junge, nicht korrumpierte Politiker, welche sich als die wahren Vertreter des Volkes präsentieren. Auf der anderen Seite kritisieren sie die alten politischen Eliten wegen zahlreicher Korruptionsskandale und intransparenter Machenschaften mit staatlichen Mitteln. Anders als in weiteren Staaten der Region (vor allem Polen) werden die Eliten nicht direkt als Nachfolgerschaft der alten Regimes dargestellt, vielmehr bildet die Grundlage der Elitenkritik die Kartellbildung durch die etablierten Parteien (vor allem ČSSD und ODS).

#### **4.2.3. Appell zur Aktivierung von Mechanismen der direkten Demokratie**

Im direkten Zusammenhang mit der Betonung der Entscheidungsfähigkeit des Volkes steht der Appell zur Verbreitung direktdemokratischer Elemente auf verschiedenen Ebenen der Politik. Wie bereits angesprochen wurde, spielt die Direktwahl von politischen Funktionären im Programm der VV eine entscheidende Rolle: *„Sie wissen sicherlich, dass bei uns alle Schlüsselfragen eine Angelegenheit der Direktwahl und des Referendums sind“* (Interview mit Vít Bárta; in: Kmenta 2011: 43). VV erwartet sich von der direkten Einbindung des Volkes in die Entscheidungsmechanismen die Erhöhung der individuellen Verantwortung von Politiker, somit würden auch personelle Fehler und korruptes Verhalten minimiert.

Die Partei ging in die Wahlkampagne mit dem Untertitel „Partei der direkten Demokratie“ und die Betonung dieser Form von Entscheidungsmechanismen bildet auch das erste Kapitel des Wahlprogrammes. Die Partei appelliert nicht nur an die Verbreitung direktdemokratischer Mechanismen in das politische System, Direktentscheidungen gestalten auch die Funktionsweise der Partei selbst. Die innerparteiliche Organisationsstruktur basiert auf den sogenannten innerparteilichen Referenden, an denen sich nicht nur die Parteimitglieder, sondern auch die registrierten Sympathisanten der VV beteiligen können. Laut der Partei werden alle wichtigen Entscheidungen (die Wahl der Parteispitze, Veränderungen im politischen Programm) mittels solcher Referenden getroffen.

Als wichtigstes Ziel im Bezug auf Verbreitung direktdemokratischer Elemente im Entscheidungsfindungsprozess wurde die Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes, welches die Bedingungen der Referendumsanwendung festlegt, angekündigt. Weitere Anforderungen sind eine Vereinfachung der Referendumsinitiierung durch Bürger, die Direktwahl des Präsidenten, der Landeshauptleute und der Bürgermeister, eine Veränderung des Wahlgesetzes, welches angeblich die Stimmgleichheit verletzt, sowie die Möglichkeit der Abberufung von Politiker (VV: Politický program (Politisches Programm): 5). Darüber hinaus sollte es auch über wichtige Fragen in Bezug auf die Europäische Union in Referenden entschieden werden (VV: Politický program (Politisches Programm): 40).

Die Forderung nach mehr direkter Demokratie stellt ein typisches Merkmal einer populistischen Partei dar. Direktes Mitentscheidungsrecht charakterisiert die Selbstpositionierung populistischer Akteure als die einzige wahre Stimme des Volkes. Das repräsentative Modell der Demokratie verschiebt die Macht zu stark zugunsten der politischen Elite, diese Ungleichheit wird nach Meinung der Populisten durch direktdemokratische Elemente wieder gut gemacht. Die Elitenkritik und Forderung nach mehr direkter Demokratie steht also in einer engen Verbindung.

#### **4.2.4. Protestcharakter**

Auf den ersten Blick erscheint die VV als eine klassische Protestbewegung. Die Partei schlug aus der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den gegenwärtigen Eliten politisches Kapital: *„Die Partei formiert sich am besten, wenn die Menschen unzufrieden sind. Ich sage also, die Bürger sollen sich eine Liste davon machen, was sie wütend macht [...] wir werden dann wissen, womit sie unzufrieden sind...“* (Novinky.cz: Voliči nebudou blbá telata, doufá Radek John (Interview mit Radek John)). Mit der Kritik der etablierten Parteien versuchte sich die Partei als eine neue politische Alternative darzustellen. Die VV-Leute betonten ständig, dass sie sich als eine neue politische Kraft an der bisherigen politischen Entwicklung nicht beteiligt haben, dementsprechend haben sie auch mit der Verbreitung von Korruption und der steigenden Staatsverschuldung nichts zu tun. Im korrupten Umfeld der tschechischen Politik ist die einzige Hoffnung auf Veränderung der Einstieg von neuen politischen

Gruppierungen in die politische Szene. Die etablierten Parteien wären mit diesem System zu stark zusammengewachsen, aus diesem Grund wären sie praktisch nicht reformierbar. In diesem Sinne wurde auch die Kampagne auf dem Motiv der Veränderung aufgebaut – Wechsel der politischen Elite, Einbindung des Volkes in die Entscheidungsmechanismen und Distanzierung von den etablierten Parteien bildeten das Hauptprogramm der Partei (Matušková 2010: 111).

Die Distanzierung vom bestehenden politischen Establishment wurde in der Kampagne der VV vor allem auf der Linie des Anti-Korruptions-Appells durchgezogen. Anti-Korruptionsmaßnahmen spielten nicht nur in der Rhetorik, sondern auch im Programm der VV eine zentrale Rolle. Die Partei schlägt in diesem Zusammenhang eine Reihe von Maßnahmen vor. Es sollten neue Institutionen entstehen, die sich ausschließlich der Korruptionsbekämpfung zu widmen hätten (spezielle Staatsanwaltschaft und Gerichte etc.). Die Staatsaufträge sollten wesentlich transparenter verlaufen (Zentraleinkauf der Ministerien in elektronischen Kationen, detaillierte Bekanntgabe aller Staatsaufträge im Internet, Beteiligungsverbot an Staatsaufträgen für Firmen mit unklaren Eigentumsverhältnissen etc.) und das Verhalten von öffentlichen Funktionären sollte mit einer individuellen Eigenverantwortung verbunden werden (Begrenzung der Abgeordnetenimmunität, Lobbyregulierung etc.). In diesem Zusammenhang sprechen die VV von einem notwendig hohen moralischen Niveau der politischen Vertretung (VV: Politický program (Politisches Programm): 10 – 12).

Neben der Distanzierung vom politischen Establishment auf der Linie der Korruptionsbekämpfung zeigte die VV ihre negative Einstellung gegenüber dem herrschenden System auch durch die Kritik des bürokratischen Staatsapparats. In solchem intransparenten Umfeld entsteht logischerweise Potenzial für korruptes Verhalten, argumentierte die Partei, neben flächendeckenden Entlassungen aus Reihen der Staatsangestellten und einer generellen Vereinfachung des Verwaltungssystems verlangt die VV auch „*Messungen der bürokratischen Belastung in der Staatsverwaltung*“ (VV: Politický program (Politisches Programm): 8). Eine ganze Reihe von Maßnahmen betrifft die Privilegien-Beschränkung von politischen und öffentlichen Funktionären, so sollen z.B. die Abgeordneten-Benefits halbiert oder die Abgeordnetenimmunität wesentlich eingeschränkt werden, außerdem sollten

Politiker auf allen Ebenen den sogenannten „ethnischen Kodex“ unterschreiben, dessen Verletzung mit Sanktionen verbunden werden kann<sup>36</sup> (VV: Politický program (Politisches Programm): 8 – 12). Die Betonung der Moral spielt im politischen Programm eine zentrale Rolle, dies würde auch die Annahme bestätigen, dass der Populismus eher moralisch als pragmatisch sei.

Der ausschlaggebendste Slogan der VV war *„Ende der politischen Dinosaurier“* (Matušková 2010: 110), es sollte auf die bisherigen politischen Repräsentanten aufmerksam machen, welche durch die langjährige Tätigkeit in der Politik mit den öffentlichen Ämtern zu stark verwachsen waren. Dadurch konservierte sich in der Politik und Staatsverwaltung ein Machtkartell, welches für Machtkonzentration und korruptes Verhalten anfällig ist. Diese Situation soll wie bereits angesprochen durch eine individuelle Verantwortung gewählter Politiker gelöst werden, was wiederum durch die Einführung der Direktwahl für manche politische Ämter erreicht werden soll: *„Die Direktwahl ist die einzige Möglichkeit, wie den Politiker im Rahmen des Systems die Bildung von festen Beziehungen und der Funktionsmissbrauch verhindert werden kann“* (VV: Politický program (Politisches Programm): 5). Nur durch die direkte Mitentscheidungsmöglichkeit der Bevölkerung können sich die Politiker laut der VV nicht sicher sein, dass sie wieder gewählt werden. Die Partei ist überzeugt, *„dass das Vertrauen der Menschen in gewählte Repräsentanten dank der Direktwahl steigen wird, ebenso wie ihr Interesse und generelle Informiertheit über Politik und der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten“* (VV: Politický program (Politisches Programm): 5). An dieser Stelle verbinden sich mehrere Elemente populistischer Politik, neben der Elitenkritik und der Distanzierung von den gegenwärtigen Entscheidungsstrukturen wird auch die Rolle des Volkes und der Appell an Verbreitung von direktdemokratischen Elementen betont.

---

<sup>36</sup> Viele von den vorgeschlagenen Maßnahmen sind im Programm nicht näher spezifiziert, manche widersprechen sich sogar. So sollen z.B. zahlreiche staatliche Institutionen zur Korruptionsbekämpfung entstehen, gleichzeitig aber die Reihen der Staatsangestellten stark reduziert werden.

#### 4.2.5. Charismatische Führung

Die VV verwandelte sich aus einer lokalen Bürgerinitiative in eine Partei mit engen Kontakten zu einflussreichen Politikern, Lobbyisten und Millionären (Kmenta 2011: 25). Diese Verwandlung spiegelt sich auch in der Parteiführung wider. Die ursprüngliche Parteispitze mit der Gründerin S. Moravcová distanzierte sich mit der Zeit von der Parteilinie und verließ schließlich auch die VV, vor allem aus Protest gegen den zunehmenden Einflussgewinn des Geschäftsmannes Vít Bárta auf die Politik der Partei (iDnes: Příběh Vecí veřejných: cesta od party aktivistů do vrcholné politiky). Mit dem Einstieg zahlreicher Unternehmer in die VV verbindet sich die Partei sowohl personell als auch finanziell mit dem sogenannten „Klub der engagierten Unternehmer“ (KAP), der von den Geschäftsmännern V. Bárta, M. Babák, K. Jankovský und L. Semerák gegründet worden war. Gemeinsam investierten sie in die Wahlkampagne über 10 Millionen Kronen. Alle vier rechtfertigen ihre Aktivitäten als einen Versuch transparenter Parteifinanzierung (ČT 24: Kampaň Věcí veřejných zaplatí podnikatelé, dají 10 milionů korun). Die Mitglieder des KAP gewannen in der Partei zunehmend an Einfluss und so kam es auch zu einer Modifikation der Parteiführung, vor allem über die Person des V. Bárta wurde in den Medien als über den eigentlichen Parteichef spekuliert. Er wies allerdings lange Zeit alle solche Vermutungen zurück, erst kurz vor den Parlamentswahlen im Mai 2010 wurde Bárta zum offiziellen Wahlkampagne-Strategen der VV erklärt.

Für den überraschenden Erfolg der VV bei der Parlamentswahl 2010 ist das Engagement des Radek John als Parteichef verantwortlich. Der damalige Starjournalist und Schriftsteller war in der breiten Öffentlichkeit eine bekannte und anerkannte Persönlichkeit. Dank seiner Tätigkeit als investigativer Journalist<sup>37</sup> konnte er sich eine Aureole des Beschützers der einfachen Bevölkerung aufbauen. Das Bild eines Kämpfers gegen die gewaltige und korrupte Staatsmaschinerie konnte er mit dem politischen Statement der VV in Verbindung bringen. Das bis dato abstrakte Anti-Korruptionsprogramm der Partei gewann somit ein greifbares Bild, mit welchem sich die Menschen identifizieren konnten. R. John als VV-Chef schaffte es ebenso, breite Bevölkerungsschichten anzusprechen. Seine spezifische Form der politischen

---

<sup>37</sup> R. John war das Gesicht des ersten kommerziellen TV-Senders in der Tschechischen Republik. Er arbeitete jahrelang in der erfolgreichen tschechischen Fernsehsendung „Na vlastní oči“, die sich oft mit Skandalen von Politikern und Korruption in Reihen der Staatsverwaltung beschäftigte.

Kommunikation<sup>38</sup> in Kombination mit einem professionellen Umgang mit Medien machten innerhalb kürzester Zeit einen politischen Star aus ihm. John agiert als ein klassisches Verbindungsglied zwischen der Politik und den einfachen Menschen, so wie es bei populistischen Akteuren üblich ist. Es gelang ihm, sich von der unbeliebten politischen Klasse zu distanzieren. Er präsentierte sich selbst und seine Partei als neue Alternative, die einerseits das herrschende Machtkartell der etablierten Parteien zerschlagen, andererseits eine neue politische Kultur etablieren wird. Er schaffte es, die mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und konnte sich auch sofort nach seiner Wahl als Parteivorsitzender zwischen den beliebtesten Politikern des Landes einreihen (Matušková 2010: 109). Das Charisma einer konkreten Person lässt sich zwar nicht messen, als ein Indikator für die charismatische Führungsfähigkeit eines Politikers können dennoch Umfragen im Bezug auf die Beliebtheit der Politiker dienen. Radek John war nämlich im Mai 2010, also zum Zeitpunkt der Parlamentswahl seitens der Öffentlichkeit als der glaubwürdigste Politiker des Landes wahrgenommen worden, ohne dabei als Mitglied einer im Parlament vertretenen Partei oder als staatlicher Funktionär zu agieren (Kunštát 2010)<sup>39</sup>.

Nach dem Einzug der VV ins Parlament und der Teilnahme an der Mitte-rechts-Regierung unter der Vorherrschaft der ODS verschob sich die mediale Aufmerksamkeit auf die geheimnisvolle Person des einflussreichen Unternehmers und des Hautsponsoren der VV, Vít Bárta. In den Medien wurde bereits lange Zeit spekuliert, dass R. John der Partei ausschließlich nur den allseits bekannten Namen zur Verfügung gestellt hat, während die tatsächliche Zentrafigur der Partei V. Bárta ist<sup>40</sup>. Bárta wies alle solche Vorwürfe zurück, dennoch wurde immer offensichtlicher, dass er den eigentlichen Parteichef darstellt: *„Der Parteivorsitzender Radek John ist ausschließlich das Gesicht der Partei. Der wirkliche Motor, Gönner und Ideologe der VV ist Vít Bárta. Ein Geschäftsmann, welcher in den 1990er Jahren auf einer grünen Wiese die heutige größte Sicherheitsagentur des Landes ABL aufgebaut hat“* (Kmenta 2011: 80). Nach den Recherchen der tschechischen Tageszeitung MF DNES stieg Bárta bloß wegen seinen privaten ökonomischen Interessen in die Politik

---

<sup>38</sup> Einfacher Wortschatz; ständige Attacken auf politische Kontrahenten etc.

<sup>39</sup> Das Vertrauen in eine politisch völlig unerfahrene Person, die für eine undurchschaubare politische Gruppierung kandidiert, beweist die generelle Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen Elite und den etablierten Parteien. Auf der anderen Seite zeigt dieses Ergebnis auf die Tatsache, dass in der „Mediendemokratie“ das Umgehen mit den Medien größere Rolle als fachliche Kompetenzen spielt.

<sup>40</sup> Bárta war auch zum Zeitpunkt der Wahl kein Parteimitglied, er kandidierte als Unabhängiger.

ein. Er versucht durch Erweiterung seines politischen Einflusses die höchsten Etagen der politisch-ökonomischen Machtstrukturen zu erreichen um auf lukrative Staatsaufträge zu kommen (MF DNES 08.04.2010: 7 – 8). Nach diesen Vorwürfen verzichteten sowohl Bárta als auch John auf ihre Ministerposten, um den Koalitionszerfall zu verhindern.

V. Bárta hatte lange Zeit keine offizielle Funktion in der Partei inne<sup>41</sup>, dennoch agierte er von Anfang an als die zentrale Figur der Partei. Er führt alle wichtigen Verhandlungen, präsentiert die offiziellen Stellungnahmen der VV und vertritt die Partei nach außen. Über seine übermäßig starke Position machte auch seine Frau und die Vizevorsitzende der VV Kateřina Klasnová aufmerksam (Aktuálně.cz: Klasnová se tvrdě opřela do Bárty kvůli totalitě ve VV). Auch wenn Vít Bárta offiziell nicht der Parteivorsitzende ist, erinnert er noch stärker als Radek John an eine charismatische Führungspersönlichkeit, so wie es bei populistischen Parteien der Fall ist. Seine Art der Selbstpräsentierung, der Umgang mit Medien, sowie das extravagant-dominante Auftreten stellen ihn in eine Reihe mit anderen populistischen Leadern in Europa.

#### **4.2.6. Unklare parteiinterne Organisationsstruktur**

Die VV stellt in der postsozialistischen Entwicklung der Tschechischen Republik ein einzigartiges politisches Subjekt dar. Die Partei unterscheidet sich in den internen Entscheidungsmechanismen als auch in der Organisationsstruktur wesentlich von den anderen relevanten Akteuren der tschechischen Politik, bereits der Name der Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ deutet diesen Unterschied an. Sehr unkonventionell ist vor allem die Institution der sogenannten registrierten Parteisympathisanten (oder Parteianhänger), welche die klassische Mitgliedschaft modifiziert. Der Ausbau der politischen Unterstützung durch diese modifizierte Form der Parteimitgliedschaft mag auf den ersten Blick den Eindruck erwecken, dass es sich seitens der registrierten Anhänger um eine bloße Sympathieäußerung mit der ideologischen Hinwendung der VV ohne weitere Verpflichtungen des offiziellen

---

<sup>41</sup> Nach dem Krystína Kočí aus der Partei ausgeschlossen wurde, übernahm Bárta die Stelle des Klubobmanns der VV im Nationalrat.

Parteimitglieder handelt, in Wirklichkeit unterscheiden sich die beiden Formen der Unterstützung nur wenig. Die wichtigste Kompetenz der Parteimitglieder liegt nämlich in der Möglichkeit der Einflussnahme an die Entwicklung der Parteipolitik und diese besitzen in Gestalt der internen Referenden sowohl Parteimitglieder als auch die registrierten Sympathisanten. In den Satzungen der Partei sind zwar die Bedingungen einer registrierten Anhängerschaft festgelegt, es handelt sich aber eher um formale Angelegenheiten wie Volljährigkeit, keine Mitgliedschaft in einer anderen politischen Partei, oder die Verpflichtung die Satzungen, den ethischen Kodex, sowie die programmatischen Ziele der Partei zu achten (Das Portal der VV: Stanovy (Satzungen)). Ein registrierter Parteisymphisant kann somit praktisch jeder werden. Es reicht, sich auf der VV-Homepage zu registrieren und schon kann man sowohl über die ideologische Entwicklung als auch über die personelle Zusammensetzung der VV mitentscheiden. Es ist daher unklar, was die Partei mit solcher Form politischer Unterstützung erreichen möchte, auf der einen Seite mag es ein Versuch sein, die fehlende Mitgliederbasis zu ersetzen, auf der anderen Seite kann somit das Image einer basisdemokratischen Bewegung aufgebaut werden.

Die Strategie, sich als eine von unten aufgebaute demokratische Bewegung zu verkaufen, ist ein typischer Versuch populistischer Subjekte, das Führungsprinzip zu vertuschen. Wie bereits angesprochen wurde, konnte die Partei das überraschend hohe Wahlergebnis vor allem dank der charismatischen Führungspersönlichkeit des Parteichefs R. John erreichen, seine tatsächliche Position in der Partei bleibt allerdings nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für die Koalitionspartner unklar. Der tatsächliche Chef der VV, Bárta, steht nach den Ermittlungen der MF DNES hinter allen wichtigen Entscheidungen. In seiner Wohnung finden regelmäßig Treffen der Parteispitzen ohne Radek John statt und hier wird auch über alle Angelegenheiten der Partei abgestimmt (MF DNES 08.04.2011: 10). Die direktdemokratischen Mechanismen in den Entscheidungsstrukturen der VV stellen demnach nur einen populistischen Trick, wie man das „Volk“ im Mittelpunkt der politischen Rhetorik stellen kann, tatsächlich werden alle wichtigen Entscheidungen in einem kleinen Kreis der engsten Mitarbeiter von V. Bárta hinter geschlossenen Türen getroffen. Die Illusion der Demokratie in Gestalt der internen Internetabstimmungen sollte bloß die Wirklichkeit über die merkwürdigen Entscheidungsmechanismen in der Partei verzerren (Kmenta 2011: 265).

Die unklare Rolle über die Aussagekraft der internen Referenden, sowie die Diskussionen über den eigentlichen Parteichef der VV machen ein genaues Bild von der Funktionsweise der Partei praktisch unmöglich, diese Undurchschaubarkeit wird außerdem noch durch die enge Verbindung zwischen der VV und der Sicherheitsagentur ABL vergrößert. Nach der Bildung der Koalition wurden nämlich zahlreiche Spitzenleute aus ABL rekrutiert und in wichtige Regierungspositionen eingesetzt<sup>42</sup>, vor allem wurde die Übernahme des Ministeriums für Inneres<sup>43</sup> durch die VV als sehr problematisch angesehen. Die parteiinterne Organisationsstruktur ist zwar in den Satzungen der Partei genau festgelegt, in der Realpolitik der VV scheint aber die entscheidende Rolle die informelle Gruppierung um Vít Bárta zu spielen.

#### **4.2.7. Mediale Selbstinszenierung**

Wie bereits öfters angesprochen wurde, bildet die VV in der tschechischen parteipolitischen Landschaft ein einzigartiges Subjekt. Diese „Andersartigkeit“ spiegelt sich auch in der medialen Selbstdarstellung der Partei wider. Die VV-Repräsentanten konzentrierten sich vor den Parlamentswahlen 2010 in allen medialen Auftritten auf die Betonung der Distanzierung vom „korrupten Establishment“ und dank einem geschickten Umgang mit Medien, einer einfachen und verständlichen Rhetorik, sowie der Einbeziehung von zahlreichen demagogischen Äußerungen konnte die Partei bei den Massen den Eindruck erwecken, dass das Land unbedingt eine Veränderung braucht. Die VV schlug sich dabei als die neue kompetente Führung vor. Für die Partei spielt das Image einer moralisch hoch eingeschätzten politischen Gruppierung eine entscheidende Rolle, aus diesem Grund arbeitet sie mit vielen Medienexperten zusammen. Mehr als alle anderen Parteien verwenden die „Öffentlichen Angelegenheiten“ zahlreiche Marketingmethoden. Die Parteisitzungen erinnern oft eher an Beratungen in einer Werbeagentur und der De facto Chef der VV Bárta verwendet auch anstelle der

---

<sup>42</sup> Neben Bárta wurde J. Dobeš, ein Psychologe in ABL und einer der engsten Mitarbeiter Bártas, als Minister für Erziehung, Jugend und Sport eingesetzt. Zahlreiche andere ABL-Leute arbeiten als Stellvertreter oder Berater an verschiedenen Ministerien (z.B. die ABL-Manager M. Sýkora, K. Hajn, M. Zahálka).

<sup>43</sup> Bei den Koalitionsverhandlungen stellten die VV die Übernahme des Ministeriums für Inneres als wichtigste Forderung dar. Der offizielle Grund war die Umsetzung des Anti-Korruptionsprogrammes der Partei, hinter den Kulissen wurde allerdings über die mögliche Verbindung zwischen dem Ministerium und ABL spekuliert.

Partei den Terminus „brand“. In der tschechischen Politik ist es ein öffentliches Geheimnis, dass Bárta seine Partei eher wie eine Firma führt (Dolejší 2011).

Im Mittelpunkt der Wahlkampagne der VV stand der charismatische Parteichef Radek John. Die Partei nutzte die öffentliche Beliebtheit des damaligen Starjournalisten und konzentrierte fast die gesamte mediale Selbstpräsentation auf seine Persönlichkeit, dementsprechend wurde seitens der Marketing-Strategie der VV versucht, R. John als einen unermüdlichen Kämpfer gegen die „korrupte Staatsmaschinerie“ darzustellen. Die Kommunikation zwischen der Partei und der Bevölkerung erfolgte fast ausschließlich über den direkten Kontakt der Wähler mit dem VV-Chef, andere Kandidaten der Partei blieben bis zu der Wahl unbekannte Persönlichkeiten. Der Parteivorsitzende kann auf Grund seiner beruflichen Erfahrung sehr gut mit Medien umgehen und gibt das auch zu: *„Es überrascht mich, wie es [in der Politik] ähnlich abläuft. Ich fühle mich wie im Fernseher. Auf den Parteisitzungen diskutieren wir ständig darüber, was hier falsch ist was sich damit machen lässt. Das System ist genau dasselbe wie in der Sendung Na Vlastní oči.“* (Novinky.cz: Voliči nebudou blbá telata, doufá Radek John (Interview mit Radek John)).

Außer dem Engagement des charismatischen Radek John setzt die VV auf sympathische Politikvermittlung durch attraktive junge (vor allem weibliche) Persönlichkeiten, welche die neue politische Kultur symbolisieren sollen. Die Distanzierung von „den politischen Dinosauriern“ und Einsatz von neuen politischen Gesichtern bildete praktisch das Hauptprogramm der VV. An Stelle einer sachlichen Politik tritt also das medial gepflegte Bild einer modernen attraktiven Partei, welche sich von den altmodischen Strukturen in der Spitzenpolitik distanziert. In diesem Sinne stellt die VV ein perfektes Beispiel für das Verhalten politischer Akteure in der Mediendemokratie. Die Kommunikation zwischen den Parteirepräsentanten und den Politik-Konsumenten erfolgt einerseits über leicht verständliche und anspruchslose soft-news, andererseits über die Verbindung zwischen Information und Unterhaltung (Petrová 2010: 130). Radek John als ein *„neuer Marketing-König der tschechischen Politik“* (Kmenta 2011: 115) schaffte es in Verbindung mit der Präsenz von attraktiven jungen Damen innerhalb von kurzer Zeit die mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

#### 4.2.8. Angebot einfacher Lösungen

Für populistische Akteure ist das Angebot von einfachen, meistens auf Repression basierenden Lösungen für oft komplexe gesellschaftliche Probleme charakteristisch. Diese werden mit Hilfe einer klaren und verständlichen Rhetorik vermittelt. In der Bemühung um ein für breite Massen verständliches politisches Programm versuchten die VV die zehn zentralen Punkte der programmatischen Prioritäten der Partei im sogenannten *Dekalog der VV* zusammenzufassen. Die Ziele wurden dann in Form eines Comics oder in kurzen Videos mit Radek John präsentiert. Solche Vereinfachung von komplexen Lösungen kann auf Teile der Wählerschaft sehr attraktiv wirken. Die Partei macht einerseits einen sehr professionellen Eindruck, andererseits distanziert sie sich wiederum von der unfähigen Elite, welche jahrelang nicht im Stande war, den Menschen verständliche und wirkungsvolle Lösungen anzubieten.

In der Wahlkampagne vor den Parlamentswahlen 2010 wurde angesichts der globalen Wirtschaftskrise das Thema Staatsfinanzen und Verschuldung von zentraler Bedeutung (Matušková 2010: 104) und auch im Programm der VV wurde diese Problematik reflektiert. Die vorgeschlagen Prioritäten der Partei im Bezug auf die ökonomische Entwicklung des Landes sind allerdings sehr oberflächlich, oft stehen sie nur schlagwortartig und ohne weitere Erklärung dar. Die Partei schlägt z.B. eine drastische Reduktion der Staatsangestelltenpositionen, nämlich um 10% vor. Diese Maßnahme soll zu Einsparungen in Höhe von 16,5 Milliarden Kronen und gleichzeitig zu einer Effektivierung des Staatsapparats führen. Wie diese Effektivierung aber ohne eine strukturelle Reform der Staatsverwaltung geschehen soll, bleibt im Programm offen. Eine weitere Maßnahme in Bezug auf den Stopp der Staatsverschuldung bildet eine transparentere Vorgehensweise bei der Vergabe von Staatsaufträgen. In diesem Punkt plädiert die Partei für einen gerechten Zugang zum Auswahlverfahren für alle Interessanten und für transparente und offene Auswahlkriterien, alle Vorschläge bleiben aber an einer oberflächlichen Ebene ohne konkrete Lösungsangebote (VV: Politický program (Politisches Programm): 6 – 9). Das Programm der VV macht an verschwenderische Vorgehensweise der Staatsinstitutionen aufmerksam, das Defizit soll in Folge dessen durch strukturelle Reformen der Staatsverwaltung (diese werden aber nicht näher spezifiziert) und

Korruptionsbekämpfung geschehen. Die Erhöhung der Steuerbelastung, also eine weitere finanzielle Belastung des Volkes, kommt für die VV nicht in Frage. Auch hier ist wieder die Betonung der Dichotomie zwischen der „korrupten Elite“, welche für die unbefriedigte finanzielle Situation des Staates verantwortlich ist und dem „unschuldigen Volk“, welches für die Fehlentscheidungen der politischen Führung nicht bezahlen darf, sichtbar.

In einer vereinfachten Form wurde auch der Bereich der Sozialpolitik dargestellt. Unter dem Motto *„Sozialleistungen: Den Bedürftigen ja, den Schmarotzer nein“* wurde vor allem auf eine gerechte Auszahlung der Sozialbeihilfen appelliert. Der Staat soll in diesem Zusammenhang mehr Kompetenzen zur Kontrolle und Bestrafung des möglichen Missbrauchs von Sozialbeihilfen besitzen. Die Lösungen haben einen repressiven Charakter, so soll z.B. die Gemeinde das Recht zur Sicherstellung der Sozialbeihilfen im Fall von unbezahlten Verpflichtungen seitens des Sozialhilfebezieheres besitzen. Auch in anderen Bereichen der Sozialpolitik bleibt es oft nur bei schlagwortartigen Konzepten, so sollen zur Arbeitslosigkeitsbekämpfung EU-Mittel eingesetzt werden, wie das aber geschehen soll, bleibt unbeantwortet. Andere Maßnahmen zur Steigerung der Beschäftigung basieren auch eher auf Repressionen als an durchdachten strukturellen Lösungen. Die Langzeitarbeitslosen müssten demnach freiwillige Gemeindefarbeit leisten, die Schwarzarbeit sollte bekämpft und die Staatsangestellten nach der geleisteten Arbeit belohnt werden (VV: Politický program (politisches Programm): 14 - 15). Der Appell zu gerechter Verteilung der Sozialbeihilfen gehört zu einer typischen Forderung populistischer Parteien und ist im Allgemeinen als ein Teil der „Gerechtigkeitsrhetorik“ aller Populisten zu verstehen. Auf diese Weise wird versucht, das herrschende System als gegen die Interessen der „ehrlich arbeitenden Bevölkerung“ gerichtete Ordnung darzustellen. Populisten versprechen dann diese Ungerechtigkeit im Namen des Volkes wieder abzuschaffen.

Zahlreiche im Programm angesprochene Lösungen sind sehr seltsam. Die Unterstützung der Bildung ist beispielsweise im Bereich der Korruptionsbekämpfung angesiedelt. Im Rahmen der Einsparungen im Verteidigungsministerium sollen nach den Berechnungen der VV 10 Milliarden Kronen durch den Stopp der kontroversen Militäraufträge gewonnen werden, diese Summe soll dann ins Budget des

Schulministeriums umgeleitet werden (VV: Politický program (politisches Programm): 23). Ein weiterer unkonventioneller Vorschlag der Partei ist die Verschmelzung des Verteidigungs- und Innenministeriums zu einem sogenannten Sicherheitsministerium. Dieser Schritt soll eine Effizienzsteigerung der Sicherheitsdienste bei gleichzeitigen finanziellen Einsparungen zur Folge haben (VV: Politický program (politisches Programm): 25). Eine Reihe von programmatischen Vorschlägen scheint im tschechischen politischen Umfeld faktisch nicht umsetzbar zu sein. Eine Einführung der Prostitutionsbesteuerung, eine einmalige Steueramnestie oder Auferlegung eines Zolls auf mangelhafte Produkte gehört in diese Kategorie.

Durch das komplette politische Programm zieht sich der Versuch einer Vereinfachung der zu komplizierten politischen Prozeduren. Die traditionelle Forderung populistischer Akteure nach mehr Transparenz und Übersichtlichkeit spiegelt sich im diesem Sinn in der Gegenüberstellung der entfremdeten Staatsmaschinerie und der einfachen Menschen wider: *„Die Öffentlichkeit ruft nach Konkretheit,[...] nach der Logik des Hausverstandes. [...] Wir stellen uns die Frage wohin, ob nach rechts oder links. Die Antwort ist einfach: nach vorne“* (Das Portal der VV: ideová konference (ideologische Konferenz)). In diesem Zusammenhang verlangen die VV *„ein Rechtsumfeld, welches die einfache und schnelle Rechtssicherheit“* garantiert, *„einen offenen und transparenten Staat“* und *„die Vereinfachung des Steuersystems“* (VV: Politický program (politisches Programm): 6).

#### **4.2.9. Resümee**

Nach der Analyse verschiedener Parteimaterialien sowie zahlreicher wissenschaftlicher und journalistischer Beiträge kann festgestellt werden, dass sich die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ nach genau festgelegten Kriterien, so wie sie die politikwissenschaftliche Disziplin versteht, als eine populistische Partei bezeichnen lässt.

Die unklare ideologische Charakterisierung der VV beweist das systematische Bemühen der Partei, sich selbst an der ideologischen Links-Rechts-Achse nicht

eindeutig zu positionieren. Dies kann entweder als eine Suche nach noch nicht ganz festgelegter Weltanschauung der jungen und unerfahrenen Partei, oder aber auch als typischer Opportunismus populistischer Akteure interpretiert werden. Solcher Opportunismus dient vor allem als ein Mechanismus, um bei aktuellen politischen Problemen flexibler reagieren zu können, ohne dabei einen Gesichtsverlust zu riskieren. Im Hinblick auf das Verhalten in der Regierungskoalition erscheint die zweite Variante als wahrscheinlicher und auch das in vielen Punkten unklare politische Programm weist auf die zweite Variante hin.

In der Wahlkampagne versuchte sich die VV ebenfalls in der Rolle der „wahren Stimme des Volkes“ zu positionieren. Im Namen des Volkes betonte die Partei vor allem die Korruptionsanfälligkeit der gegenwärtigen politischen Elite und verlangte die Beendigung von intransparenten Machenschaften mit öffentlichen Mitteln, welche durch die Elite entweder zu eigener Bereicherung genutzt, oder durch unverantwortliche Verschwendung ausgegeben werden. Die Kritik des Establishments erfolgte vor allem auf der Ebene der Aufforderung zum Austausch der politischen Elite („Ende der politischen Dinosaurier“), welche mit den verankerten Machtstrukturen dermaßen verwachsen ist, dass sie praktisch nicht reformierbar ist. Die Alternative in dieser Situation sind neue politische Gesichter der VV, welche die einzige Hoffnung auf eine systematische Säuberung der etablierten Strukturen darstellen. In den programmatischen Forderungen äußerte sie sich primär in der Verstärkung der individuellen Verantwortlichkeit der einzelnen politischer Akteure. In engem Zusammenhang mit dieser Forderung steht auch der Appell auf Aktivierung von Mechanismen direktdemokratischer Methoden. Nur durch Direktwahl kann nämlich nach Ansicht der VV sichergestellt werden, dass Politiker ihre Positionen nicht ausnützen. Durch die Einführung von Direktdemokratie sind politische Akteure besser kontrollierbar, dementsprechend kann auch Korruption effektiver bekämpft werden und im Allgemeinen steigt auch das Interesse der Bevölkerung in politische Angelegenheiten. Die Forderung nach mehr direkter Demokratie spiegelt sich auch in den internen Entscheidungsmechanismen der VV wider.

Die Distanzierung von herrschenden Politikern spielt auch im Punkt „Protestcharakter“ eine entscheidende Rolle. Die Mobilisierung der Wählerschaft durch die ständige Betonung von Korruptionsanfälligkeit der gegenwärtigen

politischen Vertretung war einer der zentralen Punkte in der Wahlkampagne. Vor allem Radek John betonte in medialen Auftritten, dass er und seine Partei primär aus Protest gegen die Arroganz und Korruption der politischen Klasse in die Politik eingestiegen sind. Auch die Motivation der wohlhabenden Sponsoren der VV hat einen ähnlichen Charakter, alle Mitglieder des KAP, an dessen finanzielle Unterstützung die Partei angewiesen ist, gaben als Grund der VV-Unterstützung die Unzufriedenheit mit den furchtbaren Verhältnissen in der tschechischen Politik an (Kmenta 2011: 41). Ebenso das politische Wahlprogramm der VV ist auf der Grundlage der Abgrenzung zu aktuellen Trends in der Politik aufgebaut. Die durch das Kartell der beiden Großparteien etablierten Machtstrukturen müssen nach Ansichten der VV gebrochen werden, um eine positive Entwicklung des Landes voranzutreiben.

Wie es bei populistischen Parteien üblich ist, verfügt auch VV über eine charismatische Führungspersönlichkeit an der Spitze. Radek John wurde auf Grund seiner medialen Beliebtheit zum Parteivorsitzenden gewählt, ohne dabei die Prozedur der langjährigen Parteimitgliedschaft und des traditionellen Aufstieges in der Parteihierarchie durchlaufen zu müssen. Wie viele populistische Leader in ganz Europa kann auch er sehr gut mit Medien umgehen, im Vergleich zu den anderen politischen Repräsentanten erscheint der selbstbewusste Journalist als Symbol für eine neue politische Generation. Als ein „Mann aus dem Volk“ mit einfachem Wortschatz und aggressiver Rhetorik stellte er sich an die Seite der einfachen Bürger im Kampf gegen die „korrupte Staatsmaschinerie“. Die VV konnte vor allem dank seiner Popularität kurz vor den Wahlen viele Wähler für sich gewinnen. Auch die zentrale Persönlichkeit der VV Vít Bárta kann als eine charismatische Führungspersönlichkeit bezeichnet werden, wegen seines dominanten Auftretens, durch Medienexperten gepflegtes Image, sowie durch perfekten Umgang mit Medien erinnert er vielleicht noch stärker an einen charismatischen Führer.

Die interne Organisationsstruktur der VV bleibt angesichts der Streitigkeiten um die eigentliche Parteispitze unklar, dies wird noch durch das Institut der registrierten Sympathisanten, sowie die parteiinternen Referenden verschärft. In vielen Aspekten unterscheiden sich die registrierten Sympathisanten von regulären Mitgliedern nur wenig, auch im Bezug auf ihre Kompetenzen. Es stellt sich also die Frage, was die

Partei mit dieser Form der politischen Unterstützung erreichen möchte. In den Medien wird darüber spekuliert, dass damit Vít Bárta bloß die autoritären Züge der Parteiführung zu vertuschen und die VV als eine volksnahe basisdemokratische Bewegung darzustellen versucht. Es ist mittlerweile ein öffentliches Geheimnis, dass Bárta regelmäßig geheime Beratungen organisiert, auf denen er und seine engsten Mitarbeiter über die weitere Entwicklung der VV entscheiden. Somit werden also die offiziellen Kanäle der Parteisatzungen umgegangen. Noch strittiger erscheint die Praxis der internen Parteireferenden, nach Satzungen der Partei werden nämlich alle wichtigen Entscheidungen inklusive der Wahl des Parteivorstands in Internetabstimmungen getroffen. In der Realpolitik scheint es aber, dass solche Referenden angesichts der dominanten Position von Bárta in der Partei keine wirklich entscheidende Rolle spielen.

Die gesamte Wahlkampagne wurde auf der bekannten Persönlichkeit des Radek John einerseits und auf der Präsentation von jungen attraktiven Kandidatinnen andererseits aufgebaut. Diese Marketingstrategie sollte bei den Politik-Konsumenten den Eindruck erwecken, dass die VV im Vergleich zu den anderen Parteien ein modernes sympathisches Element in der tschechischen Politik darstellt. Nach zahlreichen Korruptionsaffären der alten politischen Vertretung herrschte in der Gesellschaft eine Stimmung der Unzufriedenheit und VV konnte diese Gelegenheit sehr gut nutzen. Die Partei präsentierte sich als neue kompetente Gruppierung mit Führungsqualitäten, welche die höchsten Etagen der Politik von den „korrupten egoistischen Eliten“ befreien wird. Mit diesem selbst aufgebauten Medienbild konnte die VV das vage und oft unklare politische Programm aus dem Blickpunkt bringen.

Die im Programm angebotenen Lösungsvorschläge gehören nicht nur in die Kategorie „einfache Lösungen für komplizierte Probleme“. In manchen Fällen ist die Durchführbarkeit solcher Vorschläge in der tschechischen politischen Landschaft faktisch nicht umsetzbar. Bei vielen Vorgaben ist die Einfachheit ein deklariertes Ziel, dies steht allerdings oft im Widerspruch zu den vorgeschlagenen Lösungen. Als ein Beispiel kann die Einführung von neuen Instituten zur Korruptionsbekämpfung bei gleichzeitigem Vorhaben der Reduktion der Staatsapparates angeführt werden. Das Angebot von einfachen Lösungen steht in direktem Zusammenhang mit der Wahrnehmung des Staatsapparates als zu komplizierten Mechanismus, welcher den

einfachen Menschen das Leben unnötig schwer macht. In diesem Sinne setzt sich VV z.B. für die Vereinfachung des Steuer- oder Justizsystems ein. Auch die Darstellung des Programms in einer Comicform oder in einem audiovisuellen Dekalog spricht dafür, dass sich die Partei um eine möglichst einfache und verständliche Rhetorik für breite Massen bemüht.

Die hier angeführten Kriterien für eine populistische Partei sind nicht als abgeschlossenes Kapitel zu verstehen. Im Gegenteil gibt es zwischen den einzelnen Kriterien eine Reihe an Schnittmengen, in vielen Hinsichten ergänzen sie sich gegenseitig und basieren auf denselben Grundlagen. So stehen z.B. die Kriterien „Betonung der Dichotomie zwischen moralischem Volk und korrupter Elite“ und „Appell zur Aktivierung von Mechanismen der direkten Demokratie“ in einem engen Zusammenhang. Der Glaube an die Entscheidungsfähigkeit des Volkes lässt sich in der Folge aus dem Protest der Partei gegen die herrschenden politischen Entscheidungsstrukturen erklären.

Viele der Kriterien sind in der tschechischen Politik bereits zum Mainstream geworden und können sehr wohl auch bei anderen Parteien ausfindig gemacht werden. In ihrer Gesamtheit entsteht allerdings ein Bild eines für tschechische Verhältnisse neuen politischen Elements, welches sich in der ideologischen Orientierung, internen Organisationsstrukturen und Entscheidungsmechanismen und auch der medialen Selbstpräsentation von anderen Parteien wesentlich unterscheidet.

### **4.3. Der Kartellcharakter der VV**

Einer der typischen Erscheinungen der ostmitteleuropäischen Parteiensysteme ist die Bildung der sogenannten Kartellparteien (siehe Kapitel 3.1.2). Der Begriff weist auf die mächtige Position von Parteien im politischen System. Durch die Verflechtung zwischen den Parteieneliten, staatlichen Institutionen, sowie einflussreichen wirtschaftlichen Akteuren entsteht ein semi-staatlicher Machtkartell, welcher politische Entscheidungen beeinflussen kann. In der tschechischen Politik dominieren seit dem Fall der kommunistischen Diktatur die zwei wichtigsten

Volksparteien des Landes (ČSSD und ODS), welche sich regelmäßig an der Führungsspitze des Staates abwechseln. Diese beiden Parteien bildeten in der Politik tief verankerte Entscheidungsstrukturen, welche von einem engen Kreis mächtiger Politiker, Staatsbeamten und Wirtschaftsakteuren beherrscht werden. Die renommierte britische Wochenzeitschrift *The Economist* bezeichnete in diesem Zusammenhang die tschechische Politik als „rotting partyocracy“, das politische System wird durch korrupte und arrogante Politiker gelenkt: *„Political parties [...] have hijacked the democratic process soon after 1989. Their leaders, many add, have since enjoyed a two-decade power trip that has made them arrogant and corrupt“* (The Economist 2011). Nach zahlreichen Korruptionsaffären der beiden Großparteien, in denen auch Personen aus der Justiz und der Polizei verwickelt waren, bildete sich in der Gesellschaft starke Resonanz gegen die etablierten Strukturen. Diese gesellschaftliche Stimmung äußerte sich einerseits in den zahlreichen Bürgerinitiativen, die den Umtausch der herrschenden politischen Elite förderten, andererseits in der Herausbildung von neuen politischen Parteien, die allen Prognosen nach große Chancen hatten, eine relevante politische Kraft mit Parlamentsvertretung zu werden. Die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ wusste das Klima der Politikunzufriedenheit zu nutzen und bildete nach dem Einzug ins Parlament mit ODS und TOP 09 eine Mitte-Rechts Regierung.

Die Wahlkampagne baute die VV auf gesellschaftlich sehr sensiblen Themen wie Korruptionsbekämpfung, Staatshaushaltssanierung, Effizienzsteigerung von staatlichen Institutionen, sowie Austausch von „politischen Dinosaurier“ auf. Eine entscheidende Rolle spielte vor allem der angesagte Kampf gegen die etablierten Machtstrukturen in der Politik. Die VV machte auf die Menschen einen erfrischenden Eindruck, sie präsentierte sich als neue junge politische Gruppierung mit einer reformorientierten Zukunftsvision. Für die politikverdrossene tschechische Gesellschaft stellte die VV eine sehr anziehende parteipolitische Variante dar. Das durch Marketing-Experten gepflegte Bild einer jungen sympathischen Partei mit einer beliebten Persönlichkeit an der Spitze konnte das vage politische Programm mit unklarer ideologischer Ausrichtung überdecken. Nach dem Einzug ins Parlament und der Regierungsbeteiligung wurde die Partei zu einem medialen Highlight, so stieg auch das Interesse der Journalisten, genaueres über die bis dato politisch unbekanntere Partei zu erfahren. Vor allem zeigte sich bald dank der Recherchen der

Tageszeitung MF DNES, dass die VV in die Politik nicht wegen der versprochenen Reformen eingestiegen war, sondern wegen der Ambitionen des De facto Chefs der VV Vít Bárta seinen Einfluss und seine Macht auf der politischen Ebene zu erweitern.

Es wurde bereits öfters angesprochen, dass sich die Partei auf Grund der ideologischen Unübersichtlichkeit und unklaren parteiinternen Strukturen zu den traditionellen Parteifamilien nicht zuordnen lässt. Nachdem MF DNES die Pläne Bartás über seine machtpolitischen Ambitionen veröffentlichte, lässt sich die Partei typologisch auch besser einschätzen. Im Hinblick auf den postsozialistischen Raum erweist sich der Begriff der Kartellpartei als geeignet, Kartellparteien sind grundsätzlich durch (1.) schwierige typologische Einordnung; (2.) niedrige Mitgliederzahl; und (3.) nicht klare parteiinterne Strukturen gekennzeichnet (De Nève 2008: 285), alle diese Attribute treffen auf die VV zu. Die unklare ideologische Festsetzung der Partei (Kap. 4.2.1.), seltsame interne Machtstrukturen mit der Betonung von Internetabstimmungen (Kap. 4.2.6.), sowie die Streitigkeiten über die tatsächliche Parteiführung (Kap. 4.2.5.) weisen darauf hin, dass es sich bei der VV um eine typische Kartellpartei handelt. Nach der Analyse der „Öffentlichen Angelegenheiten“ lässt sich die Partei noch näher als „Businessfirm Party“ bezeichnen. Businessfirm Parties funktionieren ähnlich wie Unternehmen, sie sind auf Gewinnmaximierung ausgerichtet. Im Parteienwettbewerb funktionieren sie nach der Logik des Marktes, d.h. je nach dem Angebot- und Nachfrageprinzip sprechen sie durch bestimmt ausgewählte Themen kurzfristig die Wählerschaft an. Dabei spielt Kommerzialisierung und Professionalisierung der Partei eine wichtige Rolle. Im Mittelpunkt der Parteipolitik steht nicht die Verwirklichung von politischen Zielen, sondern die Kontrolle über öffentliche Mittel (De Nève 2008: 286).

Die VV erfüllt viele Kriterien einer Businessfirm Party. In den Medien wurde lange Zeit vor der Parlamentswahl 2010 darüber berichtet, dass die VV ein Business-Projekt des erfolgreichen Geschäftsmannes V. Bárta darstellt (Dolejší 2011). Die Partei ist finanziell auf die Unterstützung von wohlhabenden Unternehmern angewiesen, deren Motivation für solche großzügigen Spenden sehr oft im Dunkel bleibt. Vor allem die Verbindung der VV mit dem KAP sorgte in den Medien für viele Spekulationen: *„Hinter dem Erfolg der VV stehen zweifellos spendierfreudige Gönner. Wer gibt schon einer kleinen Partei 30 oder 50 Millionen? Solcher Spender*

wird seine Investition früher oder später zurück bekommen wollen und als einen Bonus noch einen lukrativen Staatsauftrag dazu“ (Kmenta 2011: 16). Solche Spekulationen wurden noch durch unbefriedigende Erklärungen der Parteisponsoren im Hinblick auf den Ursprung des Geldes verstärkt. So konnte beispielweise der Unternehmer und VV-Abgeordnete Martin Babák seine finanzielle Unterstützung der Partei nicht erklären. Der Ursprung seiner Spende von sechs Millionen bleibt bis heute unklar. Es existiert daher die Vermutung, dass hinter der Parteifinanzierung Personen oder Firmen stehen, dessen Absichten zweifelhaft sein könnten (Kundra/Svobodová 2011: 26 – 27). Solche Vorwürfe stehen im absoluten Widerspruch zu den Versprechungen der VV, mit undurchsichtigen Geldmachenschaften aufzuräumen.

Die merkwürdige Parteifinanzierung, sowie Kontakte zu vielen einflussreichen Personen aus dem wirtschaftlichen Sektor ist allerdings nicht der einzige „dunkle Fleck“ auf dem „unbeschriebenen Blatt“ namens VV. Eine weitere problematische Angelegenheit stellt die Beziehung zu der privaten Sicherheitsagentur ABL dar. Auch ABL beteiligt sich an der finanziellen Unterstützung der VV und zwar über inoffizielle Kanäle in Form von Investitionen in Werbung und Annoncen in der Parteipresse. Aus diesem Grund kommt die Firma auch im Spender-Register der Partei nicht vor. Nach den Ermittlungen der MF DNES gab ABL für vier Inserate unfassbare 12,3 Millionen Kronen aus (MF DNES 07.04. 2011: 1). Die enge Verbindung der Partei mit der Sicherheitsagentur ist allerdings nicht nur auf Grund der geheimen Parteifinanzierung problematisch. Der Gründer und Eigentümer von ABL Vít Bárta wurde nach dem Eintritt in die Regierungskoalition Verkehrsminister und nahm zahlreiche Mitarbeiter aus ABL in die Politik mit. Außer den vier Ministerien<sup>44</sup>, die in den Koalitionsverhandlungen die VV für sich gewinnen konnte, sind VV-Leute an anderen Ministerien als Berater und Stellvertreter, in Parlamentsausschüssen, sowie in zahlreichen staatlichen Institutionen und Betrieben als Spitzenpersonal vertreten: *„Im Sommer bildete Petr Nečas die Regierung und der Koalitionspartner VV schickte in die Regierung gleich zwei damalige hochgestellte ABL-Leute, Vít Bárta und Josef Dobeš. Bárta verkaufte zwar seinem ABL-Anteil und verlass auch seine Führungsposition in der Firma. Auch Dobeš verzichtete auf seine Position im*

---

<sup>44</sup> Ministerium für Inneres, Verkehrsministerium, Ministerium für regionale Entwicklung, sowie Ministerium für Erziehung, Jugend und Sport.

*Unternehmensvorstand. Der Ansturm der ABL-Leute auf die Staatsverwaltung wurde damit aber nicht beendet“ (Kmenta 2011: 85). Aus der Sicht der Funktionsweise demokratischer Institutionen kann es in diesem Zusammenhang problematisch sein, dass viele Personen aus einer privaten Sicherheitsagentur plötzlich wichtige Positionen in der Spitzenpolitik übernahmen. Der kontroverse Vít Bárta ist zwar nach seinen vielen Skandalen zurückgetreten, eine große Zahl seiner Mitarbeiter bleibt aber weiterhin in wichtigen politischen Positionen. Außer den Auswirkungen auf die tschechische Innenpolitik kann die Regierungsbeteiligung einer populistischen Partei auch international zu Problemen führen. Als Koalitionspartner entscheidet VV nämlich auch über die weitere Entwicklung der tschechischen Politik im Hinblick auf internationale Angelegenheiten. Es ist in diesem Kontext nicht überflüssig daran zu erinnern, dass die Beteiligung der rechtspopulistischen FPÖ unter Jörg Haider die österreichische Politik in eine europäische und internationale Isolation, verbunden mit ökonomischen Sanktionen führte.*

Das wichtigste Merkmal einer Businessfirm Party ist die Verfolgung privater ökonomischer Ambitionen anstelle der Verwirklichung von politischen Zielen. In diesem Punkt kann die Partei der Öffentlichen Angelegenheiten nach der Recherche von MF DNES als ein Musterbeispiel dienen. Die Journalisten der MF DNES veröffentlichten zahlreiche interne ABL-Dokumente, aus denen die wahren Absichten des Geschäftsmannes V. Bárta deutlich hervortreten. Der informelle Chef der VV stieg wegen seiner ökonomischen Interessen in die Politik ein. Auf einer Audio-Aufnahme aus dem Jahr 2008 spricht Bárta zu seinen engsten Mitarbeitern über die zukünftige Entwicklung von ABL: *„Wir müssen unsere ökonomische und sekundär politische Macht ausbauen“*, führt Bárta an und erläutert, dass die lukrativen Aufträge nur die konkurrenzfähigsten Firmen erhalten – das bedeutet, diejenigen mit dem größten Umsatz. *„Die Verbindung zwischen ökonomischer und politischer Macht ist durch Statistiken bestätigt, über 40% der Aufträge in der EU wird vom staatlichen Sektor vergeben. Daraus folgt, dass wir die ökonomische und politische Macht nicht voneinander trennen dürfen. Politische und ökonomische Macht sind eng verknüpft, das Geld erzeugt Macht und Macht bedeutet Geld“* (MF DNES 08.04. 2010: 1). Nur zwei Jahre später ist seine Partei im Parlament und in der Regierung vertreten, V. Bárta wurde zum Verkehrsminister und viele damalige ABL-Leute sitzen in wichtigen Positionen an Ministerien, in der Staatsverwaltung und in

anderen staatlichen Institutionen. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu wiederholen, dass die VV von Anfang an als eine Partei mit nachdrücklicher Anti-Korruption-Rhetorik auftrat und Bárta ständig betonte, dass er im Gegenteil zum alten politischen Establishment nicht an eigener Bereicherung interessiert ist. Mit Slogans wie „Ende der politischen Dinosaurier“ oder „Politik ohne Korruption und Klientelismus“ versuchte er seine ökonomischen Pläne zu vertuschen: *„Wir müssen die stärkste private Sicherheitsagentur des Landes aufbauen. Um eine dominante Position auf dem Markt zu erreichen, werden wir fiktive Konkurrenzfirmen unterstützen. Weiterhin müssen wir neue Kunden im staatlichen Sektor erreichen (Gesundheit- und Schulwesen, staatliche Behörden, Staatsverwaltung)“*. Diese ökonomischen Ziele sollten eng mit dem Ausbau von politischer Macht in Verbindung stehen – Koalition mit ODS in Prag im Jahr 2010, sowie die Machtübernahme in den Stadtbezirken Prag 1 und Prag 5. Gleichzeitig sollte sich VV um die Verbesserung der Kontakte mit sozialdemokratischen Politikern bemühen. Schließlich war bis Jahr 2014, also bis zu den nächsten Kommunalwahlen geplant, über 30% der Stimmen in Prag zu erreichen (MF DNES 08.04. 2010: 1). Die veröffentlichten Dokumente beweisen eindeutig, dass sich die VV in Wirklichkeit nicht um die Umsetzung der Wahlversprechen bemüht, also um die Zerschlagung von machtpolitischen Strukturen in der tschechischen *„rotting partyocracy“*, sondern dass die Partei im Gegenteil um eine Verwurzelung in den herrschenden Strukturen kämpft. Auch die Konzentration auf die Kommunalpolitik in Prag ist nicht überraschend, denn in der tschechischen Hauptstadt wird mit Abstand die größte Summe an öffentlichen Mitteln verteilt und auch das Interesse von ausländischen Investoren ist hier überproportional hoch.

## **5. Einordnung der VV in die postsozialistische Entwicklung der ostmitteleuropäischen Parteienlandschaft**

Die Analyse der Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ deutet darauf hin, dass sie viele der genannten Kriterien für eine populistische Partei erfüllt. Es stellt sich weiterhin die Frage, ob sich die Partei im Allgemeinen als ein typischer populistischer Akteur der ostmitteleuropäischen Politik bezeichnen lässt. Im Kapitel 3.1. wurde auf spezifische Merkmale des ostmitteleuropäischen Populismus eingegangen und am Beispiel ausgewählter Parteien (Kap. 3.2.) auch die zentralen Mobilisierungsthemen dargestellt. In diesem Kontext bleibt noch zu untersuchen, inwieweit die VV der ostmitteleuropäischen Spezifika entspricht und ob sie sich in eine Reihe mit den genannten Parteien einordnen lässt.

Sowohl in West- als auch im Osteuropa wird es gegenwärtig von einer Krise der etablierten Parteien gesprochen. Im Ost- und Mitteleuropa ist die Situation auch auf Grund der fehlenden Mitgliederbasis besonders prekär. Die langjährige Erfahrung mit der Existenz von Staatsparteien hat zur Folge, dass große Teile der Bevölkerung gegenüber den Parteien (und staatlichen Institutionen im Allgemeinen) äußerst skeptisch sind. Dies ist auch in der Tschechischen Republik der Fall, die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien drückte sich in zahlreichen Bürgerinitiativen aus, die den Austausch der herrschenden Eliten forderten. Die VV konnte dieses gesellschaftliche Klima sehr gut nutzen und das Thema des Elitenaustausches für sich gewinnen. Auf Grund der ausgeprägten Wählervolatilität war auch das überproportional gute Wahlergebnis zu erwarten. Das „typisch“ ost-(mittel)europäische niedrige Vertrauen in politische Institutionen verwandelte die Partei in eine allgemeine Kritik der herrschen Elite, welche nicht im Stande ist, gesellschaftliche Probleme adäquat zu lösen.

Ein weiteres Spezifikum der parteisozologischen Merkmale in Ostmitteleuropa ist die strakte politische Polarisierung, welche vor allem durch den Kampf zwischen den angeblichen Vertreter des alten Systems und den Antikommunisten verursacht ist. Die „destruktiven Elitenkonflikte“ machen in der Öffentlichkeit ein negatives Politik-Bild und auch in der tschechischen Politik ist das nicht anders. Vor allem das Verhalten der beiden Großparteien ČSSD und ODS bewegte viele Wähler dazu, ihre

Stimme aus Protest einer anderen Partei zu geben. Die Kritik des politischen Establishments äußerte sich gegen die etablierten Parteien im Allgemeinen, mit den „politischen Dinosauriern“ waren Politiker aus verschiedenen politischen Lagern gemeint. Der Antagonismus Kommunismus – Antikommunismus spielte im Unterschied zu anderen Staaten der Region (z.B. Polen) keine Rolle. Es lässt sich also davon ausgehen, dass diese konfliktreiche Dimension in Tschechien bereits überwunden ist.

Der ostmitteleuropäische Populismus hat außer den parteisoziologischen Spezifika auch seine besonderen politisch-kulturellen Merkmale. Es wird in diesem Zusammenhang von dem „Transformationspopulismus“ gesprochen. Die Veränderung von wirtschaftlichen, politischen, sozialen und auch kulturellen Rahmenbedingungen lassen neue Konfliktdimensionen entstehen, welche die populistischen Chancen begünstigen. Die populistische „Hetzerei“ richtet sich dann vor allem gegen ausländische Investoren, Banken und ethnische Minderheiten. Auch diesem Merkmal scheint die VV nicht zu entsprechen, für wirtschaftliche Probleme werden primär das ineffiziente Staatsapparat und wiederum korrupte Eliten verantwortlich gemacht. In diesem Kontext setzt sich die Partei für charakteristische populistische Forderung nach Vereinfachung und mehr Transparenz in der Funktionsweise von staatlichen Institutionen ein. Auch den besonders ausgeprägten tschechischen Euroskeptizismus wählte die VV als Mobilisierungsthema nicht aus. Die Partei präsentiert sich selbst im Gegenteil als EU-freundlich, im Wahlprogramm wird das aber nicht explizit reflektiert. Es muss allerdings gesagt werden, dass die EU-Politik in der tschechischen politischen Landschaft eher eine nebensächliche Rolle spielt. Die Minderheitsproblematik spricht VV zwar auch nicht explizit an, das „Fremde“ wird aber durch die Konstruktion von „Sozialschmarotzern“ assoziiert. In der tschechischen Gesellschaft ist nämlich die Bezeichnung „Sozialschmarotzer“ vor allem mit der ethnischen Minderheit der Roma verbunden. Die Partei kann somit viele Wähler ansprechen, ohne sich dabei den Vorwurf des Rassismus gefallen lassen zu müssen.

Die „Verschlankung“ des Staatsapparates war eine der wichtigsten Forderungen der VV, dabei sollte es nicht nur um eine Vereinfachung der komplizierten bürokratischen Prozesse, sondern auch um Personalabbau im staatlichen Sektor gehen. In diesem

Sinne versuchte die Partei ein Bild der entfremdeten Staatsmaschinerie zu konstruieren, welche den einfachen Menschen das Leben unnötig schwer macht. Auf den ersten Blick erweckt es als den Eindruck, die Partei verfolge einen neoliberalen Kurs, wenn man allerdings die Sozialpolitik der VV in den Blick nimmt, so muss festgestellt werden, dass sich die Partei sehr wohl für eine starke Position des Staates einsetzt. Die VV präsentiert sich nämlich als Beschützer von sozial schwachen Menschen. Unter dem Slogan „den Sozialschmarotzern nein, den Bedürftigen ja!“ spricht sich die Partei für eine gerechte Verteilung der Sozialleistungen aus. Der Staat gilt also wie auch in anderen postkommunistischen Ländern als Garant für soziale Sicherheit. Er wird also prinzipiell nicht in Frage gestellt, es soll bloß seine adäquate Funktionsweise sichergestellt werden. In diesem Punkt kann die Partei mit ihren populistischen Kollegen aus der Region verglichen werden. In den postsozialistischen Transformationsländern wird nämlich der Staat immer noch als eine Umverteilungsinstitution wahrgenommen. Es geht vor allem darum, diese Institution gerechter zu gestalten. Der ostmitteleuropäische Populismus ist durch seine ideologische Vagheit charakteristisch und auch die VV als eine Partei ohne klare ideologische Basis setzt auf typische linke Themen wie die Erhaltung des Sozialstaates, diese werden andererseits vor allem mit repressiven Lösungsvorschlägen kombiniert, die eher den Parteien aus dem rechten politischen Spektrum zugeschrieben werden.

Es ist schwer nachzuweisen, inwieweit sich die Wählerklientel der VV aus Verlierern des Systemwechsels zusammensetzt, die Partei setzte in der Kampagne primär auf Protest gegen die derzeitige politische Vertretung des Landes, es lässt sich daher erwarten, dass sie viele Stimmen der Unzufriedenen für sich gewinnen konnte. Dabei spielte vor allem die scharfe Anti-Korruptionsrhetorik eine wichtigere Rolle.

Wie bereits oben angesprochen wurde, liegt der Erfolg der Partei Großteils in der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den etablierten Parteien. In der ostmitteleuropäischen Gesellschaft ist eine negative Einstellung zu politischen Parteien tief verwurzelt – Der Glaube an eine anti-politische Politik, welcher die Dichotomie zwischen den „korrupten Eliten“ und der „moralischen Zivilgesellschaft“ zum Ausdruck bringt, spiegelt sich auch in Organisationsstrukturen der Parteien wider, auch die VV lässt sich hier einordnen. Die fehlende Mitgliederbasis ersetzt die

Partei durch ein seltsames Forum des Parteisympathisanten, sowie durch interne Parteireferenden, auf diese Weise versucht sie sich eher als eine politische Basisbewegung als traditionelle Partei zu präsentieren.

Im Fall des Erfolges der „Öffentlichen Angelegenheiten“ spielten wahrscheinlich die situativen Gelegenheitsbedingungen die bedeutsame Rolle. In der tschechischen Gesellschaft ist in diesem Zusammenhang der Anstieg an veröffentlichten Korruptionsskandalen in der Staatsverwaltung von fundamentaler Bedeutung. Die VV schaffte es, das Thema Korruption für sich zu gewinnen und als ein neu gegründetes noch unbeschriebenes politisches Subjekt konnte sie auch die etablierten Parteien zum Thema Korruptionsvorwürfe respektlos kritisieren. Ein wesentliches Faktum war hier das Machtkartell der beiden Großparteien. Diese schafften es, auf Grund ihrer dominanten Position unübersichtliche Machtstrukturen auf allen politischen Ebenen zu etablieren. Ihre Politik war durch Klientelismus und Machtmissbrauch gekennzeichnet, unter solchen Umständen entstehen logischerweise sehr gute Bedingungen für populistische Akteure. Eine sehr ähnliche Situation ging auch dem Anstieg an Populismus in Polen und Ungarn voraus. Sowohl der Präferenzzuwachs der nationalkonservativ orientierten PiS als auch der oft als rechtspopulistisch eingestufte FIDESZ haben ihren Ursprung in zahlreichen Korruptionsaffären der herrschenden Parteien. Eine wesentliche Rolle spielte in diesen beiden Ländern ebenso wie in der Tschechischen Republik auch die starke Parteienpolarisierung und die Unfähigkeit der Eliten, miteinander zusammenzuarbeiten.

Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass die gesellschaftlichen Bedingungen für Entstehung und Etablierung populistischer Akteure in Tschechien den einzelnen Staaten der Region sehr ähnlich sind. Vor allem das Versagen der politischen Elite, welche politische Ämter oft zu eigener Bereicherung nutzt, führt zu einer negativen Politikwahrnehmung, welche in Verbindung mit Folgen des schwierigen Transformationsprozesses zu Enttäuschungen im Hinblick auf die Demokratiebeurteilung zum Ergebnis hat. In Folge dessen entsteht ein gesellschaftliches Klima, welches nach einer Auswechslung der herrschenden politischen Klasse ruft, was die populistischen Chancen begünstigt. In Tschechien äußerte es sich mit der Forderung nach dem „Ende der politischen Dinosaurier“.

Was die Mobilisierungsthemen angeht, so ist die Situation nicht mehr so eindeutig. Wie die kurze Darstellung populistischer Akteure in Staaten der Region zeigt, sind für die ostmitteleuropäischen Populisten Themen wie Konstruktion der nationalen Identität, Politik der Entkommunizierung, Euroskeptizismus und Kritik des internationalen Kapitals charakteristisch, darüber hinaus beinhaltet der ostmitteleuropäische Populismus auch gewisse agrarische Akzente. Keine von diesen Charakteristika spielt in der Politik der VV eine wesentliche Rolle. Dies kann einerseits mit der Tatsache zusammenhängen, dass bestimmte gesellschaftliche Konfliktlinien bereits überwunden sind (Kommunismus – Antikommunismus, nationale Identitätssuche), andererseits stehen andere auf Grund der relativ stabilen ökonomischen Lage gar nicht auf der Tagesordnung (Kritik der ausländischen Investoren, Banken etc.). Es muss aber noch einmal betont werden, dass im Mittelpunkt der von VV verfolgter Politik die Kritik des politischen Establishments steht. Diese Thematik zeigte sich sowohl in der Wahlkampagne als auch im Programm so zentral, dass alle anderen Themen im Schatten blieben. Dieser Unterschied lässt sich vielleicht durch die wahren Absichten der dominanten Persönlichkeit der VV Vít Bárta erklären, denn wie sich später herausgestellt hat, stieg er in die Politik wegen seiner wirtschaftlichen Interessen ein. Die Partei der Öffentlichen Angelegenheiten stellt also mehr ein Business-Projekt als eine politische Partei dar. Mit populistischen Methoden versuchte die Partei angeblich das Machtkartell der herrschenden Eliten zu zerschlagen, in der Wahrheit versuchte sie bloß ein Teil des Kartells zu werden.

## 6. Conclusio und Ausblick

Die Diplomarbeit ging der Frage nach, ob sich die Partei der Öffentlichen Angelegenheiten nach festgelegten Kriterien, so wie sie die Politikwissenschaft versteht, als eine populistische Partei bezeichnen lässt. Um noch einmal auf die Forschungsfrage zurückzukommen: Die VV entspricht in vielen Hinsichten einer populistischen Partei, praktisch alle der hier untersuchten Kriterien haben sich bestätigt. Die VV kann in diesem Sinne als eine ideologisch undurchschaubare Gruppierung mit einer charismatischen Führungspersönlichkeit an der Spitze bezeichnet werden. Im Vordergrund der Parteirhetorik steht die Kritik des politischen Establishments, in diesem Zusammenhang konstruierte die VV die Dichotomie zwischen der „unfähigen“ und „korrupten“ politischen Elite und dem „moralischen“ Volk, dementsprechend setzte sie sich auch für eine stärkere Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungen. Auch die restlichen Kriterien, nämlich „Protestcharakter“, „mediale Selbstinszenierung“ und „Angebot einfacher Lösungen“ haben sich bestätigt. Die Partei der Öffentlichen Angelegenheiten kann also als eine populistische politische Partei bezeichnet werden.

Die zweite Forschungsfrage widmet sich der Analyse der VV als einem typischen Vertreter des ostmitteleuropäischen Populismus. Einerseits wurden die gesellschaftlichen Bedingungen für Entstehung populistischer Parteien in dieser Region, andererseits die typischen Mobilisierungsthemen untersucht. Die Gelegenheitsstrukturen für den „populistischen Moment“ sind in der tschechischen Republik vergleichbar mit den anderen ostmitteleuropäischen Staaten. Die Unzufriedenheit mit der bisherigen politischen Vertretung, sowie zahlreiche Korruptionsskandale und arrogantes Auftreten der etablierten Parteien hatten zur Folge, dass sich in der Bevölkerung ein Wunsch nach politischem Elitenaustausch verbreitete. Ähnliche Situation ging auch den Erfolgen von populistischen Parteien in anderen Staaten der Region voraus. Anders ist das mit den Mobilisierungsthemen. Die typischen Attribute des ostmitteleuropäischen Populismus wie Konstruktion der nationalen Identität, Politik der Entkommunizierung, Euroskeptizismus oder Kritik des internationalen Kapitals lassen sich im Fall der VV nicht ausfindig machen.

Nach dem die beiden Forschungsfragen beantwortet worden sind, bleibt noch die weitere Entwicklung der VV einzuschätzen. Der Erfolg der Öffentlichen Angelegenheiten in der tschechischen Parlamentswahl 2010 hängt vor allem mit dem Vorteil eines politischen Neulings zusammen, welcher in die zahlreichen Korruptionsskandalen der etablierten Parteien nicht eingebunden war. Eine weitere Ursache ist in der gesellschaftlichen Stimmung zu suchen, die Unzufriedenheit der Menschen mit der herrschenden politischen Vertretung äußerte sich in vielen Bürgerinitiativen, welche den Austausch politischer Elite forderten, die VV konnte diese Thematik in der Wahlkampagne für sich gewinnen und somit auch viele Unzufriedenen auf ihre Seite ziehen. Auch die weiteren zentralen Themen, auf denen die Partei ihr Wahlprogramm aufbaute, stach gewissermaßen die gesellschaftliche Nachfrage in der Beziehung zu heiklen politischen Problemen stark hervor. Vor allem die Korruptionsbekämpfung und Staatsverschuldung spielen in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle.

Das überraschend gute Wahlergebnis der VV wird oft auch als eine durchdachte Marketingstrategie interpretiert, welche vielleicht auch ein wenig unerwartet mit der Partizipation der Partei an der Regierungskoalition endete (Dolejší 2011). Die Identität der VV leitet sich aus der Distanzierung gegenüber dem bisherigen Stil der etablierten Parteien und deren Vertreter ab. Sobald sich aber die Partei an der Regierung beteiligt, wird diese Taktik problematisch. Wie es auch bei anderen regierenden populistischen Parteien der Fall war, ist VV mit der Regierungsbeteiligung zum Mitglied des politischen Establishments geworden und muss somit zumindest zum Teil ihren Protestcharakter aufgeben, was allerdings oft mit Gesichtsverlust verbunden ist. Dies zeigte sich bei den Kommunal- und Senatswahlen in Oktober 2010, bereits nach kurzer Regierungsbeteiligung war das Wiederwahlpotenzial der Partei stark eingeschränkt. Eine weitere Problematik in Bezug auf die Etablierung im parteipolitischen System ist die Instabilität des Elektorats. Als eine neue politische Gruppierung mit einer unklaren ideologischen Ausrichtung bekam die Partei vor allem Proteststimmen, welche einen Ausdruck der Unzufriedenheit mit den herrschenden Politikern und keine feste ideologische Bindung an die Partei darstellt.

Das weitere Schicksal der VV in der tschechischen Politik wird wahrscheinlich durch die zahlreichen Skandale innerhalb der Partei beeinflusst. Die unklaren Absichten des mysteriösen Vít Bárta, interne Streitigkeiten, undurchschaubare Parteifinanzierung durch einflussreiche Unternehmer, Korruptionsvorwürfe, kontroverse Aktivitäten der Sicherheitsagentur ABL und viele andere Skandale der VV haben zweifellos negative Auswirkungen nicht nur auf die Partei selbst, sondern auf die Politik im Allgemeinen. Eine Reihe von den Vorwürfen gegen die VV ist bis heute nicht ausgeräumt, andere liegen nur auf Ebene der Spekulationen. Trotzdem haben sie fatale Folgen für die weitere Entwicklung der VV. Während die Partei bei den Parlamentswahlen im Mai 2010 10,9% der Stimmen erhielt, liegen die Parteipräferenzen im Oktober 2011 bei 2% (STEM 2011). Die laufenden Ermittlungen gegen die VV, sowie die mediale Aufmerksamkeit beweisen, dass mit der Partei ein sehr spezifisches politisches Subjekt in die tschechische Parteienlandschaft eingestiegen ist, welches sich in vielerlei Hinsicht von den bisherigen Parteien fundamental unterscheidet. Die Verbindung zwischen politischen Ambitionen und privaten wirtschaftlichen Interessen ist in der tschechischen Politik zwar nichts Neues, eine Partei als ein Business-Projekt aufzubauen, stellt aber wirklich nicht nur in Tschechien eine Seltenheit dar. Es muss allerdings betont werden, dass der Kartellcharakter politischer Parteien zu typischen Erscheinungen ostmitteleuropäischer Politik gehört.

„Öffentliche Angelegenheiten“ können von denselben populistischen Gelegenheitsbedingungen profitieren, wie es auch in anderen Staaten der Region üblich ist. Vor allem die Unzufriedenheit mit politischem Establishment in Verbindung mit der drohenden Wirtschaftskrise lässt in der Bevölkerung Wünsche nach neuen politischen Leitfiguren entstehen. Wodurch sich die Partei von anderen ostmitteleuropäischen Populisten unterscheidet, sind die Mobilisierungsthemen. Im Zentrum der Parteirhetorik steht die Kritik der Eliten, wovon sich die zwei anderen Hauptthemen Korruption und Staatsverschuldung ableiten. Die Konzentration auf Distanzierung von anderen politischen Subjekten stellt alle weiteren Materien in den Hintergrund. Der wichtigste Unterschied zu weiteren populistischen Gruppierungen der Region stellt das Fehlen einer nationalen Ausprägung dar, die wissenschaftlichen Begrifflichkeiten wie Rechts- oder Nationalpopulismus treffen auf VV nicht zu. Die Ursache für die relative Bedeutungslosigkeit dieser Thematik liegt vielleicht in der

Homogenität der tschechischen Bevölkerung, auch das Thema Migration hat in der tschechischen Politik keine Relevanz. Auch andere typisch ostmitteleuropäischen Mobilisierungsthemen wie z.B. Kritik der EU und der anderen internationalen Institutionen spielt in der Politik der VV keine Rolle.

Auf der Grundlage der analysierten Kriterien können die Öffentlichen Angelegenheiten als eine populistische Partei charakterisiert werden, in diesem Zusammenhang sind vor allem Kategorien der Elitenkritik, das Verlangen nach stärkerer Anwendung von direktdemokratischen Mechanismen, sowie die charismatische Führung zu betonen.

Der populistische Charakter der VV stellt im Hinblick auf die Funktionsweise der tschechischen Demokratie keine ernste Gefahr dar, das gleiche kann allerdings über den Kartellcharakter der Partei nicht gesagt werden. Die Vorwürfe gegen die Partei sind dermaßen ernst, dass dadurch Politikwahrnehmung und Glaube in ein demokratisches Modell des Staates nachhaltig beschädigt werden können, was wiederum günstige Bedingungen für populistische Mobilisierung schafft.

## 7. Abkürzungsverzeichnis

- ABL – Agentura bílého lva (dt.: Agentur des weißen Löwen)
- BTI – Bertelsmann Transformation Index
- ČSSD – Česká strana sociálně demokratická (dt.: Tschechische Sozialdemokratische Partei)
- ČSÚ – Český statistický úřad (dt.: Tschechisches Statistisches Amt)
- ELDR – Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei
- FIDESZ – Magyar Polgári Szövetség (dt.: Ungarischer Bürgerbund)
- FKGP – Független Kisgazda-, Földmunkás- és Polgári Párt (dt.: Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums)
- FN – Front National
- FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs
- HZDS – Hnutie za demokratické Slovensko (dt.: Bewegung für demokratische Slowakei)
- Jobbik – Jobbik Magyarországért Mozgalom (dt.: Bewegung für ein besseres Ungarn)
- KAP – Klub angažovaných podnikatelů (dt.: Klub der engagierten Unternehmer)
- KSČM – Komunistická strana Čech a Moravy (dt.: Kommunistische Partei Böhmens und Mähren)
- LPF – Lijst Pim Fortuym
- LPR – Liga Polskich Rodzin (dt.: Liga der polnischen Familien)
- MIÉP – Magyar Igazság és Élet Pártja (dt.: Partei der ungarischen Wahrheit und des Lebens)
- ODS – Občanská demokratická strana (dt.: Demokratische Bürgerpartei)
- PiS – Prawo i Sprawiedliwość (dt.: Recht und Gerechtigkeit)
- SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej (dt.: Bund der Demokratischen Linken)
- SRP – Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej (dt.: Selbstverteidigung der Republik Polen)
- STEM – Středisko empirických výzkumů (dt.: Zentrum der empirischen Forschung)
- TOP 09 – tradice, odpovědnost, prosperita (dt.: Tradition, Verantwortung, Wohlstand)

- UDCA – Union de défense des commerçants et artisans (dt.: Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker)
- US-DEU – Unie svobody – Demokratická unie (dt.: Freiheitsunion – Demokratische Union)
- VV – Věci Veřejné (dt.: Öffentliche Angelegenheiten)

## 8. Literaturverzeichnis

Abts, Koen; Rummens, Stefan (2007): Populism versus Democracy. *Political Studies*: 2007, VOL 55, 405 – 424.

Bachmann, Klaus (2006a): Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa. In: Decker, Frank (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden, S. 216 – 232.

Bachmann, Klaus (2006b): Die List der Vernunft. Polen, der Populismus und die Modernisierung wider Willen. Quelle: Eurozine; <http://www.eurozine.com/pdf/2007-08-10-bachmann1-de.pdf>, Stand: 04. 03. 2011.

Barlai, Melani / Hartleb, Florian (2011): Extremismus in Ungarn. In: Jesse, Eckhard / Thieme Tom (Hrsg.): *Extremismus in den EU-Staaten*. Wiesbaden, S. 413 – 428.

Bayer, József (2005): Der Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei: Populistische Politik in der ungarischen Demokratie. In: Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars (Hrsg.): *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*. Wien, S. 173 – 189.

Becker, Jens (2010): Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus in Ungarn. In: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP)*, H. 3/2010, S. 309 – 315.

Berend, Ivan T. (2007): Social shock in transforming Central and Eastern Europe. In: *“Communist and Post-Communist Studies”* 40, S. 269 – 280.

Bingen, Dieter (2008): Polen: Wie ein labiles Parteiensystem zu einer Stabilisierung der Demokratie beiträgt. In: Bos, Ellen / Segert, Dieter (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen & Farmington Hills, S. 77 – 90.

Bos, Ellen / Segert, Dieter (2008): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen & Farmington Hills.

Bos, Ellen / Segert, Dieter (2008): Osteuropa als Trendsetter? Parteiensysteme in repräsentativen Demokratien unter mehrfachem Druck. In: Bos, Ellen / Segert, Dieter (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen & Farmington Hills, S. 323 – 336.

Bos, Ellen (2010): Parteien und Parteiensysteme in den post-sozialistischen Staaten Osteuropas – zwischen Konsolidierung und Krise. In: Schrenk, Klemens / Soldner, Markus (Hrsg.): Analyse demokratischer Regierungssysteme. Festschrift für Wolfgang Ismayr zum 65. Geburtstag. Wiesbaden, S. 587 – 598.

Čákl, Ondřej / Wollmann, Radek (2005): Czech Republic. In: Mudde, Cas: Racist extremism in Central and Eastern Europe. London, S. 30 – 57.

Castel, Rober (2005): Die Stärkung des Sozialen, Hamburg.

Canovan, Margaret (1999): Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy. Political Studies. XLVII, 2 – 16.

Canovan, Margaret (2005): The people. Cambridge.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/Main.

Dahrendorf, Ralf (2002): Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito, München.

Dahrendorf, Ralf (2003): Acht Anmerkungen zum Populismus. Quelle: Eurozine: <http://www.eurozine.com/pdf/2007-09-18-dahrendorf-de.pdf>, Stand: 30.04. 2011.

De Nève, Dorothee (2008): Parteien in der Krise? In: Bos, Ellen / Segert, Dieter (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen & Farmington Hills, S. 281 – 302.

Decker, Frank (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden.

Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 9 – 32.

Ehrke, Michael (2007): Ungarische Unruhen – ein Symptom der zentraleuropäischen Beitrittskrise?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internat. Politikanalyse, S. 148 – 155.

Eibl, Otto (2010): Volební programy. In: Balík, Stanislav (Hrsg.) Volby do Poslanecké sněmovny v roce 2010. Brno, S. 69 – 96. [Eibl, Otto (2010): Wahlprogramme. In: Balík, Stanislav (Hrsg.): Die Parlamentswahlen im Jahr 2010. Brunn, S. 69 – 96.]

Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars (2005): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien.

Fröhlich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars (2005): Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der politikwissenschaftlichen Forschung. In: Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, S. 3 – 34.

Fröhlich-Steffen, Susanne (2008): Populismus im Osten und im Westen als parallele Entwicklungen? In: Bos, Ellen / Segert, Dieter (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen & Farmington Hills, S. 303 – 322.

Havlík, Vlastimil (2010): Politické strany a jejich systém v letech 2006 – 2010. In: Balík, Stanislav (Hrsg.): Volby do Poslanecké sněmovny v roce 2010. Brno, S. 11 – 38. [Havlík, Vlastimil (2010): Parteien und das Parteiensystem in den Jahren 2006 – 2010. In: Balík, Stanislav (Hrsg.): Die Parlamentswahlen im Jahr 2010. Brunn, S. 11 – 38.]

Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír (2004): Konfliktní demokracie. Moderní masová politika ve střední Evropě. Brno. [Hloušek, Vít / Kopeček, Lubomír (2004): Konfliktreiche Demokratie. Moderne Massenpolitik in Mitteleuropa. Brunn.

Inglehart, Ronald (1997): Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 45 Societies. Princeton.

Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2010): Die politischen Systeme Osteuropas. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden.

Kiszelly, Zoltán (2008): Ungarn: Auf dem Weg zum Kartellparteiensystem? In: Bos, Ellen / Segert, Dieter (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen & Farmington Hills, S. 121 – 132.

Kmenta, Jaroslav (2011): Superguru Bárta. Prag.

Kneuer, Marianne (2005): Die Stabilität populistischer Regierungen am Beispiel der slowakischen HZDS: Wechselwirkungen innen- und außenpolitischer Prozesse. In: Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars: Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, S. 149 – 172.

Kornai, János (2006): The great transformation of Central and Eastern Europe. Success and disappointment, in: „Economics of Transition“, 14/2, S. 207 – 244.

Kostrzębski, Karol (2005): Die Mobilisierung von Euroskepsis: Basis des Populismus in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens. In: Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars: Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, S. 209 – 225.

Krastev, Ivan (2007): Die Stunde des Populismus. In: Transit 33 (Sommer 2007), Frankfurt/Main, S. 158 – 165.

Lang, Kai-Olaf (2005): Populismus in Ostmitteleuropa: Manifestationsformen, Besonderheiten und Chancenstrukturen. In: Von Thadden, Rudolf / Hofmann, Anna (Hrsg.): Populismus in Europa - Krise der Demokratie? Berlin, S. 137 – 154.

Lang, Kai-Olaf (2009): Populismus in den neuen Mitgliedsländern der EU. Potenziale, Akteure, Konsequenzen. SWP-Studien 2009/S 16, Mai 2009, herausgegeben von: Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Quelle: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009\\_S16\\_Ing\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009_S16_Ing_ks.pdf), Stand: 05.03.2011.

Mair, Peter (2002): Populist Democracy vs Party Democracy. In: Mény, Yves / Surel, Yves (Eds.). Democracies and the Populist Challenge. New York, S. 81 – 98.

Matušková, Anna (2010): Volební kampaně. In: Balík, Stanislav (Hrsg.): Volby do Poslanecké sněmovny v roce 2010. Brno, S. 97 – 115. [*Matušková, Anna (2010): Wahlkampagnen. In: Balík, Stanislav (Hrsg.): Die Parlamentswahlen im Jahr 2010. Brunn, S. 97 – 115.*]

Mény, Yves / Surel, Yves (2002). Democracies and the Populist Challenge. New York.

Meyer, Thomas (2003): Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie. Aus: Politik und Zeitgeschichte (B 53 / 2003), S. 12 – 19. Quelle: <http://www.bpb.de/files/L25M9Y.pdf>, Stand: 28. 02. 2011.

Meyer, Thomas (2006): Populismus und Medien. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 81 – 96.

Mudde, Cas (2002): In the Name of the Peasantry, the Proletariat and the People: Populism in Eastern Europe. In: Mény, Yves / Surel, Yves (Eds.). Democracies and the Populist Challenge. New York, 214 – 232.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition, Jahrgang 39, Nummer 4, S. 541 – 563.

Petrová, Barbora (2010): Média a volební kampaň. In: Balík, Stanislav (Hrsg.): Volby do Poslanecké sněmovny v roce 2010. Brno, S. 117 – 133. [*Petrová, Barbora (2010): Medien und die Wahlkampagne. In: Balík, Stanislav (Hrsg.): Die Parlamentswahlen im Jahr 2010. Brunn, S. 97 – 115.*]

Plasser, Fritz / Ulram, Peter / Waldrauch, Harald (1997): Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung, Opladen.

Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt/New York.

Puhle, Hans – Jürgen (2003): Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie. In: Werz, Nikolaus (Hrsg): Populismus. Populisten in Übersee und Europa. Opladen, S. 15 – 43.

Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 59 – 80.

Segert, Dieter (2005): Der tschechische Allparteienpopulismus: Postsozialistische Instabilität als Grundlage für eine populistische Versuchung in Parlament und Regierung. In: Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars: Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien, S. 191 – 208.

Segert, Dieter (2008a): Parteien und Transformation in Europa nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. In: Bos, Ellen / Segert, Dieter (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts. Opladen & Farmington Hills, S. 11 – 32.

Segert, Dieter (2008b): Parteiendemokratie in der Krise. Gründe und Grundlagen in Ostmitteleuropa, „Osteuropa“ 58. Jg., Nr.1, 49-61.

Segert, Dieter (2010): Osteuropa nach 1989 – ein Labor für die soziale Belastbarkeit unserer Demokratie? (erscheint in WISO, Linz), S. 30 – 42.

Skolkay, Andrej (2000): Populism in Central Eastern Europe. IWM Working Paper No. 1/2000 Wien.

Spier, Tim (2006): Populismus und Modernisierung. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 33 – 58.

Todorow, Antony (2007): National populism versus democracy. Quelle: Eurozine; <http://www.eurozine.com/articles/2008-06-19-todorovantony-en.html>, Stand: 26.02.2011.

Taggart, Paul (2002): Populism as the Pathology of Representative Politics. In: Mény, Yves / Surel, Yves (Eds.). Democracies and the Populist Challenge. New York, S. 62 – 80.

Taggart, Paul (2003): The Populist Turn in the Politics of the New Europe. Paper prepared for presentation at the 8th Biannual International Conference of the European Union Studies Association conference, Nashville, 27-9 March, 2003. Quelle: <http://aei.pitt.edu/2962/1/165.pdf>, Stand: 04.09.2011.

Vodička, Karel (2010): Das politische System Tschechiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. 3. Aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden, S. 276 – 315.

Ware, Alan (2002): The United States: Populism as Political Strategy. In: Mény, Yves / Surel, Yves (Eds.). Democracies and the Populist Challenge. New York, 101 – 119.

## 9. Empirische Daten

Bertelsmann Transformation Index (2010): <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/ranking/status-index/>; Stand: 15.02. 2011.

Český statistický úřad (2006): Volební server ČSÚ a. <http://www.volby.cz/pls/ps2006/ps2?xjazyk=CZ>; Stand: 27.09.2011. [dt.: *Tschechisches statistisches Amt (2006): Wahlserver der ČSÚ a*].

Český statistický úřad (2006): Volební server ČSÚ b. <http://www.volby.cz/pls/ps1998/u4>; Stand: 27.09.2011. [dt.: *Tschechisches statistisches Amt (2006): Wahlserver der ČSÚ b*].

Eurobarometer 72 (Oktober – November 2009): [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb72/eb72\\_vol1\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_vol1_de.pdf); Stand: 15.02. 2011.

Kunštát, Daniel (21. 05. 2010): Důvěra stranickým představitelům. Centrum pro výzkum veřejného mínění. Sociologický ústav AV ČR. [http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/101039s\\_pi100521.pdf](http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/101039s_pi100521.pdf); Stand: 29. 09. 2011. [dt.: *Kunštát, Daniel (21. 05. 2010): Das Vertrauen in die Partei-Leader. Zentrum für Meinungsforschung. Das tschechische soziologische Institut.*]

STEM Strédisko empirických výzkumů (2011): Preference politických stran – říjen 2011. <http://www.stem.cz/clanek/2248>; Stand: 25. 10. 2011. [dt.: *Zentrum der empirischen Forschung (2011): Die Parteienpräferenzen – Oktober 2011.*]

## 10. Parteimaterialien

Das Portal der VV: XII. ideová konference <http://www.veciverejne.cz/xii-ideova-konference-vv.html>; Stand: 03. 10. 2011. [dt.: XII. ideologische Konferenz].

Das Portal der VV: O nás: <http://www.veciverejne.cz/o-nas.html>; Stand: 03. 10. 2011. [dt.: Über uns].

Das Portal der VV: Politický program: <http://www.veciverejne.cz/politicky-program.html>; Stand: 02.09.2011. [dt.: Das politische Programm].

Das Portal der VV: Stanovy: <http://www.veciverejne.cz/stanovy.html>; Stand: 07.10.2011. [dt.: Satzungen].

Das Portal der VV: Volba předsedy: <http://www.veciverejne.cz/volba-predsedy.html>; Stand: 03.10.2011. [dt.: Die Wahl des Parteivorsitzenden].

## 11. Zeitungsartikel und Internetberichte

Aktuálně.cz (10. 03. 2011): Klasnová se tvrdě opřela do Bárty kvůli totalitě ve VV. <http://aktualne.centrum.cz/domaci/politika/clanek.phtml?id=693542>; Stand: 10. 09. 2011. [dt.: Aktuálně.cz (10.03.2011): Klasnová kritisierte Bárta wegen Totalität in der Partei].

ČT 24 (23. 03. 2010): Kampaň Věcí veřejných zaplatí podnikatelé, dají 10 milionů korun. <http://www.ceskatelevize.cz/ct24/domaci/84748-kampan-veci-verejnych-zaplaci-podnikatele-daji-10-milionu-korun/>; Stand: 10. 09. 2011. [dt.: ČT 24 (23.03.2010): Die Kampagne der Öffentlichen Angelegenheiten bezahlen Geschäftsmänner, sie geben 10 Millionen Kronen].

Dolejší, Václav (23. 02. 2011): S těmi sliby jsme to přehnali. Věci veřejné se stávají věcmi marketingovými. [http://zpravy.idnes.cz/s-temi-sliby-jsme-to-prehnali-veci-verejne-se-stavaji-vecmi-marketingovymi-1uc-/kavarna.aspx?c=A110223\\_091945\\_kavarna\\_chu](http://zpravy.idnes.cz/s-temi-sliby-jsme-to-prehnali-veci-verejne-se-stavaji-vecmi-marketingovymi-1uc-/kavarna.aspx?c=A110223_091945_kavarna_chu); Stand: 22.09 2011. [dt.: Dolejší, Václav (23.02.2011): Mit den Versprechungen haben wir es übertrieben. Öffentliche Angelegenheiten werden zu Marketingsangelegenheiten].

iDnes.cz (06. 10. 2009): Pust'te kluky k vodě, volte holky, parodují Věci veřejné kampaň ODS. [http://zpravy.idnes.cz/pustte-kluky-k-vode-volte-holky-paroduji-veci-verejne-kampan-ods-pxx-/domaci.aspx?c=A091006\\_165501\\_domaci\\_jw](http://zpravy.idnes.cz/pustte-kluky-k-vode-volte-holky-paroduji-veci-verejne-kampan-ods-pxx-/domaci.aspx?c=A091006_165501_domaci_jw); Stand: 06. 09. 2011. [dt.: iDnes.cz (06.10.2009): Lassen Sie die Burschen schwimmen, wählen Sie Mädels, Öffentliche Angelegenheiten parodieren ODS].

iDnes.cz (07. 06. 2010): Příběh Vecí veřejných: cesta od party aktivistů do vrcholné politiky. [http://zpravy.idnes.cz/pribeh-veci-verejnych-cesta-od-party-aktivistu-do-vrcholne-politiky-1i1-/domaci.aspx?c=A100606\\_203840\\_domaci\\_iky](http://zpravy.idnes.cz/pribeh-veci-verejnych-cesta-od-party-aktivistu-do-vrcholne-politiky-1i1-/domaci.aspx?c=A100606_203840_domaci_iky); Stand: 08. 09. 2011. [dt.: iDnes.cz (07.06.2010): Die Geschichte der Öffentlichen Angelegenheiten: der Weg von einer Aktivistengruppe in die Spitzenpolitik].

Kundra, Ondřej / Svobodová, Ivana (18. 04. 2011): A milej Babák viděl miliony. Jak poslanec a sponzor Vecí veřejných objasňuje své finance. In: Respekt, S. 26 – 29. [dt.: Kundra, Ondřej / Svobodová, Ivana (18.04.2011): Und der liebe Babák sah

*Millionen. Wie der Abgeordnete und Sponsor der Öffentlichen Angelegenheiten über seine Finanzen aufklärt].*

MF DNES (07. 04. 2011): *Nové důkazy financování Bárty a VV, S. 1. [dt.: MF DNES (07.04.2011): Neue Beweise über die Finanzierung von Bárta und VV].*

MF DNES (08. 04. 2011): *Odhalen, S. 7 – 10. [dt.: MF DNES (08.04.2011: Entdeckt].*

Mostyn, Sascha (27. 05. 2010): *Billiger Populismus und Angstkampagnen.*  
<http://www.taz.de/!53104/>; Stand: 22. 09. 2011.

Novinky.cz (10. 10. 2009): *Voliči nebudou blbá telata, doufá Radek John*  
<http://www.novinky.cz/domaci/181224-volici-nebudou-blba-telata-doufa-radek-john.html>, Stand: 10. 09. 2011. *[dt.: Novinky.cz (10.10.2009): Die Wähler werden keine dummen Kühe, hofft Radek John (Interview mit Radek John)].*

Otto, Pavel (25. 05. 2010): *Jan Herzmann: Čekal jsem nástup populistů.*  
<http://zpravy.e15.cz/nazory/rozhovory/jan-herzmann-cekal-jsem-nastup-populistu>;  
Stand: 08. 09. 2011. *[dt.: Otto, Pavel (25.05.2010): Jan Herzmann: Ich habe das Antreten von Populisten erwartet].*

Schuster, Robert (01. 02. 2011): *Populistischer Partner nervt Premier.*  
<http://derstandard.at/1295571367262/Populistischer-Partner-nervt-Premier>; Stand:  
10. 09. 2011.

The Economist (02. 11. 2011): *State capture: Czech politics.*  
<http://www.economist.com/blogs/easternapproaches/2011/11/czech-politics>; Stand:  
12. 11. 2011.

## 12. Abstract

Die Diplomarbeit beschäftigt sich mit der tschechischen politischen Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ (Věci Veřejné (VV)). Es wird untersucht, ob sich die Partei nach genau festgelegten Kriterien, so wie sie die politikwissenschaftliche Disziplin versteht, als eine populistische Partei bezeichnen lässt. Im Weiteren wird der Frage nachgegangen, inwieweit die VV einen typischen populistischen Akteur der ostmitteleuropäischen Politik darstellt. Im theoretischen Teil wird zunächst auf das Phänomen des „politischen Populismus“ eingegangen. Ausgehend von einer Darstellung der historischen Entwicklung populistischer Parteien und der Reflexion über Populismusforschung, widmet sich die Arbeit der Festlegung von wissenschaftlichen Kriterien für populistische politische Akteure. Dabei werden auch Fragen der gesellschaftlichen Voraussetzungen für populistische Mobilisierung, sowie das komplizierte Verhältnis zwischen Populismus und Ideologie und Populismus und Demokratie mit einbezogen.

Im zweiten Teil der Arbeit wird dann auf die Spezifika des ostmitteleuropäischen Populismus eingegangen, darüber hinaus werden auch eigene ausgewählte populistische Akteure der Region dargestellt.

Im analytischen Teil wird zuerst die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ kurz vorgestellt, die Basisinformationen über die VV beinhalten sowie die bisherige politische Entwicklung, als auch die internen Organisations- und Entscheidungsstrukturen der Partei. Im Weiteren widmet sich die Arbeit anhand der im ersten Teil festgelegten Kriterien der Analyse der VV als einer populistischen Partei. Anschließend wird auch die Frage beantwortet, inwieweit die Partei den spezifischen Charakteristiken der ostmitteleuropäischen Populisten entspricht. Das Ziel der Diplomarbeit liegt also in der Analyse der VV als einen typischen Darsteller des ostmitteleuropäischen politischen Populismus.

### **13. Abstract (englisch)**

This thesis deals with the Czech political party “Public Affairs“ (Věci Veřejné (VV)). It attempts to analyze this party with the help of political populism concept. The main focus is on answering the question if VV could be marked according to clearly defined rules as a populist party. Furthermore, thesis continues with exploring the extent to which VV could be considered as a typical populist actor of Central–Eastern European politics. The theoretical part of the work is dedicated to phenomenon “political populism”. At first it maps the historical development of populist parties, as well as it summarizes research done so far on this topic. The main point of the theoretical part is then to develop clear definition criteria of populist parties, as they are defined in political science. In this context the subject of searching social causes of populist actors’ emergence and success cannot be forgotten, as well as complicated relationship between populism and ideology and populism and democracy. The second part of the work concentrates on the specifics of Central–Eastern European populism. Thereafter several populist parties from this region will be briefly introduced. The analytical part starts with describing “Věci Veřejné”. At first it focuses on the development of this party on the Czech political scene, secondly on its internal organizational and decision-making mechanisms. The main topic of the analytical part is analyzing to which content VV could be marked according to the criteria described in the first chapter as a typical Central-Eastern European populist party, which is the main goal of this thesis.

## 14. Lebenslauf

### Persönliche Daten:

Name: Petr Brož  
Adresse: Matthias Corvinus-Straße 11b  
3100, St. Pölten, Österreich  
Geburtsdatum/-ort: 25. 12. 1985, Ostrava (CZE)  
Familienstand: ledig



### Schulbildung:

September 1992 – Juli 1995 Václav Košar Grundschule, Ostrava (CZE)  
September 1995 – Juli 2001 Klegova Sportgrundschule, Ostrava (CZE)  
September 2001 – Juni 2005 BORG Hegelgasse 14, Wien 1010

### Studium:

Ab WS 2005/06 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien  
Ab WS 2007/08 Studium der Philosophie an der Universität Wien  
SS 2007 Abschluss des 1. Studienabschnitts  
Ab WS 2007/08 Beginn des 2. Studienabschnitts  
SS 2009 Erasmusaufenthalt an der Masaryk University in Brunn (CZE)  
Spezialisierungsmodule: Ost- und Mitteleuropa; Policy- Analyse und politische Ökonomie; Politische Theorien und Kulturstudien

### Sprachkenntnisse:

Tschechisch (Muttersprache)  
Deutsch (fließend in Sprache und Schrift)  
Englisch (gut in Wort und Schrift)  
Französisch (Schulkenntnisse)